Steuerbelastung und Wiedergutmachung

Ein Beitrag zur Reparationsfrage

Von Wilhelm Gerloff





Duncker & Humblot *reprints*

Schriften

Des

Vereins für Sozialpolitik.

Deutsche Zahlungsbilanz und Stabilisierungsfrage.

Im Auftrage des Vereins veranstaltet von Karl Diehl und Felix Somary.

168. Band.

Finanzwissenschaftliche Untersuchungen.

Berausgegeben von Walther Lot.

Erster Seil. Steuerbelaftung und Wiedergutmachung.



Verlag von Duncker & Humblot. München und Leipzig 1924.

Steuerbelastung und Wiedergutmachung.

Ein Beitrag zur Reparationsfrage.

Von

Wilhelm Gerloff.



Verlag von Duncker & Sumblot. München und Leipzig 1924. Alle Rechte vorbehalten.



Altenburg, Thür. Piereriche Sofbuchbruckerei Stephan Geibel & Co.

Inhaltsverzeichnis.

Borwort	Geite VII
I. Steuerverpflichtung und Reparationsleiftung Die Bewertung der Leistungen für Reparationskonto. Die steuerwirtschaftlichen Verpflichtungen aus dem Vertrage von Versailles. Die gleichlautenden Vestimmungen des Vertrages von St. Germain und ihre Unwendung. Der Standpunkt des Dawes-Romitees.	1
II. Das Steuersystem im Sinne des Art. 233, Anlage II, § 12b. Begriff des Steuersystems. Steuerdefinitionen. Klassissischen steuerartiger Einkunfte. Die Inflation als Steuer. Leiturgische Belastungen. Ergebnis.	6
III. Zur Methodik der Verechnung des Steueraufkommens und der Steuerbelastung	17
IV. Steuerbelastungsvergleiche	24
V. Deutschlands Steuerleistungen	45
VI. Deutschlands Steuerfähigkeit	64
Literaturverzeichnis	78

Vorwort.

Die vorliegende Abhandlung ist aus einem Referat entstanden, das ich im Oktober 1923 in einer Sitzung des Finanzwissenschaftlichen Unterausschusses des Vereins für Sozialpolitik in Berlin vorgetragen habe. Ausschusse und Vorstand beschlossen damals die Drucklegung meines Referates. Diese verzögerte sich aber, da dem Verein in den folgenden Monaten der schwersten Währungserschütterung überhaupt die Mittel zur Fortführung der Vereinsschriften sehlten. Erst als nach dem Versuch der Stabilisierung der deutschen Währung durch die Kentenmark sich die Finanzlage des Vereins besserte, konnte das inzwischen erweiterte Manusskript in Druck gegeben werden.

Der Sat stand schon, als das Gutachten der Sachverständigen des Dawes-Komitees veröffentlicht wurde. Dieses Gutachten nimmt auch zu der Frage der Steuerbelastung Stellung, und eine Auseinandersetung damit erschien für die vorliegende Abhandlung unerläßlich. Das konnte nur in der Form geschehen, daß ohne erhebliche Anderungen des bereits stehenden Sates an verschiedenen Stellen des Textes entsprechende Ergänzungen eingefügt wurden. Das Sachliche dürfte dabei, wie ich hoffe, völlig zu seinem Rechte gekommen sein, wenn sich auch in der Form der Eindruck des Postsstriptums vielleicht nicht ganz hat vermeiden lassen.

Frankfurt a. M., Oftern 1924.

W. Gerloff.

I. Steuerverpflichtung und Reparationsleistungen.

Unter den Verpflichtungen, die der Friedensvertrag von Versailles, wie eine amerikanische Veröffentlichung es jüngst ausgedrückt hat, "dem deutschen Bolke auferlegt hat, praktisch gesprochen ohne eine andere Möglichkeit als die der Unterwerfung", gehört auch die Verpflichtung, ein bestimmtes Maß an Steuern zu zahlen. Die Auslegung, die diese Verpflichtung gefunden hat, und die Leistungen, die auf Grund der bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages von Deutschland verlangt worden sind, betreffen einen der umstrittensten Bunkte der Reparationsfrage. Es steht hier ähnlich wie mit der Frage der Bewertung der deutschen Leistungen für das Reparationskonto. Nach den offiziellen Angaben der Wiedergutmachungskommission hat Deutschland bis zum 30. Dezember 1922 7940426 000 Goldmark geleistet. Der französische Nationalökonom Professor Charles Gibe schätt hingegen die finanziellen Leistungen Deutschlands für denselben Zeitraum auf 14 Milliarden Goldmark. John Mannard Kennes kommt zu dem Er= gebnis, daß die finanziellen Kosten von Deutschlands Bemühungen, seine Friedensvertragsverpflichtungen zu erfüllen, zwischen dem Beitpunkt des Waffenstillstandes und dem Zeitpunkt der Ruhrbesetung eine Milliarde Pfund Sterling überschritten haben. Nach der Beröffentlichung des Instituts of Economics in Washington sind 25,8 Mil= liarden Goldmark geleistet worden. Und nach den auf den neuesten Stand gebrachten deutschen Berechnungen beträgt die Reparations= leistung bis zum 31. Dezember 1922 41,6 Milliarden Goldmark. Dazu kommen an sonstigen nach den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht anrechenbaren Leistungen noch 14,3 Milliarden Goldmark 1.

¹ Bgl. Brentano, Was Deutschland gezahlt hat, die bisherigen Leistungen auf Grund des Vertrags von Versailles, Berlin 1923; Moulton & Mac Guire, Germany's Capacity to Pay, herausgegeben vom Institut of Economics in Washington, New York 1923, S. 75; J. M. Keynes, Wieviel hat Deutschland bisher gezahlt? Neue Freie Presse vom 4. Nov. 1923; F. Schröder, Die deutschen Leistungen jeglicher Art nach dem Vertrage von Versailles und ihr Einsluß auf dem Haushalt des Reiches, Manchester Guardian Commercial, "Reconstruction in Europe", Nr. VIII vom 28. Sept. 1922.

Diese Ziffern sind für die folgenden Darlegungen nicht unwesentlich; benn sie zeigen immerhin, daß Deutschland für die Wiedergutmachung bisher schon ganz beträchtliche Leistungen aufgebracht hat. Diese Leistungen sind einerseits teilweise mittelbar oder unmittelbar aus Steuern gedeckt worden (die Steuerlasten können also nicht so gering gewesen sein, wie vielsach behauptet wird), andererseits haben sie die Substanz des deutschen Volksvermögens (man denke an die abgelieserte Handelsslotte) so gemindert, daß die Steuerkraft erheblich geschmälert erscheint.

Ahnlich nun wie mit der Bewertung der deutschen Leiftungen für Reparationskonto geht es auch mit der Schätzung der deutschen Steuerleiftungen. Nach dem Friedensvertrag von Bersailles gehört es zwecks sinanzwirtschaftlicher Sicherung der Wiedergutmachung zu den Aufgaben des Reparationsausschusses,

"in regelmäßiger Wiederkehr die Zahlungsfähigkeit Deutschlands absulchäßen und das Steuerspstem zu prüfen, 1. damit alle Einkünfte Deutschlands einschließlich der für den Zinsendienst aller inneren Ansleihen bestimmten, vorzugsweise zur Abtragung der Wiedergutsmachungsschuld verwendet werden, 2. um die Gewißheit zu erlangen, daß das deutsche Steuerspstem im allgemeinen im Verhältnis vollskommen ebenso schwer ist wie daszenige einer der im Ausschuß verstretenen Mächte" (§ 12, Abs. 2b der Anlage II zu Art. 233).

Von dieser letzteren Bestimmung, die sich für Osterreich gleichlautend auch im Vertrag von St. Germain (Anlage II, § 12b zu Art. 179) besindet, soll hier die Rede sein. Denn mögen auch die Reparationsschuldner auf die Auslegung dieser wie aller anderen Bestimmungen des Friedensvertrages unmittelbar keinen Einsluß haben, so haben sie doch ein lebhastes Interesse an der Klarstellung in diesem Falle der Frage: Was soll das heißen, das deutsche dzw. österreichische Steuerssystem soll im Verhältnis vollkommen ebenso schwer wie dassenige irgendeiner der im Ausschuß vertretenen Mächte sein? Und weiter: Wie ist der Nachweis, daß dem so sei oder auch nicht sei, einwandsrei zu erbringen?

Zu der ersten Frage gibt die Antwortnote der Deutschen Friedenssbelegation vom 29. Mai 1919 eine Erläuterung 1. "Der deutsche Steuerzahler", heißt es da, "soll nicht weniger belastet sein als der des höchst-

¹ Bgl. die Gegenvorschläge der deutschen Regierung zu den Friedenssbedingungen. Umtl. Text. Berlin 1919, S. 94 u. S. 58.

belasteten in der Wiedergutmachungskommission vertretenen Staates." In den als Anlage gleichzeitig überreichten "Bemerkungen zu dem Entwurf des Friedensvertrages" wird hinzugefügt, Deutschland nehme den im Artikel 233 § 12 b der Anlage II ausgesprochenen Grundsat, daß das deutsche Steuersostem in seiner Gesamtheit den Steuerzahler nicht weniger belasten solle, als es der Steuerzahler des meistbelasteten in der Kommission für Wiedergutmachungen vertretenen Staates sei, im Vertrauen darauf an, "daß die Ausgestaltung des Steuersostems in jenen Staaten von dem Grundsat sozialer Gerechtigkeit und den Gesichtspunkten wirtschaftlicher Erträglichkeit ebenso wie in Deutschland bestimmt werden wird. Für das demokratische Deutschland ist es eine Lebensbedingung, daß seine staatlichen Einrichtungen vom sozialen Geiste erfüllt sind."

Fene Bestimmung der Anlage II § 12b zu Art. 233, die von der Schwere des deutschen Steuerspstems spricht, ist also in jenen Tagen Ende Mai 1919 immerhin noch zu umschreiben versucht worden, wobei ausdrücklich vorbehalten wurde, daß auch unter dem Diktat von Bersfailles das deutsche Steuerspstem den Erundsätzen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Erträglichkeit entsprechen solle.

Jene andere Frage aber, die Frage der Bergleichsmöglichkeit, ist in jenen Tagen unerörtert geblieben. Diese Frage zu beantworten wäre zunächst Sache des Reparationsausschusses; denn er soll sich ja Gewißeheit verschaffen; aber es wäre doch wohl versehlt, die Feststellung ihm allein zu überlassen, ganz abgesehen davon, daß von Deutschland auf Grund des Friedensvertrages über die deutschen Steuerleistungen wiedersholt Auskünste verlangt worden sind und weiterhin werden gefordert werden.

Die deutsch-österreichische Friedensdelegation hat angesichts dringlicherer Aufgaben die gleichlautenden Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain nicht zum Gegenstand ihrer Vorstellungen gemacht. Auch sind von Osterreich disher Auskünste nicht erteilt oder verlangt worden. Die Genser Vereindarungen und das Wiederausbaugesetz sehen aber eine gewisse Höhe der Säte aller wesentlichen Steuern vor, die das Steuersussem mit der Sanierung des Vudgets erreichen soll. Und der Resormplan der Delegation des Völkerbundes zur Sanierung der österreichischen Staatswirtschaft hat dementsprechend auch die Ausbringung gewisser Kopsquoten an Steuern vorgesehen. Bei deren Festsetung ist zwar der Art. 179 des Vertrages von St. Germain zweifellos in Erwägung gezogen worden, praktisch aber wurde der einzig mögliche Weg eingeschlagen und das Maß der Steuerbelastung Osterreichs allein mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit seiner Wirtsschaft sestgeset.

Für Ofterreich ist also infolge der Genfer Bereinbarungen die Frage der Steuerbelastung auf absehbare Zeit der Diskussion entzogen, während sie für Deutschland nach wie vor eine offene Frage ist.

Das eigene Interesse der deutschen Steuerzahler sowie die Berspslichtungen aus dem Friedensvertrage erheischen somit Stellungnahme zu jenem Fragenkreise des § 12 der Anlage II zu Art. 233 des Friedensvertrages; denn die Frage der Steuerbelastung Deutschlands überhaupt und im Bergleich zu den Ententemächten ist eben eine der Erundlagen für alle Erörterungen der Reparationsstrage. In den Konserenzen und Berhandlungen zu Spaa, Brüssel, Paris, London, Cannes, Genua usw. ist diese Frage immer wieder erörtert worden. Sie war der Ausgangspunkt schwerer Anklagen und Beschuldigungen gegen Deutschland, und falsche Behauptungen über die Steuerleistungen Deutschlands waren nicht ohne Einfluß auf die Bemessung der Reparationsleistungen. Auch künstig bei der Frage eines Zahlungsausschnedes oder der Festsezung der Jahressleistungen usw. wird zweiselsohne die Steuerbelastung Deutschslands wiederum zur Erörterung kommen.

Das zeigt auch der bisher weitaus wichtigste Beitrag zur Lösung der Reparationsfrage: der Bericht der internationalen Sachverständigen des Dawes=Komitees! Nichts ist vielleicht bezeichnender das für, wie sehr die Frage der Steuerbelastung das ganze Reparations=problem in allen seinen Boraussehungen und Schlußfolgerungen des herrscht als die Tatsache, daß der Obmann des Komitees selbst, Charles G. Dawes, in seinem an den Präsidenten der Reparationskommission gerichteten Begleitschreiben des Gutachtens als ersten materiellen Punkt, auf den das Gutachten sich stützt, aussührt: "Da insolge des Krieges die Gläubiger Deutschlands dis zur Grenze ihrer Leistungssähigkeit Steuern zahlen, so muß auch Deutschland von Jahr zu Jahr dis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Es steht dies im Einklang mit dem gerechten und sundamentalen von Deutschland in seiner Note vom 29. Mai 1919 anerkannten Grundsat, daß das deutsche Steuersssstem sein müsse, sfully as heavy proportionately as

¹ Eine amtliche deutsche Ausgabe liegt zurzeit noch nicht vor. Für diese Abhandlung wurden der englische und der französische Text benutzt.

that of any of the Powers represented on the Commission'. Mehr als diese Grenze bezeichnet, kann nicht erwartet werden, und weniger als dieses würde Deutschland von den allgemeinen Bürden befreien und ihm einen ungerechten Vorsprung im industriellen Wettbewerd der Zukunft geben. Der Plan der Sachverständigen ist auf diesem Grundsatz aufgebaut."

In der Tat, der Sachverständigenplan verkörpert (embodies, wie der englische Text sagt) diesen Plan. Immer wieder kommen in dem Gutachten die beiden Leitmotive zum Ausdruck: Die steuerliche Belastung Deutschlands dis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit ist gerecht, und sie ist zugleich notwend zur Beschränkung des industriellen Wettbewerds Deutschlands. So erklärt denn auch das Gutachten des ersten Komitees der Sachverständigen (1. Teil VIII b): Der Grundsat der Gleichmäßigkeit der Steuerlasten (équivalence des charges siscales—commensurate taxation) in Deutschland und den andern Ländern vertrage als schlichte Forderung der Gerechtigkeit (as a simple principle of justice) keinerlei Erörterung. Solle dieser Grundsatz eine gewisse Einschränkung ersahren, so könne das nur aus praktischen Kückssichten oder aus Zweckmäßigkeitsgründen, die im allgemeinen wirtschastlichen Interesse oder im Interesse der Allsierten selbst lägen, gesichehen.

"Es ist in der Tat augenfällig," heißt es dann weiter, "daß dieses Prinzip moralisch einwandstei ist. Es würde offensichtlich jedem natürlichen Gerechtigkeitsgefühl widerstreiten, wenn die Steuerpflichtigen der Länder, in denen große und wichtige Landesteile durch den Krieg verwüstet worden sind, die Last der Wiederherstellung tragen sollen, während der deutsche Steuerzahler, auf dessen Gebiet der Krieg keine entsprechende Verwüstung hervorgrusen hat, mit einer leichteren Last davonkommt. Gleichzeitig ist das Prinzip wirtschaftlich gerecht; denn es ist offensichtlich unangemessen und nach keiner Richtung wünschenswert, daß etwa der alliierte Steuerzahler dadurch benachteiligt wird, daß die aus dem Kriege herrührenden Steuern ihn als Konsumenten schwerer belasten, oder daß er in seinem geschäftlichen Wettbewerb durch größere Lasten an Produktionskosten — die Löhne eingeschlossen gehemmt wird als sein deutscher Konkurrent."

Wie die Sachverständigen den Grundsatz der Gleichmäßigkeit der Besteuerung bei der Festsetzung der jährlichen Belastung Deutschlands angewendet sehen wollen, wird zum Schluß des Abschnitts VIII aus-

geführt: "Wir haben sowohl die Bedeutung der Tatsache, daß Deutschslands innere Schuld so gut wie getilgt ist, als auch die allgemeine Last der Besteuerung in den alliierten Ländern berücksichtigt. Es sind, wie wir eingehender in Teil II auseinandersetzen, viele theoretische und praktische Schwierigkeiten vorhanden, aber wir haben nichtsdestoweniger unser möglichstes dasür getan, daß unsere Vorschläge die Eleich mäßigke die Eleich mäßigke die Eleich mäßigke die Eleich mäßigke die Eleich michtsdesstaten und Anwendung dieses Prinzips mit sich bringen. Wir sind davon überzeugt, daß unsere Vorschläge Deutschland keine unverhältnismäßigschwere Last auferlegen; wir sind gleicherweise davon überzeugt, daß wir das Prinzip, soweit es möglich ist, nicht weniger im Interesse Alliierten als im Interesse Deutschlands angewendet haben."

Die weiteren an verschiebenen Stellen des Gutachtens verstreuten Ausstührungen der Sachverständigen zur Kritik der bisherigen deutschen Steuerlasten und zur Verwirklichung der Forderung der verhältnissmäßigen Steuerbelastung im Sinne vorstehender Darlegungen werden weiterhin an passender Stelle einer kritischen Prüfung zu unterziehen sein.

II. "Das Steuersystem" im Sinne des Art. 233, Anlage II § 12 b.

Es gilt zunächst die grundsätliche Frage zu klären: Was heißt das wenn in den Friedensverträgen verlangt wird, daß das deutsche bzw, österreichische Steuerspstem im allgemeinen im Verhältnis ebenso schwer sein soll wie dasjenige irgendeiner der im Ausschuß vertretenen Mächte?

Unter Steuerspstem versteht man die Gesamtheit der Steuerarten, die eine öffentliche Wirtschaft zur Deckung ihres Steuerbedarses in Anspruch nimmt. Daß auch in den Friedensverträgen die Bezeichnung Steuerspstem in diesem Sinne gemeint ist, dürste keinem Zweisel unterliegen. Die Gesamtheit der Steuern soll sonach in Deutschland und in Ofterreich ebenso schwer sein wie die Gesamtheit der Steuern irgendeiner der im Wiedergutmachungsausschuß vertretenen Mächte. Ein Steuerspstem kann sehr schwer sein und doch keine erheblichen Erträge bringen, sei es, weil die Steuern schlecht gewählt sind, sei es, weil die Technik mangelhaft oder die Erhebungskosten groß sind, usw. Das aber ist hier offendar nicht gemeint. Nach den Erörterungen, die disher über diese Frage zwischen Deutschland und den Reparationsgläubigern ges

führt worden sind, handelt es sich um die Höhe der Steuersätze und die Größe der Steuererträge, vornehmlich natürlich um letztere; denn das ist der Sinn des Art. 233, der die Reparationsleistungen sicherstellen will.

Das führt zu der weiteren Frage: Welche von den öffentlichen Einskünften sind als Steuern (die dann in ihrer Gesamtheit das Steuersshiftem bilden) anzusehen? Die verantwortlichen Redakteure des Friesdensvertrages haben sich über diese Frage offendar keine Gedanken gemacht. Vielleicht haben sie auch geglaubt, daß jedermann weiß, was unter Steuern zu verstehen sei, oder daß im Zweiselsfalle die Finanzwissenschaft einwandsrei Auskunft geben könne. Es seien deshalb zusnächst einige Desinitionen des Steuerbegriffes angeführt, und zwar mit Absicht solche angesehener französischer Autoren.

- G. Sèze befiniert: "En résumé, l'impôt, dans les Etats civilisés modernes, est une prestation de valeurs pécuniaires, exigée des individus d'après des règles fixes, en vue de couvrir des dépenses d'intérêt général et uniquement à raison du fait que les individus qui doivent les payer sont membres d'une communauté politique organisée."
- G. Jèze erwähnt außerbem bie Desinition von Stourm, Systèmes généraux d'impôts, p. 23: "L'impôt est un prélèvement opéré sur les facultés individuelles des contribuables pour subvenir aux besoins des services publics." ¹

Ebgar Illir gibt in Ansehnung an Cauwès folgende Begriffsbestimmung: "L'impôt est le prélèvement que la Souverainité exige de l'individu, en vertu du principe de la solidarité nationale, pour subvenir aux dépenses d'intérêt général et aux autres charges résultant des dettes de l'Etat." ²

Diese wenigen Beispiele mögen genügen. Sehen wir uns hiernach die hauptsächlichen öffentlichen Einkünfte an. Die öffentliche Finanz-wirtschaft entnimmt die zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten Mittel entweder dem Einkommen und Vermögen ihrer eigenen Wirtschaft oder dem Einkommen und Vermögen anderer Wirtschaften, die ihrer Zwangs-

¹ Gafton Jèze, Cours élémentaire de science des finances et de législation financière française, Baris 1912, p. 737.

² E. Allig, Traité élémentaire de science des finances et de législation financière française, Paris 1909, p. 298. Für weitere Steuerdefinitionen sei auf die Sammlung von Begriffsbestimmungen bei Jones, The nature and first principle of taxation, p. 248 ff., und auf den Artikel "Steuer" im Handwörters buch der Staatswissenschaften verwiesen.

gewalt unterworfen sind. Die einen Einnahmen sind im wesentlichen die Reinerträge der großen Staats- und Gemeindebetriebe: Domänen, Forsten, Bergwerke, Gas- und Clektrizitätswerke, Post, Eisenbahnen usw.; die anderen im Wege der Zwangsentnahme für Zwecke der öffentlichen Finanzwirtschaft aus anderen Wirtschaften gewonnenen Einnahmen sind Abgaben oder Steuern i. w. S.

Gleichviel aus welchen Quellen nun das öffentliche Einkommen gewonnen wird, ob aus dem Ertrage öffentlicher Unternehmungen usw. oder aus Steuern, auf beiden Begen wird das gleiche Ziel versolgt: einen Teil des Bolkseinkommens für öffentliche Zwecke in Anspruch zu nehmen. Für die Gesamtbelastung der Bolkswirtschaft durch den öffentlichen Bedarf ist es gleichgültig, ob dieser Bedarf durch eigentliche Steuern oder durch irgendein anderes Finanzschstem aufgebracht wird. Für das Jahr 1906 hat Plenge berechnet, daß auf den Kopf der Bevölkerung entsielen (an staatlicher, nicht auch an kommunaler Belastung).

in	auf Steuern	auf Reinerträge der Staats= betriebe	Gefamt= belaftung	
	Mŧ.	Mł.	Mŧ.	
Deutschland	34,20	16,75	50,95	
Frankreich	62,61	2,10	64,71	
England	59,3 8	3,54	62,92	

Die Deckung des öffentlichen Bedarfes statt durch reine Steuern (pure taxes) aus dem Ertrag staatlicher Unternehmungen wirkt in vielen Fällen steuerartig auf die privaten Wirtschaften. Das zeigen am besten die großen Finanzmonopole (Tabak, Branntwein), die finanzwissenschaftlich sast ausnahmslos als Erhebungsformen von Steuern angesehen werden.

¹ Plenge, Die Finanzen ber Großmächte, Beitschr. f. Ges. Staatsw. 1908, S. 769.

² Freilich wird auch die entgegengesete Aufsassung vertreten. Ein so angesehener Bolkswirt wie der Direktor des eidgenössischen Alkoholmonopols, E. W. Milliet, rechnet die Erträgnisse des Salz- und Alkoholmonopols nicht den Steuern zu. Bgl. Steuerverteilung und Steuerbelastung in der Schweiz vor Ausbruch des Weltkrieges, Zeitschr. f. Schweiz. Statistik 1919, S. 21. Monopolgewinne, auch solche der Finanzmonopole, sieht Milliet nicht als Steuern an. Das zeigt so recht, wie notwendig die Klärung der Frage ist, was unter Steuern und Steuerssystem zu verstehen sei; denn hiernach müßten also bei einer Vergleichung der Steuerbelastung Deutschlands und Frankreichs auf beiden Seiten die Erträgnisse Monopole ausgeschieden werden.

Werden die überschüsse des Tabakmonopols als Steuererträge angesehen, so kann man aber wohl auch fragen, ob nicht überschüsse der Eisenbahnbetriebe, der Gaswerke usw. wenigstens unter Umständen, d. h. bei entsprechender Preisgestaltung, steuerartigen Charakter haben oder gar als Steuererträge anzusehen sind. Die englische finanzwissen= schaftliche Literatur ist überwiegend geneigt, diese Frage zu bejahen. So hat sich in dem englischen Blaubuch C. 9528, 1899, betitelt "Memoranda, chiefly relating to the Classification and Incidence of Imperial and Local Taxes", eine Anzahl angesehener finanzwissenschaftlicher Gelehrter zu der Frage geäußert: "Should such an item as the net revenue of the Post Office be treated as a tax?" Die Antworten der Gutachter, darunter Finanzwissenschaftler von Rang, wie Sir R. Giffen und die Professoren Sidgwid, Marshall, Bastable, lauten durchweg bahin, daß the Excess of revenue of the Post Office over expenditure eine Steuer sei (Giffen, p. 95) oder daß zum mindesten the surplus is a kind of taxation. Professor Edgeworth verweist in seiner Antwort auf Bastables finanzwissenschaftliches Lehrbuch (Public Finance II, 1, § 4), we es heißt: ,, where ordinary profit is exceeded, the monopoly possessed by the public office is employed for taxation"!

Die deutsche Finanzwissenschaft steht auf einem anderen Standpunkt. Ab. Wagner meint in einem Gutachten, das gerade die Frage des Vergleichs der Steuerbelastung der Bevölkerung verschiedener Staaten betrifft, die Keinerträgnisse der Vetriebsverwaltungen und auch des verpachteten Staatseigentums, z. B. der Domänen, seien ihrem ökonomischen Charakter nach nicht den Steuern gleichzusehen, wie es sozialistischerseits und auch von freihändlerischer Seite geschehe 1. In seiner Finanzwissenschaft gibt er freilich zu, daß die Beförderungssähe im Verkehrswesen, z. B. bei der Post, geschichtlich öfters zu Steuern geworden seine 2.

Diese Auffassung ist gewiß zutreffend: die Reinerträgnisse der Betriebsverwaltungen usw. sind in der Regel Steuern im eigentlichen Sinne (pure taxes) nicht; aber die Preisbemessung für die Leistungen solcher staatlichen oder kommunalen Betriebe, insbesondere der soge-

^{1 &}quot;Zur Kritik der Berechnungen über die finanziellen, namentlich die Steuersbelaftungen der Bewölkerungen sowie über die Bergleichungen zwischen den bezäuglichen Daten in den verschiedenen Staaten." Berhandlg. des Reichstags, Bb. 250, Berlin 1909, Anl. z. Aktenstück Ar. 1043.

² Finanzwiffenschaft II, 2. Aufl. 1890, S. 127/28; Bb. III S. 114 ff.

nannten öffentlichen Unternehmungen, wie Verkehrsanstalten u. bgl., kann so ersolgen, daß in den Preisen eine Steuer enthalten ist. Die Finanzgeschichte kennt zahlreiche Beispiele für die siskalische Behandlung von Post und Sisenbahnen, auch Land= und Wasserstraßen usw. So sind in den Finanznöten der naposeonischen Kriege die Posttarise aus siskalischen Gründen (wie Auswandsteuern!) in England, Frankreich und Osterreich wiederholt erhöht worden. Auch während des Weltskrieges und besonders nachher sind die Preise der monopolistischen staatlichen und kommunalen Unternehmungen vielsach steuerartig gestaltet worden.

Die Belastung der Bevölkerung durch eine solche Preis- und Steuerpolitik ist bei der erheblichen Ausdehnung, die der sogenannte Munizipalsozialismus in Deutschland gesunden hat, nicht unerheblich. So betrugen z. B. die Einnahmen aus Betriebsüberschüssen in Frankfurt a. M. im Jahre 1914 rund 4 Millionen Mk. gegen 27 Millionen Mk. an reinen Steuereinnahmen; für 1924 sind setztere mit 30 Millionen Goldmark veranschlagt, die Betriebsüberschüsse hingegen mit 6,5 Millionen Mk.

Allein auch wenn eine fiskalische Preispolitik der öffentlichen Unternehmungen nicht nachweisbar ift, so müssen die Reinerträgnisse der Betriebsverwaltungen doch als eine finanzielle Belastung der Bevölkerung des bezüglichen Staates angesehen werden. Denn was Staat und Gemeinden an Reinerträgen erwirtschaften, also dem Bolkseinkommen unmittelbar entnehmen, ist eine Schmälerung des Einstommens der Bevölkerung, die in diesem Falle natürlich weniger steuerskräftig ist, als wenn ihr diese Reinerträge erst in Form von Dividenden, Tantiemen, großen Direktorengehältern usw. zusließen.

Auch die Sachverständigen des Dawes-Komitees haben sich offendar die Frage vorgelegt, ob Einnahmen der hier in Rede stehenden Art als Steuerlasten anzusehen sind. Der Bericht des ersten Komitees (2. Teil II a) hat sich jedoch der Entscheidung dieser Frage mit einer Ausstucht entzogen. Es heißt da: "In der obigen Erörterung (d. i. über die Berechnung der Gesamtsteuerbelastung des deutschen Bolkes) haben wir die Frage der Gewinne aus den Eisenbahnen außer acht gelassen. Anzgesichts der Tatsache, daß die Eisenbahnen in andern Ländern keine Gewinne sus dem Eisenbahnbetriebe eine Belastung im steuerlichen Sinne (in the sense of a tax) bedeuten, nicht ausgeworfen werden. Diese Gewinne bilden in andern Ländern einen Teil der ordnungsmäßigen Gewinne

von Privatunternehmungen, die Privatpersonen zusließen, und man kann daher sagen, daß die Lage des Steuerzahlers in Deutschland die gleiche ist, ob nun solche Gewinne an Privatpersonen oder an die Alliierten als Reparationsseistung gehen."

Diese Schluffolgerung ift nun zum mindesten in dieser Allgemeinheit ganz unzutreffend. Das bedarf nach den obigen Darlegungen kaum noch der besonderen Beweisführung. Ob der deutsche Steuer= zahler durch die Preispolitik der zugunsten des Reichs oder der Alliierten betriebenen Reichseisenbahnen höher belastet wird als vergleichsweise Franzosen und Engländer, deren Eisenbahnen durch Privatgesell= schaften und zu deren Gunften betrieben werden, und ob der Deutsche deshalb dadurch belastet ist dans le sens d'un impôt, ist einfach eine Frage ber Tariffätze und der Monopolstellung der betreffenden Gisenbahnen. Der Unterschied zwischen dem deutschen System und demjenigen der Alliierten besteht darin, daß in den Ländern des Privateisenbahn= systems eine gewisse Konkurrenz der verschiedenen Gesellschaften und ein besonders seit dem Kriege weitgehendes Aufsichtsrecht des Staates die Überspannung der Beförderungssätze und die Ausbeutung des Publikums verhindert. Das Staatsbahnsyftem kann — immer vom Standpunkt der Belastung der Benutzer und Steuerzahler gesehen sowohl günstiger als auch ungünstiger, es kann aber auch weder besser noch schlechter als das Privatbahnspftem sein. Es kommt eben ganz auf die Eisenbahnpolitik an, die gemacht wird. In Zeiten finanzieller Not besteht offensichtlich die Gefahr, daß die Eisenbahnen wie auch andere öffentlichen Unternehmungen zu einer Steuerquelle gemacht werden. Das tatsächliche und rechtliche Monopol (vielleicht sogar mit Benutungszwang!) wird dann zu einer steuerlichen Belastung der ganzen Volkswirtschaft. Das scheint auch in Deutschland bereits der Fall zu sein bei Eisenbahntarifen, die um 50 v. Höher sind als die Vorfriegsfäße.

Das Sondergutachten der Eisenbahnsachverständigen gibt in Anslage 3 die deutschen Tarissätze des Personenverkehrs für die vier Fahreklassen richtig mit 9 Pf., 6 Pf., 4,5 und 3 Pf. an und bemerkt dazu: "Wir können uns kaum denken, daß die Fahrpreise für des deutsche Publikum eine ungewöhnlich hohe Belastung sind, wenn wir erwägen, daß die deutschen Fahrpreise III. Alasse für den Kilometer immer noch nur die Hälfte des entsprechenden Fahrpreises in England oder den Bereinigten Staaten betragen." An anderer Stelle aber wird ans

scheinend darüber hinausgehend verlangt, daß die Tarife "auf eine angemessene Höhe gebracht werden".

Von der Besastung der Wirtschaft durch die Eisenbahnen, die nach dem Vorschlag der Sachverständigen künstig eine Milliarde Reinertrag bringen sollen, kann aber doch nur gelten, was auch von der Steuerbelastung gilt, daß sie verhält nismäßig ebenso schwer sein soll als die entsprechende Besastung in anderen Ländern. Das aber ist sie, wie sich aus dem Bericht der Eisenbahnsachverständigen zeigen läßt, heute schon. Dieser sührt nämlich aus, daß die Löhne des Eisenbahnspersonals (und wir können hinzusügen, entsprechend auch das Einkommen anderer Beruse) in England und den Bereinigten Staaten ungefähr doppelt so hoch wie vor dem Kriege seien, in Deutschland hingegen betrügen sie gegenwärtig nur 75% und im lausenden Jahre ungefähr 93% der Borkriegssähe. Eine Steigerung so über den Vorstriegsstand, wie es in den beiden erwähnten Ländern geschehen ist, sei nicht zu erwarten, da auch die deutschen Löhne in den anderen Berusen nicht gestiegen seien!

Ift es hiernach also "moralisch" ober "wirtschaftlich" gerechtfertigt, benn das sind ja die beiden Gründe, auf die sich die Sachverständigen immer berusen, bei einer solchen Verschiedenheit der Einkommense verhältnisse in den genannten Ländern ohne weiteres die Tarise miteinander zu vergleichen und darauß Schlüsse für die sinanzielle Beslastung zu ziehen? Warum stellt man nicht die sranzösischen, belgischen vder italienischen Tarise den deutschen gegenüber oder zieht meinetwegen auch die tschechischen oder österreichischen usw. zum Vergleich heran? Weil ein Vergleich zeigen würde, daß Deutschland mindestens ebensohohe, vielsachsgarerheblich höhere Tarise als diese Länder ausweist.

An dieser Stelle ift noch auf einen Frrtum ausmerksam zu machen. Man ist geneigt und so offenbar auch die Gutachter des Dawes-Komitees, die Frage, ob durch öffentliche Unternehmungen eine Steuerbelastung bewirkt werde, erst dann zu stellen, wenn diese Unternehmungen Betriebsüberschüsse als Gewinne ausweisen. Das ist unrichtig; eine steuerliche Belasiung kann auch vorliegen, wenn das Unternehmen gar keinen Gewinn abwirst, ja sogar wenn es mit Berlust arbeitet. Dann nämlich, wenn dieses Unternehmen aus irgendwelchen politischen (sozial-, wirtschaftspolitischen oder andern) Gründen mit größeren Unkosten belastet ist als der private Betrieb. Das trifft auf die Reichseisenbahnen zu. Aus Gründen, deren Berechtigung hier nicht zu untersuchen ist (Wieder-

aufbau, Demobilisierungsmaßnahmen, Arbeitslosenversorgung usw.), hat die deutsche Eisenbahnverwaltung einen unverhältnismäßigen Personal= und Kapitalauswand getrieben, dessen Kosten aus den Be= triebserträgen nicht gedeckt werden konnten. Das schließt aber nicht aus, daß die Tarife höher sind, als sie bei einem ordnungsmäßigen privat= wirtschaftlichen Betriebe sein würden, daß sie also Steuerelemente ent= halten. Und wenn das Gutachten der Sachverständigen sagt, daß die deutschen Eisenbahnen unter geeigneter Leitung bei einheitlicher Kon= trolle und bei geeigneter Tarifpolitik ohne Schwierigkeit ein ihrem jetigen Kapitalwert angemessenes Einkommen erbringen könnten, ohne daß diese Besserung des Ertrages durch Erhöhung der Fahrpreise und der Frachten auf Kosten des deutschen Volkes zu gehen brauche, so bleibt immer noch die Frage offen, ob bei Beibehaltung der bis= herigen hohen Tarife hier nicht schon eine steuerliche Belastung vor= liegt, welche die Länder des Privatbahninstems nicht aufweisen. Also nicht ob und in welcher Höhe eine öffentliche Unternehmung Rein= erträge abwirft, ist entscheibend dafür, ob solche monopolistischen Unternehmungen eine Art Steuerbelaftung darstellen, sondern darüber läßt sich nur aus dem Gesamtbetrieb im Vergleich zu den Ergebnissen von Privatbetrieben ähnlicher Art ein Urteil gewinnen.

Dieser Fragestellung weicht das "Gutachten" aus oder richtiger, es hat sie wohl gar nicht erkannt. Für seine Stellungnahme ist bezeichnend, daß, nachdem wie oben angesührt, es zunächst behauptet, die Frage, ob Betriebsgewinne eine Belastung in steuerlichem Sinne seine, könne nicht aufgeworsen werden, dann doch erklärt wird: "Die Gewinne aus den deutschen Eisenbahnen könnten zur Erleichterung der Steuerlast dienen, wenn sie nicht für die Reparationen verwendet würden." Und weiter heißt es dann: "Benn serner die Gewinne eines so belangreichen Unternehmens eines Landes, wie die Eisenbahnen es sind, diesem Lande entzogen werden, statt sie dem Lande zum Genusse burch die Einzelindividuen oder die Gesamtheit der Bewohner zu bezlassen, so kann man kaum sagen, daß dies keine "Belastung' in internationalem Sinne bedeute, selbst wenn dieselbe nicht einen Teil der per son lich en, gleichmäßigen Steuerbelastung darstellt."

Man mache sich nur einmal klar, was in den hier und oben zitierten Worten nacheinander behauptet wird. 1. Die Frage der steuerlichen Belastung durch Eisenbahngewinne könne nicht aufgeworfen werden. 2. Die Lage des Steuerzahlers in Deutschland sei die gleiche, ob nun solche Gewinne an Privatpersonen oder an die Alliierten gehen. 3. Die Gewinne könnten, wenn sie nicht für Reparationen verwandt würden, zur Erleichterung der Steuerlast dienen. 4. Man könne kaum sagen, daß die Gewinne eines so belangreichen Unternehmens wie die Eisenschnen keine Belastung im internationalen Sinne seien.

Das sind offenbar Widersprüche, die nur mühsam mit einem Einerseits und Andererseits zu überdecken versucht werden. Das Gutachten hinterläßt an dieser wie an andern Stellen den deutlichen Eindruck, daß es verschiedene Meinungen vorträgt, die nachträglich und auch dann nur ganz äußerlich als eine einheitliche Meinung aufgemacht worden sind.

Ein Vergleichber finanziellen Belaftung der Bevölkerung verschiedener Staaten wird sich also nicht auf die eigentlichen Steuern beschränken dürfen, sondern es muß auch gezeigt werden, was die zu vergleichenden Volkswirtschaften an sonstigen Lasten für die öffentliche Wirtschaft zu tragen haben. Nur einige Punkte können hier herausgegriffen werden.

In primitiven Wirtschaftsverhältnissen, in Zeiten katastrophaler Notlage oder ochlofratischer Zustände, aber auch unter plutokratischer und casaristischer Herrschaft haben neben der Besteuerung (namentlich in unterjochten Gebieten) immer noch andere finanzpolitische Mittel der Einnahmebeschaffung dienen muffen. In der Regel find folche ungewöhnlichen finanzpolitischen Mittel Symptome der Not oder der Gewalt, und ihre Jnanspruchnahme bedeutet Erpressung und Ausbeutung. Auch die deutsche Volkswirtschaft ist nach dem Ariege das Opfer solcher Finanzmethoden geworden, die zwar keine Besteuerung im eigentlichen Sinne sind, in ihrer Wirkung jedoch eine viel härtere Belastung barstellen, als es Steuern sind. Die deutsche Finanzpolitik hat, schon gezwungen durch den Vertrag von Versailles (wie noch zu zeigen sein wird), und weiterhin vor allem durch die wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbesetzung, sich zu einer Reihe solcher harten, außer= gewöhnlichen Maßnahmen gezwungen gesehen. Darüber hinaus sind in den besetzten Gebieten seitens der am Ruhreinbruch beteiligten Okkupationsmächte finanzielle Zwangsmaßregeln verwerflichster Art ergriffen worden, die allen in der zivilisierten Welt geltenden poli= tischen, sittlichen und rechtlichen Anschauungen widersprechen.

Die öffentliche Wirtschaft kann ihren Bedarf immer nur decken entweder aus dem Ertrag eigenwirtschaftlicher Tätigkeit oder aus den Erträgen fremder Wirtschaften. Vermag sie sich diese letzteren nicht im Wege der Besteuerung anzueignen, so schlägt sie andere Wege ein, so wie dersenige, der sich nicht durch ehrlichen Erwerd ernähren will oder kann, auf den Weg des Betrugs, Diebstahls, Raubs usw. gedrängt wird. Einer dieser Wege, der mit Rücksicht auf die Finanzpolitik saster am Weltkriege beteiligten Staaten besonderer Erwähnung bedarf, ist die Zwangsentnahme von Gütern und Dienstleistungen aus fremden Wirtschaften gegen Ausdrängung von stofswertlosen Zahlungsmitteln: die Papiergeldausgabe, die Instation.

Eine Autorität, wie J. M. Kennes es ist, hat seit längerem nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Inflation eine Form der Besteuerung sei1. Er nimmt in rober Schätzung an, daß für eine Zeitlang die deutsche Regierung aus dieser Quelle zwischen 75 und 100 Millionen Pfund jähr= lich erhalten habe. Es ist ja in der Tat unbedingt richtig, daß die Ein= nahmen, die ein Staat sich durch Ausgabe von Zwangspapiergeld verschafft, genau so den privaten Wirtschaften entnommen werden, als ob die Zwangsentnahme auf dem Wege der herkömmlichen Besteuerung er= folgen würde. "Was die Regierung ausgibt," sagt Kennes, "wird von der Bevölkerung bezahlt." "Aber manchen Ländern ist es anscheinend möglich, das Publikum auf eine angenehme Beise wenigstens für eine gewisse Zeit damit zufriedenzustellen, daß man ihm für die Steuern, die es zahlt, kunstvoll gestochene Empfangsbestätigungen auf einem mit Wasserzeichen versehenen Papier gibt. Die Empfangsbestätigungen der Einkommensteuer, die wir in England vom Steuererheber bekommen, pflegen wir in den Papierkord zu werfen; in Deutschland nennt man sie Banknoten und hält sie in den Geldtaschen; in Frankreich werden sie Renten genannt und im Gelbschrant verschlossen." Das ist ein wenig übertrieben ausgedrückt, aber die Richtigkeit des zugrunde liegenden Gedankens wird nicht zu leugnen sein.

Die Papiergelbausgabe ist eine verstedte Steuerbelastung. Es gibt noch manche andere verstedte Steuerbelastungen; einige davon gehören zu den beliebtesten Mitteln merkantilistischer oder neomerkantilistischer Wirtschaftspolitik. Hier, wo es sich nur um die Problemstellung handelt,

¹ Bgl. den Artikel The inflation of currency as a method of taxation, Manchester Guardian Commercial "Reconstruction in Europe", Ar. 5 vom 27. Juli 1922. Auch in seinem neuen Buch A tract on monetary reform, London 1923, zeigt Keynes in einem eigenen Kapitel, daß die Inflation eine Steuer, d. h. die zwangsweise überleitung von Kaustraft ans der privaten Wirtsschaft auf den Staat, sei. Bon diesem Buch erschien soeben eine deutsche Aussgabe "Ein Traktat über Währungsreform" 1924; vgl. dort S. 42 ff.

mag es genügen, darauf hinzuweisen und nur die Frage aufzuwerfen, ob nicht auch die durch Zölle bewirkte Preissteigerung der inländischen Erzeugnisse als eine "Steuerbelastung" zu bezeichnen ist.

Neben der Papiergeldausgabe aber gehört zu den großen finanziellen Zwangsmitteln die leiturgisch e Belastung. Sie besteht darin, daß finanzwirtschaftliche Verpflichtungen an bestimmt absgegrenzte Areise (Stände, Klassen, Gruppen, Berufssoder Interessensverbände) gebunden sind derart, daß diesen die Ausbringung eines gewissen Finanzbedarfes oder die Erfüllung gewisser sie sinanziell beslastender Leistungen obliegt. Hat man die Leiturgien der Antike als den Totengräber des bürgerlichen Wohlstandes bezeichnet (Wilchen) oder als einen "Wahnsinn, der selbst für reiche Monarchien kaum ersträglich gewesen wäre" (Livius), so gilt das nicht minder von unserem modernen Leiturgiesystem.

Leiturgisch belastet worden sind in Deutschland nach dem Ariege alle öffentlichen Gläubiger (die Staats- und Kommunalgläubiger, die Forderungsberechtigten aus den Friedensverträgen und anderen Berträgen, auch aus Anstellungsverträgen usw.), deren Ansprüche das Reich und die Länder einseitig gekürzt oder ganz ausgehoben haben. Leiturgisch belastet wurden weiter Hausbesit, Landwirtschaft, Handel und Industrie. In den besetzten Gebieten wurden außerdem Bergbau und Industrie, Haus- und Grundbesit durch alle die gewaltsamen Anseignungen der Oktupationsmächte leiturgisch belastet, für die Reich, Länder und Gemeinden nur selten in der Lage sind, Entschädigungen (und niemals ausreichende) zu gewähren. Nur ausnahmsweise haben diese Leiturgien die Form von Zwangsverträgen (Micumverträge). Über alles dies wird weiterhin noch zu reden sein. Hier galt es nur darauf hinzuweisen, daß diese Lasten bei der Frage nach der Steuerbelastung nicht übersehen werden dürsen.

Als Ergebnis ift festzustellen: Was qualitativ als "Steuer" anzusehen und demgemäß dem Steuerspstem eines Landes zuzurechnen ist, das ist eine sehr umstrittene Frage, und selbst wenn diese Frage in dem einen oder anderen Sinne entschieden wird, so ist damit noch keineswegs die quantitative Bestimmung des Steueranteils der öffentlichen Einkünste ermöglicht. Ganz richtig sagt Jones: "Although it is possible to distinguish between what is taxation and what is not, it is impossible to say how much of the revenue of the British Government, or of the London County Council, represents a real

tax." 1 Wenn das richtig ist, und die aussührlichen Darlegungen bei Jones (und ähnlich bei beutschen und französischen sinanzwissenschaft- lichen Autoren), auf die hier verwiesen werden muß, werden sich kaum widerlegen lassen, so wird man von vornherein der ganzen Frage eines Vergleiches der Steuerbelastung Deutschlands mit derjenigen Englands oder Frankreichs, wie sie gestützt auf die erwähnte Vestimmung des Friedensvertrages wiederholt versucht worden ist, sehr steptisch gegenzüberstehen müssen.

Anstatt nach der Steuerbelastung zu fragen, dürfte es richtiger sein zu fragen: Welchen Anteil des Volkseinkommens beansprucht insgesamt und auf den Kopf der Bevölkerung die Finanzwirtschaft des Staates und aller übrigen öffentlichen Körperschaften für ihre Zwecke? Im normalen Verlauf der Dinge bestreiten private und öffentliche Wirtschaften ihre Bedürfnisse aus dem jährlichen Volkseinkommen. Seiner Berwendung nach teilt sich dieses also in zwei Teile. Über den einen Teil verfügen in unserer Wirtschaftsordnung die privaten Wirtschaften beliebig für ihre eigenen Zwecke. Der andere Teil dient der Bedarfs= deckung der öffentlichen Wirtschaft. Ob die öffentliche Wirtschaft diesen Anteil als Steuer oder Gebühr, als Rente oder Unternehmergewinn usw. erhält, ist für die Frage der finanziellen Belaftung der Bevölkerung, d. i. der Schmälerung des den privaten Wirtschaften zur freien Verfügung verbleibenden Anteils am Bolkseinkommen, ganz gleichgültig. Es kommt letten Endes darauf an: Was verbleibt der Bevölkerung vom Volkseinkommen als dem Ertrag ihrer Arbeit zur freien Verfügung?

Daneben hat nur noch die andere Frage Bedeutung: Was leistet der Staat für den Anteil, den er vom Ertrag der Arbeit der Bevölkerung beansprucht? Denn, um dieses nur andeutend vorweg zu nehmen: die Steuerbelastung wird anders im selbstgenügsamen Rechtsstaat gewertet werden müssen als im Kultur= und Wohlfahrt sesstatigkeit die Fürsorge für die gesamte geistige und materialle Wohlfahrt der Bevölkerung weitgreisend umsatt.

III. Zur Methodik der Verechnung des Steueraufkommens und der Steuerbelastung.

Voraussetzung für die Berechnung der Steuerlast oder der Steuersbelastung ist zunächst die Feststellung des Steueraufkommens des Landes

¹⁾ R. Jones, The Nature and First Principle of Taxation, Conbon 1914, p. 1. Schriften 168 I. 2

oder derjenigen Länder, für welche die Steuerbelastung der Bevölkerung ermittelt werden soll. Unter Steuerauskommen versteht man den Gesamtbetrag der Steuereinnahmen aller öffentlichen Körperschaften eines Landes, voran natürlich des Staates, gleichviel in welcher Form die Steuern erhoben werden. Allein schon auf diese scheindar einsache Frage nach dem gesamten Steuerauskommen, was also nicht gleichsbedeutend mit der Frage nach der Steuerbelastung ist, vermag die Finanzstatistik keine völlig befriedigende Antwort zu geben.

Während des Krieges habe ich im Auftrage des Reichsschatzamtes ein Gutachten über "Die steuerliche Belastung in Deutschland während der letten Friedensjahre" erstattet. Dieses Gutachten ist den seit 1920 mit den alliierten Kommissionen wiederholt geführten Erörterungen über die Frage der Steuerbelastung Deutschlands immer wieder zugrunde gelegt worden; insbesondere ist es auch immer wieder für die Frage eines Vergleichs der Vorkriegs= und Nachkriegssteuerleistungen Deutsch= lands herangezogen worden. Mein Gutachten ist dazu aber, wie auch aus dem Begleittert zu den gebotenen Ziffern ohne weiteres hervorgeht, nur mit Vorbehalt zu benuten; benn es beschränkt sich, wie damals beabsichtigt war, im wesentlichen auf die Ermittlung der etatmäßig als Steuern ausgewiesenen Einkünfte. Außerdem war es bei der Abfassung des Gutachtens seinerzeit nicht möglich, der Darstellung ausnahmslos die Fstzahlen der Rechnungen an Stelle der Sollzahlen der Boranschläge zugrunde zu legen (vgl. Gutachten S. 38). Die Berichtigungen, die nach Vorliegen aller Rechnungsabschlüsse sich für die in jenem Gut= achten berechneten Ziffern erforderlich erweisen, sind in ihrer Mehrzahl unwesentlich bis auf eine, die den Wehrbeitrag betrifft. Dieser war in dem Voranschlag für 1913 mit 416,8 Millionen Mk., in meinem Gut= achten jedoch nur mit einem Drittel des in den Jahren 1913, 1914 und 1915 zu entrichtenden Gesamtbetrages, d. i. mit 313,3 Millionen Mark, eingesett worden; die tatsächliche Einnahme 1913 war nur 820 600 Mark 1.

¹ Da das Gutachten heute noch viel verlangt wird, sei noch bemerkt, daß es zwei verschiedene Ausgaben gibt. Die erste erschien als Manuskriptdruck im Frühsjahr 1916 und wurde dem Reichstag am 30. Mai 1916 vorgelegt. Die Buchhandelssausgabe (betitelt "Die stenerliche Belastung in Deutschland während der letzten Friedensjahre", Gutachten dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes erstattet von Dr. B. Gerloss, herausgegeben vom Reichsschatzamt, Berlin, C. Heymanns Berl. 1916) erschien ein halbes Jahr später. Sie enthält die nachgeprüsten und, soweit erforderlich, ergänzten und berichtigten statistischen Unterlagen; insbesondere sind Jahlen der Boranschläge durch die der Rechnungen ersett worden. Nur diese

Die Schwierigkeiten der Ermittlung des gesamten Steueraufkommens eines Landes bestehen darin, daß nebeneinander Reich, Länder, Provinzen, Gemeinden, Bezirke und andere öffentliche Körperschaften Steuern der verschiedensten Art und auf verschiedener Grundlage erheben, über deren Umfang und Höhe es an vollständigen Nachweisen gänzlich mangelt. Daneben erheben Berbande verschiedener Art (Kirchen-, Schul-, Armenverbände, Handels-, Landwirtschaftskammern usw.) Abgaben, über beren wenigstens teilweisen steuerlichen Charakter immer Zweifel bestehen werden. Weiter sind manche Gebühren nicht nur Entgelte für Gegenleistungen, sondern eine ständig schwankende Mischung von Steuer= und Preisbestandteilen. Endlich enthalten, wie schon im vorigen Abschnitt betont, auch die Preise der Monopolbetriebe oft erhebliche, aber doch nie einwandfrei feststellbare Steuerbestandteile. Das gilt sowohl von eigentlichen Finanzmonopolen, die neben Steuererträgen auch Unternehmergewinn abwerfen, wie von den sogenannten öffentlichen Unternehmungen, deren Reinerträge neben Kapital= und Unternehmergewinn auch Steuerelemente enthalten können. So ist denn heute bei den ständig wechselnden Tarifgestaltungen für Steuern, Gebühren, Beiträge und die Preise öffentlicher Unternehmungen die Feststellung des Steueraufkommens, d. h. der seitens öffentlicher Körper= schaften zum Zwecke der Finanzbedarfsdeckung ohne spezielles Entgelt erfolgenden Entnahmen aus anderen Wirtschaften, überhaupt nur ganz roh und in groben Umrissen möglich.

Allgemein und grundsätlich ist also zu sagen: Die Ermittlung bes Steuerauskommens eines einzelnen Landes für einen gewissen Zeitraum ist um so schwieriger, je größer die Zahl der nebeneinander bestehenden Steuerkörperschaften und je vielgestaltiger die teils reine Steuern, teils steuerliche Bestandteile enthaltenden Leistungen anderer Wirtzschaften an diese Körperschaften sind.

In Zeiten der Geldwertänderung, insbesondere rasch fortschreitender Geldwertänderung, stellt sich nun der befriedigenden Berechnung des Steueraufkommens eines Landes noch eine weitere, man darf wohl sagen, kaum zu überwindende Schwierigkeit entgegen. Sie besteht darin, daß die Steuern in einem Gelde vorgeschrieben und gezahlt

Ausgabe ist daher bei Bedarf überhaupt zu verwenden. Sie ist im Buchhandel vergriffen. Mit Rücksicht auf manche an mich gelangende Anfragen sei aber besmerkt, daß das Bücheramt der Universität Franksurt noch einen kleinen Rest besitzt und abzugeben in der Lage ist.

werden, das der Wertstabilität ermangelt. So wie in solchen Zeiten die Privatunternehmungen in dem staatlichen Geld keine richtige Bilanz und die öffentliche Wirtschaft keinen brauchbaren Etat ausstellen können, auch keine zuverlässige Handelsbilanz ausgewiesen werden kann, so ist auch eine richtige Verechnung des Gesamtsteuerauskommens unmöglich; denn das hieße sinnlos, zwar gleichnamige, Mark benannte, aber doch tatsächlich höchst ungleichartige, weil aus den verschiedenen Zeiten der Markentwertung stammende Steuerleistungen zusammenzählen.

Der Versuch, etwa mit Silfe einer Richtzahl die zu verschiedenen Zeiten, d. h. in Geld verschiedener Kaufkraft, erfolgten Leistungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen, ist natürlich gänzlich auß= sichtslos. Selbst wenn aber die Steuern in Gold vorgeschrieben und mit einem Aufschlag in Papier entrichtet werben, so besagt auch ber in dieser Goldwährung ausgedrückte Betrag des Steueraufkommens für die Frage der Steuerbelastung nicht allzuviel. Goldmarkbelastungen wirken auf Papiermarkeinkommen natürlich ganz verschieden, je nachdem, ob die Einkommensbezieher ihr Einkommen leicht oder schwer den Valutaschwankungen anzupassen vermögen. Darüber hinaus aber muß mit aller Deutlichkeit überhaupt betont werden, daß nach der Währungs= erschütterung in der ganzen Welt die Berechnung des Steueraufkommens für irgendein Land nur einen sehr bedingten Wert hat. Das gilt selbst für Länder mit anscheinend stabiler Währung. Nicht nur ist ein Vergleich der Steuerleiftungen vor und nach dem Kriege angesichts der Beränderung der Raufkraft des Goldes irreführend, sondern auch die anscheinend stabilen Bährungen sind zur Zeit noch rascheren und erheblicheren Kaufkraftänderungen unterworfen als vor dem Kriege, so daß selbst Berechnungen des Steueraufkommens aus den Zahlungen eines einzigen Jahres kein eindeutiges Bild des Steuerdruckes zu geben vermögen. Beiter auf diese "Bährungsfrage" einzugehen, ist hier nicht am Plage; als Beispiel sei nur auf Ofterreich verwiesen, wo die Krone, die seit zwei Jahren zum Dollar stabilisiert ist, sich in ihrer inneren Raufkraft nicht unerheblich nach einer Richtung hin verändert hat. Ein gleicher Steuerkopfbetrag in Goldkronen für das Jahr 1923 bzw. 1924 bedeutet für die Steuerlaft der Bevölkerung etwas ganz verschiedenes. Ahnliches gilt von der tschechischen und mancher anderen Währung.

Daraus ergibt sich also: in Zeiten fortschreitender Geldwertänderung sind Berechnungen des Steueraufkommens überhaupt irreführend.

Auch die Umrechnung auf einen festen Geldwert ober Berichtigungen mittels einer Richtzahl (Inderziffer) sind kaum weniger irreführend.

Die Frage nach der Steuerbelastung ist aber mit der Ermittlung bes Steueraufkommens nur zu einem Teil, und zwar zum kleineren Teil, beantwortet. Um über die Steuerbelastung etwas auszusagen, bedürfen nämlich die Zahlen über das Steueraufkommen der Bezugnahme auf bestimmte soziale und ökonomische Tatsachen: anders aus= gedrückt, es muß versucht werden, möglichst eindeutige Belastungs= werte zu gewinnen. In der Regel pflegt man sich hierbei mit der Berechnung der Steuerbelaftung auf den Ropf der Bevölkerung zu begnügen, zuweilen zerlegt in die Anteile der direkten und der indirekten Steuern an der Kopfquote. Die Kopfquote der Gesamt= bevölkerung gibt jedoch auch in dieser Gliederung nur ein sehr unvollständiges Bild der tatfächlichen Steuerbelastung. Wenn eine Berhältniszahl, wie die Kopfquote es ist, eine richtige Vorstellung der Tatsachen geben soll, ist es unerläßlich, daß sie auf eine richtige Grundlage gestellt wird oder, wie der statistische Ausdruck lautet, ihr Milieu richtig gewählt wird. Das geschieht in diesem Falle durch Berücksichtigung des Altersaufbaues der Bevölkerung, der Berufsgliederung und der Ermittlung des Anteils der Steuern am Bevölkerungseinkommen und der Berechnung der Steuerbelaftung für gewisse Ginkommensstufen.

Steuerleiftung und Einkommen in Beziehung zu sehen ist unerläßlich, um über die Steuerbelastung wirklich etwas auszusagen. Das ist aber nur für einzelne direkte Steuern leicht möglich, und nur wenn das Steuerspstem aus wenigen einfachen direkten Steuern besteht, besißen solche Zahlen für die Frage der Steuerbelastung einen gewissen Erstenntniss und gegebenenfalls Vergleichswert.

Viel schwieriger und nicht selten ganz unmöglich erweist sich die Berechnung der Belastung verschiedener Einkommensklassen durch Versbrauchssteuern. Wie einzelne Einkommen thpischer Größe durch gewisse Berbrauchssteuern belastet werden, läßt sich nur auf Grund sorgsältig geführter Haushaltungsrechnungen ermitteln. In einer 1908 veröffentlichten Abhandlung habe ich den Versuch gemacht, die Versbrauchsbelastung kleinerer und mittlerer Einkommen auf Grund von Hoo Haushaltungsrechnungen unter vergleichsweiser Heranziehung

¹ Gerloff, Verbrauch und Verbrauchsbelaftung kleiner und mittlerer Einstommen in Deutschland um die Wende des 19. Jahrhunderts; eine konsums und finanzstatistische Studie. Jahrb. f. Nat. u. Stat., III. Folge, 35. Bb. (1908), S. 1 ff.

weiterer 889 Familienbudgets zu berechnen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung finden sich in den bekannten finanzwissenschaftlichen Lehr= büchern 1. Aus der genauen Kenntnis der Voraussetzungen und der Schwierigkeiten solcher Untersuchungen glaube ich sagen zu burfen, daß heute derartige Berechnungen nicht durchführbar sind. Die Konsumtionsverhältnisse haben sich seither völlig verschoben; auch fehlt es an genügend zahlreichen und einwandfrei geführten Haushaltungs= rechnungen, die ein typisches Bild von Verbrauch und Verbrauchsbelaftung zu geben vermöchten. Dazu kommt, daß die deutsche Berbrauchsbesteuerung seit meinen Berechnungen, die sich auf die lette Jahrhundertwende beziehen, sich extensiv und intensiv sehr entfaltet hat. So läßt sich z. B. schwer und einwandfrei überhaupt nicht berechnen, inwieweit die Umsatsteuer und bis vor kurzem die Rohlensteuer den einzelnen Haushalt belaften. Die Belaftung ist zweifellos sehr hoch und überholt leicht das, was etwa das Ausland, das diese Steuern nicht oder nicht in gleich scharfer Form hat, bei der Belastung gewisser Verbrauchs= güter mehr leistet.

Wie die Frage der Geldwertänderung bei der Berechnung des Steueraufkommens eine Rolle spielt, so auch bei der Ermittlung der Steuerlast. Die Geldwertänderung gehört zu den ökonomischen Tatsachen, die für die Ermittlung der Steuerlast von wesentlicher Bedeutung sind. Schon Ab. Smith hat darauf hingewiesen 2; nur haben wir in Zeiten stabiler Währungsverhältnisse vergessen, daß hier Probleme besonderer Art vorliegen. Geldwertanderungen können, wenn sie Geld= entwertung sind, eine Erleichterung der Last der in Geld zu entrichtenden Steuern bedeuten. Hierbei ist jedoch nicht zu übersehen, mas oft geschieht, daß für den Steuerdruck nicht entscheidend ift der Geldwert am Bahlungstermin, sondern an jenem Zeitpunkt, in welchem der Steuer= zahler die Steuerbeträge erarbeitet hat oder aus seiner Wirtschaft zum Zwede der Steuerzahlung herausziehen muß. Das sind freilich Dinge, die sich einer Feststellung entziehen und bei den verschiedenen Berufs= klassen auch ganz verschieden sind. Es scheint notwendig, das nachdrücklich hervorzuheben, da man vielsach geneigt ist, die Steuerleistung nach

¹ Ab. Wagner, Finanzwissenschaft III, 2. Aufl., 1. Buch, 1910, S. 344; W. Lot, Finanzwissenschaft, 1917, S. 575, S. 725 usw.; B. Fölbes, Finanzwissenschaft, 1920, S. 487. Man vergleiche an ben angeführten Stellen auch die Ausführungen zu bem vorliegenden Broblem.

² Wealth of nations, V, Chap. 2, Part. II, Art. 1.

ber Bebeutung, die sie für den Finanzhaushalt hat, zu beurteilen. Gerade die baren Steuerleistungen während des Jahres 1923, dem Jahre der stärksten Inslation in Deutschland, haben zahlreiche kleine Steuerzahler auf das härteste betroffen. Daß der Steuerbetrag im Augenblick des Jahlungseinganges entwertet war, war nicht die Schuld der Steuerzahler.

Nach alledem wird man mit großem Pessimismus an die Frage, ob die Steuerlast in Deutschland größer ober geringer als in Frankreich oder England ist, besser an die Frage der Vergleichbarkeit der Steuerlasten verschiedener Länder herangehen. Ift schon in einem einzelnen Staat bei dem gegenwärtigen Stande der Statistik die Gesamtheit der Steuerleiftungen nur unzulänglich zu erfassen, so vervielfältigen sich bei einer Berechnung der Steuerbelaftung für verschiedene Staaten zum Zwede eines Vergleichs die methodischen Schwierigkeiten unendlich. Die Verwaltungsgliederung in Verbänden und Körperschaften mit und ohne Besteuerungsrecht ist in den einzelnen Staaten sehr verschieden. Deutschlands zentralisierte Verwaltung weist zahlreichere Steuerkörperschaften auf als andere Staaten. Eine Beschränkung des Vergleichs auf die eigentliche staatliche Belastung muß die deutschen Steuerleistungen geringer erscheinen lassen, als sie sind. Dazu kommt weiter die Verschiedenartigkeit der Abgaben, über deren Wesen oft genug die Sachkundigen des eigenen Landes im Zweifel sind, geschweige denn die Kernerstehenden.

Benn es dann weiterhin, wie dargelegt, zur Beurteilung der Steuerbelastung in einem einzelnen Lande auch der Bezugnahme auf gewisse ökonomische und soziale Taksachen bedarf, so ist das noch sehr viel mehr der Fall, wenn ein Bergleich der Steuerbelastung verschiedener Länder erfolgen soll. In ersterem Falle können gewisse Bedingungen immerhin noch vernachlässigt werden, z. B. Kauftraft des Geldes, Altersgliederung der Bevölkerung usw., weil sie für die Steuerträger im wesentlichen gleich sind. Im letzteren Falle aber würde eine solche Vernachlässigung Fälschung der Taksachen bedeuten. Berücksichtigung dieser Taksachen ist geradezu Voraussehung eines Vergleiches der Steuerbelastung. Denn selbstverständlich vermag ein Land mit großem Einkommen und Vermögen eine größere Steuerlast zu tragen als ein solches von geringem Einkommen und Vermögen, und ebenso vermag eine Bevölkerung, die in ihrer Gliederung eine verhältnismäßig hohe Quote im erwerbstätigen Alter Stehender ausweist, steuerlich mehr zu leisten als eine solche, die

bei gleich großer Bevölkerungszahl eine verhältnismäßig hohe Zahl von Kindern und Jugendlichen ausweist. Ahnlich steht es mit der Berufs-gliederung. Das sind ja alles bekannte Tatsachen, die sich leider nur in ihrer Bedeutung für die Steuerkraft einer vergleichenden statistischen Ersassung mehr oder weniger entziehen.

Diese Andeutungen müssen hier genügen; hinzugesügt sei nur, daß auch in diesen Punkten (Vermögenß= und Einkommensverhältnisse und vielleicht auch Altersausbau der Bevölkerung) ein Vergleich der Steuerskraft Deutschlands, Englands und Frankreichs für Deutschland ungünstig außfällt. Im übrigen wiederholen sich natürlich die Schwierigkeiten, die sich schon bei der Berechnung der Steuerlast für ein einzelnes Land ergeben, und alle Zweiselsfragen tauchen in verschärftem Maße auf: Bewertung des Steueranteils der Reinerträge der Betriebsverwaltungen, Berechnung der Steuerlast der Inslation, Berücksichtigung oder Nichtberücksichtigung der durch Zölle bewirkten Preissteigerung insländischer Erzeugnisse als "Steuerbelastung" usw.

Ein Bergleich der Steuerbelastung verschiedener Länder setzt nun aber nicht nur voraus, daß in der dargelegten Beise qualitativ Gleichsartiges verglichen wird, sondern auch daß ein taugliches Maß dem Bergleich zugrunde gelegt wird. In Zeiten gesunder Bährungsverhältnisse bietet die Bährungsparität einen Maßstab oder einen Nenner. Die Störung der intervalutarischen Beziehungen zeigt hier eine neue Schwierigkeit. Daß führt zu den verschiedenen Bersuchen oder, sagen wir, Methoden; denn wenn es auch manchmal Unsinn war, so war es doch Methode, die Steuerbelastung Deutschlands mit jener der alliierten Mächte zu vergleichen. Damit wird zugleich die naheliegende Frage beantwortet: Gibt es denn trotz der dargelegten und mancher anderen nicht erwähnten Schwierigkeiten solcher Steuerbelastungsberechnungen und Bergleiche dennoch Zissern, die zum Zwecke solcher Belastungsvergleiche gebraucht oder mißbraucht werden, und woher kommen sie, und was ist davon zu halten?

IV. Steuerbelastungsvergleiche.

Steuerbelastungsberechnungen und Steuerbelastungsvergleiche sind den Vertretern der deutschen Regierungen auf den Sachverständigenund Reparationskonferenzen in Brüssel, in London, in Cannes usw. wiederholt entgegengehalten worden. Auch in der französischen Kammer und vor allem in der ausländischen Presse sind häufig Zissern über die Steuerbelastung in Deutschland im Vergleich zu jener in Frankreich und Großbritannien oder auch den Vereinigten Staaten genannt worden, die fast alle mehr oder weniger darauf hinausliesen, darzutun, daß Deutschland zu wenig an Steuern leiste. Sehen wir uns die wichstigsten dieser "Methoden" an.

1. Auf der Brüffeler internationalen Finanzkonferenz (vom 24. Sept. bis 8. Oft. 1920) ist durch das Bureau des Bölkerbundes ein von französischer Seite stammender Bericht nebst Anlagen vorgelegt worden (als Verfasser wird André Tardieu bezeichnet), darin auch ein Vergleich der deutschen und französischen Steuerlast gegeben wird. Sowohl das deutsche wie das französische Steueraufkommen, das diesen Berechnungen zugrunde liegt, beruht auf Schätzungen, die sich zum Teil sogar auf nachweisbar falsche Unterlagen stüten. Dem ist hier jedoch, wo es sich nur um die Methodenfrage handelt, für diese, auch wenn sie richtig wären, längst überholten Ziffern nicht nachzugehen. Sie haben bereits seinerzeit eine treffende und vernichtende Kritik durch W. Lop gefunden, der von deutscher Seite als Beirat der Bruffeler Konferenz zugezogen war 1. Nur das Ergebnis dieses Berichtes sei mitgeteilt und grundsätlich gewürdigt. Der Bericht (Public finance, Rapport IV) errechnet die Steuerkopfquote in Deutschland für 1920 auf 474,9 Mk., in Frankreich für denselben Zeitraum auf 416,8 Fr. Das ergibt, um= gerechnet zum Tageskurs vom 30. Juni 1920, eine Steuerbelastung in Deutschland von 12,5 Dollar und in Frankreich von 34,6 Dollar auf den Ropf der Bevölkerung.

Die Kopfquotenmethode ist die bekannteste Form der statistischen Aussage, um auf verschiedene Massen bezügliche Grundzahlen, die ohne weiteres keinen Bergleich gestatten, vergleichbar zu machen. Die Methode ist wegen ihrer Einsachheit sehr beliedt. Sie ist aber nur brauchbar, wenn die Massen, auf welche die zu vergleichenden Berhältniszahlen sich beziehen, möglichst homogen sind. Das ist nun, wie schon dargelegt, hier hinsichtlich Altersausbau, Berufsgliederung, Bohlstand usw. keineswegs der Fall. Kopfquotenvergleiche steuerlicher Belastungen können daher immer nur je nach der Berschiedenheit der Bezugsmassen mehr oder weniger rohe Annäherungswerte geben. In diesem Falle

¹ Bgl. W. Loh, Die Brüffeler internationale Finanzkonferenz von 1920, Schmollers Jahrb., 44. Jahrg. (1920), S. 1197 und 45. Jahrg., S. 165. Der Aufslap ist auch heute noch beachtenswert als Beleg sür die leichtfertige Art, mit der solche offiziöse Berechnungen angestellt werden.

liegt nun aber nicht nur die Umwandlung in eine einzige Beziehungszahl vor, sondern aus den Kopfquoten sind durch Umrechnung in Dollar= währung neue Beziehungszahlen entstanden, die auch eine neue Fehlerquelle in sich bergen, da sie gleichfalls nicht auf homogener Grundlage beruhen. Gegen diese Berechnung ist einzuwenden: "baß sie voraussett, die innere Kaufkraft der Mark und des Franken und damit die wirkliche Belastung burch Steuern sei genau dem Tageskurs des Dollars in Berlin und Paris entsprechend" (W. Lop, S. 1211) 1. Die Methode, die Steuerbelastung zweier Länder, von denen eines oder gar beide eine erschütterte Valuta haben, in eine feste fremde Währung ober auf Goldeinheiten umzurechnen und vergleichend gegenüberzustellen, muß notwendig ein ganz schiefes Bild ergeben. Es wird hierbei nicht nur auf die Zufälligkeiten der Kursgestaltung keine Ruchsicht genommen, sondern es bleibt vor allem die innere Berarmung völlig unberücksichtigt, die um so größer zu sein pflegt, je größer die Geldentwertung ist. Es ist ja doch kein Zufall, daß bei solchen Vergleichen das Land der entwertetsten Valuta immer die niedrigsten Erträge an Steuern i. e. S. des Wortes aufweist, wie es ebenso immer die niedrigsten Löhne und Gehälter hat. Gerade bei dieser Methode müßte zum mindesten die Inflation ihrem vollen Schwergewicht nach als Steuerleistung der Bevölkerung in Anrechnung kommen. Weitere kritische Einwände ergeben sich aus bem im früheren Abschnitt Gesagten, was hier nicht zu wiederholen ift.

Nur nebenbei sei schließlich noch erwähnt, daß laut Antwort auf den Fragebogen der französischen Delegation zur 2. Brüsseler Konserenz, von der gleich die Rede sein wird, die Gesamtbelastung an Steuern und Abgaben in Deutschland unter Berücksichtigung der Boranschläge (ohne Nachtragsetat), d. h. also wenn die Berechnung wie der Bölkerbundsbericht von Sollposten ausgeht, bei Annahme einer Bevölkerung von 60 Millionen für das Jahr 1920 betrug 2:

									in Mill. Mark	Mark pro Kopf
Reich (nach	Abzug	g ber	Ü	tber	w	eifu	nge	n)	29776	496,26
Länder									4 916	81,94
Gemeinden									10510	175,17
						31	ısar	nmei	n 45 202	753,37

¹ Für weitere Einzelheiten val. 28. Lot a. a. D.

² Deutsches Weißbuch, Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Sachverständigenkonferenz zu Brüssel vom 16. bis 22. Dezember 1920, Berlin 1921, S. 226.

Das sind nach dem Kurse vom 30. Juni 1920 immerhin 19,89 Dollar auf den Kopf der Bevölkerung.

2. Einen Fortschritt gegenüber bem vorgenannten Bericht zur Bruffeler Septemberkonferenz bedeutet die Denkschrift der alliierten Sachverständigen vom 11. Januar 1921, die im Anschluß an die Berhandlungen auf der Sachverständigenkonferenz zu Brüffel vom 16. bis 22. Dezember 1920 den alliierten Regierungen überreicht worden ift. Dieser Bericht, der der Offentlichkeit wie auch der deutschen Regierung nur in einem Auszug der Agence Havas vom 2. und 3. Februar 1921 bekannt geworden ist 1, verzichtet darauf, die Steuerbelastung Deutsch= lands mit der eines anderen Landes zu vergleichen. Er weist zwar für Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien Kopfbelastungen nach, aber er versagt es sich, diese Ziffern auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und zu vergleichen. Da es nicht möglich ist, wie der Bericht selbst sagt, ein einheitliches Ariterium für die Steuerbelastungen in verschiedenen Staaten zu finden, begnügt er sich damit, eine Reihe von Symptomen zu betrachten, "die, zueinander in nähere Berbindung gebracht, die Auslösung genauerer Eindrücke ermöglichen sollen, z. B. den Betrag der direkten Steuern, den Betrag der indirekten Steuern, den Gesamtertrag der Steuern einschließlich der Ausnahmesteuern und der örtlichen Gebühren, den Gesamtbetrag der Ausgaben, die Summe der inneren und äußeren Schulden usw." Leider hält der Bericht diesen sachlich durchaus richtigen Weg nicht bis zum Ende ein, sondern er wagt eine kleine Abschweifung, indem er zum Schlusse einen Vergleich bezüglich der Besteuerung altoholischer Getränke in Goldmarkrechnung anstellt. Das Ergebnis ist: Deutschland zog 1920 aus der Besteuerung dieser Getränke 85, Frankreich 470, England 3450 Millionen Goldmark. Und die Erträge verhalten sich 1913 zu 1920 in England wie 100:430, Frankreich 100:102, Deutschland 100:16. Großbritannien bezog 1920 ein Viertel, Frankreich ein Elftel, Deutschland ein Fünfzigstel seiner Gesamtsteuereinnahmen aus der Besteuerung alkoholischer Ge= tränke, und auf den Kopf der Bevölkerung entfielen in Großbritannien 72, in Frankreich 11,70 und in Deutschland (bamals!) 1,46 Goldmark.

¹ Abgedruckt in dem Deutschen Weißbuch, enthaltend eine Sammlung von Aktenstücken über die Verhandlungen auf der Konferenz zu London vom 1. bis 7. März 1921, Reichstagsdrucksache Kr. 1640, S. 123. Agl. ebenda auch die Bemerkungen der deutschen Regierung zur Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten über den Haushalt des Deutschen Reiches, S. 43, besonders S. 59ff.

Diese Berechnungen sind nichts als eine einem ernsten Gutachten unwürdige Bahlenspielerei; denn für die Steuerbelastung in Deutschland überhaupt und im Vergleich zu derjenigen Großbritanniens oder Frankreichs besagen sie natürlich so gut wie gar nichts! Es läßt sich leicht eine ähnliche Rechnung aufstellen, bei der die Steuerleiftung Frantreichs oder Englands lächerlich gering erscheint, diejenige Deutschlands hingegen ungewöhnlich groß und schwer; man muß eben nur die richtigen Steuern auswählen, also z. B. zugunsten Deutschlands etwa die Kohlensteuer oder die Umsatsteuer. Die Kohlensteuer hat z. B. in den letten Jahren, für die Rechnungsabschlüsse vorliegen, 1920 4998 Millionen und 1921 7014 Millionen Mark gebracht, d. i. mehr als alle anderen Verbrauchssteuern (von Tabak, Bier, Bein, Branntwein, Mineral= wasser, Zuder, Salz, Zündwaren, Leuchtmitteln, Spielkarten usw.) zusammen. Es kommt kurz gesagt auf die steuerliche Gesamtbelastung an und nicht auf den Ertrag einzelner Steuern. Schon vor dem Kriege hat sich das Schwergewicht der Besteuerung in Deutschland mehr und mehr nach der Seite der direkten Steuern verschoben 1. Diese Tendenz hat sich dann während des Arieges und erst recht nach dem Ariege verstärkt Geltung verschafft. Die selbstwerständliche Folge ist die geringere Entwicklung der Verbrauchsbesteuerung; denn alle Besteuerung hat ihre ökonomischen und psychologischen Grenzen. Was mit dem Eimer ber direkten Steuern aus dem Steuerbrunnen geschöpft wird, kann nicht mit der Pumpe der indirekten Steuern herausgeholt werden. Selbst wenn man aber auf einen Vergleich der Verbrauchsbesteuerung allein abstellen will, so müssen selbstverständlich alle Verbrauchsabgaben in Rechnung gestellt werden und nicht nur eine einzelne Gruppe. Die bloße Gegenüberstellung einzelner Steuerarten verschiedener Länder gist notwendig ein falsches Bild; denn sie wird weder der Eigenart ber verschiedenen Steuerspsteme noch den besonderen Lebensbedingungen und Lebensgewohnheiten der Bevölkerung der verschiedenen Länder gerecht.

3. Die vorstehenden kritischen Bemerkungen gelten nun auch für die dritte Methode der Steuerbelastungsvergleiche, die ich die Tarifsmethode nennen möchte; es ist die Methode Lloyd Georges. Diese Methode besteht darin, nicht die Zolls und Steuererträge, sondern

Bgl. den Abschnitt Steuerverteilung und Steuerbelastung in dem Gutachten "Die steuerliche Belastung in Deutschland während der letzten Friedensjahre", S. 25sf.

einfach Zoll- und Steuersäße miteinander zu vergleichen. Dieser Beweisssührung für Deutschlands angebliche Steuerscheu bediente sich Lloyd George auf der Konferenz zu London 1921, um zu zeigen, daß in Deutschland Bier, Branntwein, Tabak, Kaffee, Tee, Wein und Zucker nicht stark genug belastet seien 1. Deutschlands "indirekte Steuern", sagte Lloyd George, "und dies sind die Steuern, die die Masse bes Volkes trägt, sind lächerlich niedrig, verglichen mit Großbritannien. Lassen Sie mich ein paar Beispiele geben: Zum Zweck dieser Verechnung habe ich 10 Papiermark, 4 Papierfranken und 1 sh 6 dals Gegenwert sür eine Goldmark genommen." Er gab dann solgende übersicht der Steuerbelastung²:

	DeutfcJland	England	Frankreich
	(Goldmark)	(Goldmark)	(Goldmark)
Bier (pro hl)	0,5	34,—	3,25
	20 v. H. des	etwa 40 v.H. des	etwa 27 v.H. des
	Kleinhandels=	Kleinhandels=	Kleinhandels=
	preifes	preises	preifes
Spirituosen (pro hl)	80,— 2,— 1,4	2392,— 13,— 44,— 28,— 133,—	316,— 12,5 —

Das klingt zunächst ganz einleuchtend. Es ist auch ohne weiteres zuzugeben, daß zur Zeit der Pariser und Londoner Verhandlungen die Steuersätze, für einige Verbrauchsabgaben in Deutschland sehr zurückzgeblieben, von der Geldentwertung überholt waren. Das ist inzwischen gründlich anders geworden. Abgesehen davon aber gilt für den Verzgleich der Steuersätze einiges Grundsätliches:

Ziel der Finanzpolitik ift nicht ein Maximum der Steuersätze, sondern der Steuererträge. Gerade bei den Verbrauchssteuern gilt es, den optimalen Steuersatz, der die größten Erträge bringt, nicht den maximalen zu sinden. Die Kauskraft der deutschen Vevölkerung gestattet zudem nicht schlechthin Steuersätze von jener Höhe, wie sie in Großbritannien

¹ Weißbuch, enthaltend eine Sammlung von Aftenstücken über die Berhandslungen auf der Konferenz zu London vom 1. bis 7. März 1921, Reichstagsbruckfache Rr. 1640, S. 162/63.

² Die angegebenen Sätze sind offenbar die Ende 1920 geltenden; vgl. die gegenwärtig geltenden weiter unten S. 47 ff.

burchweg noch erträglich sind. Ferner hat die Steuerpolitik auch wirtsschaftspolitische Rücksichten zu nehmen. Die Produktionsverhältnisse für Bier, Branntwein, Zucker und Tabak sind in Deutschland andere als in England. Rücksichten auf die Produktion verbieten in Deutschsland Steuersätze von der Höhe der britischen. Endlich ist gerade bei den Berbrauchssteuern die Borbelastung durch Umsatz und Kohlenssteuern nicht außer acht zu lassen.

Diese beiden schwersten Steuern im Steuergepäck des deutschen Volkes treffen natürlich mit besonderer Schärfe die außerdem noch durch eigene Verbrauchssteuern belasteten Objekte wie Zucker, Tabak, Bier usw. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die Umsatsteuer und bis vor kurzem in der Regel auch die Kohlensteuer einfach alle, auch die lebenswichtigsten Erzeugnisse, den Notbedarf der Armsten mit erheblichen Steuersätzen belasten. Die Belastung durch die Umsatsteuer ist um so höher, je größer die Zahl der Umsätze vom ersten Erzeuger bis zum letten Verbraucher ift, und je geringer hierbei die Zwischengewinne sind. Besonders hoch ist deshalb gerade die Belastung von Lebens= mitteln, die meistens keiner erheblichen Bearbeitung und Stoffumwand= lung unterliegen, wie Kartoffeln, Fleisch, auch Mehl usw. So beträgt die Umsatsteuerbelastung für Fleisch, wie ich mit hilfe von Sachverständigen feststellen konnte, auf dem Wege vom Landwirt über den Biehhändler und Großschlächter zum Ladenmetger ungefähr 8 v. H. bes Verkaufspreises; gelangt bas Fleisch im Gasthause zum Verbrauch, so beträgt die Belastung infolge der erhöhten Umsatsteuer sogar ungefähr 15 v. H. Die Belastung von Wein, Bier und Zuder allein durch die Umsatsteuer (also die Wein=, Bier= und Zuckersteuer nicht eingerechnet) ist ähnlich hoch.

Auch der belgische Reparationsvorschlag vom 9. Juni 1923 sagt über die deutsche Verbrauchsbesteuerung: "Wie häufig nachgewiesen, ist der Ertrag der Verbrauchssteuern in Deutschland beträchtlich geringer, als er sein könnte, und als er bei sonst gleichen Verhältnissen in anderen Ländern ist." Zu dieser allgemeinen, das Gesamtsteuersussem und die Gesamtbelastung überhaupt nicht berücksichtigenden Bemerkung ist das gleiche wie zu den Ausführungen Lloyd Georges zu sagen.

Die Kohlensteuer ist als Reichssteuer seit 1923 zwar aufgehoben; sie besteht jedoch noch als Förderabgabe, die von den Besatungsmächten an der Ruhr erhoben wird.

Gegen Beweisführungen dieser Art, die sich an einzelnen Steuern versuchen, um zu zeigen, daß die Steuerbelastung in Deutschland ge= ringer sei als anderwärts, wendet sich zutreffend auch der Bericht des Dawes-Romitees. Es heißt da (Bericht des ersten Komitees, 2. Teil, Abschnitt III): "Wir halten es nicht für besonders ersprießlich, den deutschen Staatshaushalt einer ins einzelne gehenden Untersuchung zu unterziehen, zu keinem anderen 3med, als um vorzuschlagen, daß jede einzelne Steuer auf einen Sat ober auf die Höhe gebracht wird, die in irgendeinem alliierten Staate für diese Steuer besteht, und der= gestalt Deutschland das Höchstmaß der Laft aufzulegen, die in irgend= einer Steuerkategorie in irgendeinem der Gläubigerstaaten getragen wird. So zu handeln, hieße die Frage der Gesamtlast außer acht lassen. Es hieße das Gleichgewicht des deutschen Systems zerstören und die durch dasselbe den Steuernzahlern aufgebürdete Gesamtlast vergessen, wollte man z. B. behaupten, daß Deutschland eine Angleichung der Steuerfäte auf Tabak, Bier, Spirituofen usw. an das Niveau der entsprechenden englischen vertragen könne, und dabei die hohe Umsatsteuer vergessen, die England nicht erhebt; oder wollte man behaupten, daß Deutschland höhere Erbschaftssteuern erheben könne, und dabei seine Vermögens= steuern völlig ignorieren." Leider beachten die Gutachter die hier selbst vorgezeichnete Richtlinie, die gewiß zur Gewinnung eines richtigen Bildes innegehalten werben muß, durchaus nicht immer.

Ahnlich übrigens wie uns der Vorwurf gemacht wird, der deutsche Steuerzahler sei nicht genug belastet, so ist auch von englischer Seite wiederholt darauf verwiesen worden, daß der englische Steuerzahler viel schwerer als sein französischer oder belgischer Verbündeter belastet sei. Was können die französische und die belgische Regierung darauf antworten? Auch sie können nur sagen, daß es keine einwandsreie Basisgibt, auf der ein solcher Vergleich überhaupt möglich ist, wenn sie es nicht vorziehen, diesen unliedsamen Hinweis auf ihre geringeren Steuersleistungen mit Stillschweigen zu übergehen.

¹ Einen solchen beutlichen Hinweis enthält z. B. die Note des britischen Ersten Staatssekretäus des Auswärtigen, Marquess Eurzon of Kedleston an den französischen Botschafter in London und an den belgischen Botschafter in London, vom 11. August 1923, Punkt 17. Die Antwort Poincarés vom 20. August 1923, odwohl sie die englische Note Punkt für Punkt zu widerlegen versucht, geht doch geflissentlich an der Bemerkung über die Minderbelastung der französischen und belgischen Steuerzahler im Vergleich zu den englischen stillschweigend vor-

Schließlich sei noch bemerkt, daß auch bei den direkten Steuern ein bloßer Vergleich der Steuersätze keineswegs ohne weiteres statthaft ist. Sehen wir von der Frage der Geldentwertung bzw. der Kauskraft des Geldes ab, so setzt ein einwandfreier Vergleich immer noch voraus, daß man sich Nechenschaft gibt über die Grundsätze für die Wertermittung bzw. ihre Verschiedenheit, über die Zuverlässigkeit der Veranlagung, der Erhebung usw. Im übrigen ist die Höhe der direkten Steuern in Deutschland seitens der Reparationsgläubiger noch nie bezweiselt oder bemängelt worden.

4. In der Sitzung der französischen Kammer vom 16. Februar 1922 ist von einem Abgeordneten (wie schon früher und auch später wiederholt von anderen) die Frage eines Vergleichs der Steuerbelastung Frankreichs mit derjenigen Deutschlands aufgeworfen worden. Poincaré selbst gab bei dieser Gelegenheit zu, daß ein solcher Vergleich sehr schwierig sei, da man nicht nur die Staatssteuern, sondern auch die lokalen Steuern in Betracht ziehen müsse, außerdem die örtlichen Abgrenzungen in den verschiedenen Ländern nicht die gleichen seien. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß der Abgeordnete Loucheur ein großes Material über diese Frage vorgelegt habe. Von diesem Material ist der Offentlichkeit nicht mehr bekannt geworden als die auch in jener Sitzung genannten Ergebnisse der Berechnungen Loucheurs.

Die Methobe Loucheurs — ich nenne sie die Arbeitswertsmethobe — ist diese: er hat nach dem Borbild einer bei französsischen Finanzwissenschaftlern der 70er Jahre schon beliebten Bestechnungsweise den an Steuern auf die Bevölkerung entsallenden Kopfbetrag unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Arbeitsseinkommens eines Industriearbeiters in Arbeitstage umgerechnet und fragt danach: "Wieviel Tage arbeitet jeder Engländer, Franzose oder Deutsche hiernach jährlich für den Staat?" Die Antwort sautet: Der Engländer zahlt an Steuern durchschnittlich 45, der Franzose 30, der Deutsche 16 Arbeitstage.

Leiber sind uns, wie gesagt, nur dieses "Ergebnis" bekannt und nicht die Unterlagen der Berechnungen. Wir können also die Richtigkeit der auf den Kopf berechneten Steuererträge nicht nachprüsen; wir wissen auch nicht, welche Durchschnittseinkommen für die verschiedenen Länder

über. Der erwähnte belgische Reparationsvorschlag und die genannten Noten sind in der Reichstagsbrucksache Nr. 6204 "Notenwechsel der Alliierten im Ansichluß an die deutschen Noten vom 2. Mai und 7. Juni 1923" veröffentlicht.

zugrunde gelegt worden sind, mussen aber die Zuverlässigkeit der einen wie der anderen Ziffern ftark bezweifeln. Daß im übrigen ein reiches Land wie England mehr solcher durchschnittlicher Einkommen ober Arbeitstage an Steuern leisten kann und wird als ein armes Land, ist selbstverständlich. Denn in einem armen Lande fehlen ja diejenigen Steuerzahler, die nicht einige Dutend, sondern hunderte solcher durchschnittlichen Tagelöhne entrichten. Allein es läßt sich auch rechnerisch leicht zeigen, daß die Loucheurschen Ziffern, soweit Deutschland in Frage kommt, nicht richtig sein können.

Der Mindestsatz der Reichseinkommensteuer beträgt bekanntlich 10 v. H. Das Jahr mit 300 ober auch nur mit 250 Arbeitstagen angenommen ergibt allein für die Einkommensteuerleiftung 30 oder 25 Arbeitstage. Das gilt nun freilich nur für die Einkommensteuer= zensiten, mahrend die Biffern Loucheurs für die gesamte Bevolkerung gelten. Die Zahl ber zur Einkommensteuer Beranlagten (der physischen Zensiten) betrug in Preußen vor dem Kriege 18—19 v. H. der Be= völkerung. Sie ist gegenwärtig erheblich höher 1. Für diesen Teil der Bevölkerung, d. h. für wenigstens ein Fünftel, sind also 25 bis 30 volle Arbeitstage das mindeste, was sie für den Staat leisten! Läßt sich nun zeigen, daß die gesamten übrigen Steuern das Vierfache der Einkommen= steuer erbringen oder rund 80 v. H. des gesamten Steueraufkommens betragen, so erhalten wir auch auf den Kopf der nicht einkommensteuer= pflichtigen Bevölkerung einen Steueranteil von wenigstens 25 bis 30 Arbeitstagen. Das ist in der Tat der Fall. Nach Voranschlägen und Schätzungen beträgt das gesamte reine Steuerauftommen (b. h. ohne die steuerartigen Gewinne der Betriebsverwaltungen usw.) für das Jahr 1924 6,9 Milliarden Goldmart 2. Davon entfallen auf die Einkommensteuer 1344 Millionen Mark oder 19,5 v. H. 3. Mindestens ebenso groß ist die Quote, die die Zahl der einkommensteuerpflichtigen Versonen

¹ Dem Lohnabzug unterliegen zurzeit rund 21 Millionen Steuerpflichtige.

² Das Aufkommen an Reichssteuern wird einschließlich der Überweisungen an Länder und Gemeinden für das Jahr 1924 auf 5144 Millionen Goldmark veranschlagt. Die eigenen Steuern der Länder und Gemeinden werden einschließlich der Steuer auf den bebauten Grundbesit nach der dritten Steuernotverordnung für das Rechnungsjahr 1924 auf 1750 Millionen Mark geschätt.

³ Es ist mir selbstverständlich bekannt, daß sich bei Einkommen bis 8000 Mk. ber Steuersat von 10 v. H. je nach bem Familienstand ermäßigt. Doch glaube ich von diesen und anderen Einwänden absehen zu können, da ja auch nur der Mindefta jat ber Einkommensteuer ber Berechnung zugrunde gelegt worden ift. Schriften 168 I.

von der Gesantbevölkerung beträgt. Es entfällt somit, wie schon gesagt, auf den Kopf der einkommensteuerpflichtigen wie der nicht einkommensteuerpflichtigen Bevölkerung eine Steuerlast in Höhe des Wertes von 25 bis 30 Arbeitstagen.

5. Die Methode der deutschen Sachverständigen. Es kommen vornehmlich in Frage zwei Schriftstücke zur Londoner Konserenz 1, serner
eine Note der deutschen Regierung vom 28. Januar 1922 auf die in Cannes getroffene Entscheidung der Reparationskommission vom
13. Januar 1922 2.

Schon in der für die im Juli 1920 abgehaltene Konferenz von Spaa verfaßten Denkschrift des Reichsfinanzministeriums "Die Steuerbelastung in Deutschland" war die Möglichkeit wissenschaftlich einwandfreier Bergleiche der Berechnung der Steuerbelastung verschiedener Länder zu geben, nachdrücklich bestritten und deshalb auch auf die Berechnung von Kopfquoten verzichtet worden. Es ist dem Drängen der Gegenseite oder auch den vielfachen irrigen Behauptungen in den Varlamenten und der Presse des Auslandes zuzuschreiben, daß die deutschen Sachverständigen in späteren Schriftstücken dennoch den Versuch wagen, die Belastung des deutschen Steuerzahlers mit derjenigen bes englischen oder französischen zu vergleichen. Da es notorisch hierfür auf beiben Seiten an einwandfreiem Material über Steueraufkommen in Staat und Gemeinden, über Bolkseinkommen usw. fehlt, konnen diese Bersuche zu einem befriedigenden Ergebnis nicht gelangen. Sie haben aber das Berdienst, daß sie die Berechnungen der Sachverständigen der Alliierten treffend kritisieren und zugleich das von diesen selbst ge= botene Material geschickt gegen sie verwenden. So erwiderte der deutsche Außenminister Simons in London auf die oben angeführten Darlegungen Lloyd Georges diesem, man könne die verschiedenen Be= lastungen auf den Kopf der Bevölkerung in Goldmark umgerechnet nicht miteinander vergleichen, man musse vielmehr die Belastung auf den Ropf berechnet mit dem Einkommen für den Ropf vergleichen. "Als

¹ Weißbuch, Reichstagsdrucksache Nr. 1604, Nr. 3. Sachverständigengutachten über die wirkschaftlichen Wirkungen der Pariser Beschlüsse, S. 28ff., Nr. 4. Besmerkungen zur Denkschrift der Sachverständigen der Alliierten über den Haushalt des Deutschen Reiches, S. 42ff.

² Attenstüde zur Reparationsfrage vom Mai 1921 bis März 1922, Reichstagsbrudsache Nr. 4140, Schriftwechsel nach der Konferenz von Cannes, Anlage 1, S. 52ff.

Grundlage des Vergleiches", suhr er fort, "akzeptiere ich die Zahlen der Denkschrift des Völkerbundes. Daraus folgt, daß nach Abzug der Steuerbelastung ein Einkommen für den Kopf der Bevölkerung übrig bleibt: in England von 1378,5 Goldmark, in Frankreich von 702,5 Goldmark, in Deutschland von 330 Goldmark. Hieraus ergibt sich klar, daß nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Deutschland am stärksten belastet ist. Ich verweise auch auf eine amtliche englische Quelle, den Generalsbericht des Departement of overseas trade, über die industrielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands, wo sestgestellt ist, daß die Steuersbelastung dem einzelnen Steuerträger in Deutschland 43 v. H. seines Einkommens nimmt." ¹

Kurz hat auch Rathenau in seiner Rebe vor dem Obersten Rat auf der Konserenz in Cannes die Frage der Steuerbelastung gestreist: "Wir haben Unterlagen vorbereitet", sagte er, "und stellen sie zur Berstügung. Ich stelle unter Beweis, daß der Deutsche seinerhin eine schwerere Bürde trägt als der Bewohner irgendeines anderen Landes, insbesondere der Engländer oder der Franzose." Diese Unterlagen sind in dem "Schristwechsel nach der Konserenz von Cannes" veröffentlicht worden?. In den deutscherseits gebotenen Ziffern wird der Versuch gemacht, dadurch zu sachlich vergleichbaren Größen zu gelangen, daß die Belastung unter Benutzung von Inderzahlen zwecks Berücksichtigung der inneren Kaustraft des Geldes errechnet wird. Zunächst wird gezeigt, wie die Beslastung des Einkommens durch Einkommensteuern oder einkommensiteuerartige Abgaben in Frankreich, England und Deutschland sich unter Berücksitigung der inneren Kaustraft des Geldes gestaltet. Es betrug nach den damals in Geltung besindlichen Gesehen für

- a) einen unverheirateten Lohnempfänger,
- b) einen verheirateten Lohnempfänger mit 2 Kindern (1 Franken = 5 Papiermark, 1 Schilling = 11 Papiermark):

¹ Gemeint ist ber "General Report on the Industrial and Economic Situation in Germany", December 1920, Parlamentary Papers Cmc 1114, p. 13. Es heißt bort "German Income Tax is expected to produce 12000000000 M. in 1920, which is estimated as 12—15 per cent of the income of the nation; taking the lower figure, the national income would then amount to 100000000 M. und would in the current financial year therefore, be taxed to the extent of 43 per cent."

² Reichstagsbrucksache Nr. 4140, S. 52 ff., Anlage 1.

~. ·		Steuern						
Einkommen in		Fran in		Eng in	land %		jáland %	
Mark	Franken	Shilling	a	b	a	b	a	b
10 000 20 000 30 000 50 000 100 000 250 000 500 000 1 000 000 5 000 000 10 000 000	= 2 000 = 4 000 = 6 000 = 10 000 = 20 000 = 100 000 = 1 000 000 = 2 000 000	$\begin{array}{l} = & 1800 \\ = & 2700 \\ = & 4500 \\ = & 9000 \\ = & 22500 \\ = & 45000 \\ = & 90000 \\ = & 450000 \end{array}$	2,75 5,55 9,84 15,68 23,96 52,99 58,25	 0,99 3,00 6,43 10,43 16,13 41,76 47,38	4,50 10,50 20,40 24,87 33,41 50,07 54,62	2,10 14,88 22,11 32,03 49,79 54,48	2,22 6,10 7,40 8,44 15,50 25,20 32,10 38,55 54,21 57,11	1,80 5,08 14,06 25,20 32,10 38,55 54,21 57,11

Die Belaftung für Einkommen aus Handel und Gewerbe, Landwirtschaft und Kapitalrenten stellt sich für Deutschland noch erheblich höher als für Frankreich und England. Doch sind alle diese Ziffern heute überholt. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß sie in ihren Berechnungsunterlagen undurchsichtig sind. Dazu kommt weiter, daß die vorhandenen und benutten Indizes nicht gestatten, die Einkommen verschiedener Länder auf gleiche Kauftrafteinheiten umzurechnen. Der englische Großhandelsinder ist anders zusammengesett als der deutsche ober der französische. Gleichartige Indizes zu berechnen, ist aber fast unmöglich, und wenn auch Gleichartigkeit in der Auswahl der Waren und der Art der Preisermittlung erreichbar wäre, so bliebe noch die Verschiedenartigkeit der Lebenshaltung der Bevölkerung zu berücksichtigen; denn gerade die Gewohnheiten der Lebenshaltung, bestimmt durch naturgegebene und soziale Verhältnisse, sind in hohem Maße mit= bestimmend für die Kaufkraft des Einkommens. Schließlich ist gegen diese Tabellen vor allem auch der gleiche Einwand geltend zu machen, den wir so häufig gegen die Berechnungen von alliierter Seite erheben mußten: sie zeigen nicht die Gesamtbelaftung der Steuern, sondern in diesem Falle nur die durch sogenannte Besitzteuern. Daneben wird bann allerdings für das Jahr 1922 unter Zugrundelegung eines Gesamtaufkommens aus Steuern von 97328 Milliarden Mark für Deutschland und von 18,051 Milliarden Franken für Frankreich noch folgende Rechnung aufgemacht:

a) auf der Basis der Zahlen des Völkerbundes Volkseinkommen in Deutschland 312 Milliarden Mark, " " Frankreich 128 " Franken, demnach Anteil der Steuer am Bolkseinkommen in Deutschland 31,19 v. H., in Frankreich 14,10 v. H.;

b) auf der Basis der Zahlen französischer Sachverständiger Bolkseinkommen in Deutschland 416 Milliarden Mark,

" " Frankreich 108 " Franken, demnach Anteil der Steuer in Deutschland 23,40 v. H., in Frankreich 16,71 v. H.

In beiden Fällen erscheint demnach die prozentuale Belastung des Bolkseinkommens durch Steuern in Deutschland weit stärker als in Frankreich.

Stellt man fest, was demgemäß nach Abzug der Steuern dem einzelenen im Durchschnitt zum Lebensunterhalt von seinem Staat gelassen wird, so ergibt sich (immer wieder nach der zitierten amtlichen deutschen Berechnung) bei Berücksichtigung der inneren Kaufkrast des Geldes (1 Franken – 5 Mark):

- a) nach den Zahlen des Völkerbundes: für den Deutschen 3578 Mark, für den Franzosen 2749 Franken = 13745 Mark,
- b) nach den Zahlen französischer Sachverständiger: für den Deutschen 5311 Mark, für den Franzosen 2249 Franken = 11225 Mark.

Angesichts der wenig sicheren Begründung der Unterlagen können auch diese Ziffern nicht allzuviel Bedeutung beanspruchen, obwohl sie zweifellos die den Tatsachen entsprechende Tendenz der verhältnismäßigen steuerlichen Überlastung in Deutschland richtig zum Ausdruck bringen.

6. Auch das Gutachten des Dawes-Komitees hat "Erwägungen über das Maß der Belaftung Deutschlands" angestellt, sowie über die Möglichkeit, den "moralisch oder theoretisch unansechtbaren" Grundsatz, daß dem deutschen Bolke eine Steuerlast auserlegt werden müsse, die mindestens ebenso schwer sei, wie die der Bölker der alliierten Länder, zahlenmäßig so auszudrücken, daß er als Basis des praktischen Handelns dienen könne. Bevor darauf im einzelnen eingegangen wird, sind einige für die Beurteilung des Gutachtens grundsähliche Bemerkungen vorauszuschicken.

Das Gutachten ist keine theoretische, wissenschaftliche Untersuchung, sondern eine praktisch politische. "Wir sind an unsere Aufgabe als Geschäftsleute herangetreten," heißt es in der Einleitung, "in dem eifrigen Bestreben, positive Ergebnisse zu erzielen." Das Ziel war, einen "konstruktiven" Plan aufzustellen, der seine eigene Bürgschaft

darin findet, daß seine ehrliche Ausführung im Interesse aller Parteien liegt. Aus dieser Einstellung des Komitees erklärt es sich, daß es nicht wissenschliche theoretische Fragen zur Entscheidung bringen will, sondern die verschiedenen Meinungen einsach zur Kenntnis nimmt, um dann das Schwergewicht der verschiedenen Argumente bei seinen Borschlägen zu berücksichtigen. So ist es zu verstehen, daß das Gutsachten, wie schon erwähnt, keineswegs frei von Widersprüchen ist. Die Ausführungen zu den einzelnen Abschnitten müssen weniger als eine geschlossene Beweissührung, denn als eine Wiedergabe der verschiesdenen Ansichten angesehen werden, die in den Kommissionen zweisellos zutage getreten sind und aus welchen dann sich die Gutachter zum Schluß auf irgendein praktisches Ergebnis zu einigen versucht haben. Auch die Schlußfolgene wörtlich angesührt seien, sind ein Beispiel für diese mit einem hohen Maß politischer Weisheit durchgeführte Methode.

"Die verschiedenen Gesichtspunkte zusammenfassend" (die nachstehend erörtert werden sollen), heißt es im zweiten Teil des Berichtes bes ersten Komitees unter II a, "find wir zu der Ansicht gelangt, daß der Grundsat der Gleich mäßigkeit der Belastung für Deutsch= land, wenn es wieder zu voller wirtschaftlicher Blüte gekommen ist, sehr wohl alle praktischen Schlußfolgerungen rechtfertigen würde, die wir gezogen haben, und daß sie in jeder Hinsicht moralisch zu verteidigen sind. Es sprechen natürlich gute Gründe politischer, wirtschaftlicher und psychologischer Art für die Beschränkung der tatsächlichen Anforderungen an den Staatshaushalt in Deutschland, weit unter der Ziffer, zu der man bei alleiniger Berücksichtigung dieses Grundsates gelangen würde. Über die Gewichtigkeit solcher Gründe werden die Meinungen auseinander gehen. Es ist unnötig, auf diese Gesichts= punkte im einzelnen einzugehen, und es genügt die Feststellung unserer einstimmigen Aberzeugung, daß alle unsere Empfehlungen und Vorschläge in vollem Einklang sind mit dem, was sich nach dem Grundsat der Gleichmäßigkeit der Belastung moralisch recht= fertigen läßt."

Während alle andern Sachverständigen, die sich, wie in dieser übersicht gezeigt worden ist, mit der Frage der Steuerbelastung Deutschs- lands im Vergleich zu jener der alliierten Mächte befaßten, versucht haben, ein ziffernmäßiges Bild der tatsächlichen Verhältnisse zu geswinnen, führen die Verichterstatter unseres Komitees nicht eine einzige

Ziffer an. Obwohl es doch nahe gelegen hätte, und bei den der Kommission zur Versügung stehenden Hilfsmitteln gewiß möglich gewesen wäre, ein großes Ziffernmaterial über die Steuerbelastung in den versichiedenen Ländern zu erlangen und mitzuteilen, sinden wir selbst in den Anlagen der Gutachten nichts dergleichen, dis auf eine Antwort der deutschen Regierung auf die ihr von dem ersten Sachverständigenstomitee vorgelegten Frage: Welcher Betrag an Einkommensteuer für Einkommen verschiedener Höhe nach den Säßen der letzten Jahre zu zahlen sei? — Die Sachverständigen begnügen sich vielmehr damit, auf die "theoretischen und praktischen Schwierigkeiten" zu verweisen, die jeden Versuch zu genauer Verechnung und Vergleichung der Steuersbelastung hindern. Ihre Eründe sind im wesentlichen die gleichen, die von uns schon geltend gemacht worden sind:

"Für die Feststellung der Gleichmäßigkeit genügt es nicht, die Belaftung auf den Kopf der Bevölkerung zu berechnen; fie muß viel= mehr in ein Verhältnis zu dem Reichtum oder Einkommen auf den Ropf der Bevölkerung gesetzt werden; nach Ansicht vieler ist es ein Gebot ber Gerechtigkeit, daß zunächst ein Eristenzminimum von dem auf den Ropf der Bevölkerung berechneten Einkommen abgezogen wird. Die Höhe dieses Existenzminimums ist nicht genau feststellbar, und es scheint in verschiedenen Ländern unter verschiedenen Klimaten verschiedener wirtschaftlicher Entwicklung und verschiedenen Lebens= gewohnheiten zu wechseln, wie z. B. der Unterschied zwischen Spanien und den Bereinigten Staaten lehrt; das Eristenzminimum kann sogar zu verschiedenen Zeitperioden in demselben Lande verschieden sein. Für eine rohe Betrachtung mag man annehmen, daß dieses Minimum in direktem Verhältnis zu dem Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung in den verschiedenen Ländern schwankt. Ferner ist die Belastung pro Kopf in den Ländern der Alliierten zu allen Zeiten Anderungen unterworfen, und was heute eine gültige Vergleichsgrundlage für die Besteuerung in diesen Ländern sein mag, kann in zehn Jahren ganz anders sein. Die Vergleichung der Statistiken für die steuerliche Belastung, der staatlichen sowohl wie der örtlichen, in jedem Lande bietet viele technische Schwierigkeiten. Zudem sind die Statistiken des nationalen Gesamteinkommens und des Einkommens auf den Ropf der Be= völkerung gegenwärtig sehr mangelhaft oder überhaupt nicht vorhanden."

Dann aber folgt eine merkwürdige Schlußfolgerung, die nach dem

Driginaltext wiebergegeben werben muß: "Notwithstanding these difficulties it is possible to compute roughly what total budget charge would be borne by the German people if they were subject to taxation (central and local) on the same scale per unit of income as in Great Britain, and by deducting from the result the necessary domestic expenditure to derive an arithmetical balance which could be, theoretically, at any rate, assigned to the payment of reparation."

Der französische Text dieser Stelle aber lautet:

"En dépit de ces difficultés, il est possible de calculer approximativement la charge totale budgétaire, qui pèserait sur le peuple allemand si la fiscalité générale et la fiscalité locale suivaient le même tarif par unité de revenu qu'en Grande-Bretagne, de déduire du résultat les dépenses intérieures nécessaires et de tirer ainsi un solde arithmétique qui pourrait, théoriquement du moins, être affecté au payement des réparations."

Wie an verschiedenen Stellen des Gutachtens ist der Sinn der beiden Texte verschieden¹. Aber weder die eine, noch die andere Fassung gibt für das vorliegende Problem einen eindeutigen Sinn, geschweige denn eine brauchbare Methode. Da zudem nicht einmal der Versuch gemacht wird, Zahlenbeispiele zu geben, so erübrigt sich eine weitere Kritik.

In den Erwägungen über das Maß der Belastung Deutschlands, die das Prinzip der Gleichmäßigkeit der Belastung zum Gegenstande haben, spielt jedoch noch die Löschung der deutschen Staatsschulden infolge der Inflation eine besondere Rolle. Darauf muß noch kurz einzgegangen werden. Der Bericht führt auß: Die ordentlichen Ausgaben

¹⁾ Die "Deutsche allgemeine Zeitung" vom 14. April 1924 übersetzt offenbar nach dem englischen Wortlaut: Ungeachtet dieser Schwierigkeiten ist es möglich, oberslächlich die Gesamtsteuerbelastung des deutschen Bolkes zu berechnen, wenn es einer Belastung (staatlich und örtlich) in demselben Maße pro Einkommenseinheit wie in Großbritannien unterworsen wäre und wenn man die notwendigen Lebensshaltungskosten von diesem Ergebnis in Abzug brächte, um einen rechnerischen Übersschuß zu erhalten, der wenigstens theoretisch sür Reparationszahlungen verwendet werden könnte. Der inzwischen erschienenen Ausgabe des SachverständigensGutsachtens durch die "Franksurter Zeitung" liegt anscheinend der französische Wortlaut zugrunde. Darnach wird übersetzt Ungeachtet dieser Schwierigkeiten ist es möglich, annähernd die Gesamtsteuerbelastung des deutschen Bolkes zu berechnen, wenn die allgemeine und örtliche Belastung dem gleichen Tarif pro Einkommenseinheit wie in Großbritannien folgen würde, wenn man die notwendigen inneren Ausgaben von diesem Ergebnis in Abzug brächte, um einen rechnerischen Überschuß zu erhalten, der wenigstens theoretisch sür Reparationszahlungen verwendet werden könnte.

bes beutschen Budgets würden durch die Einschränkungen der militärischen Küstung, vor allem aber durch die fast vollständige Tilgung der inneren Schuld vermindert. "Hätte Deutschland, wie es die Allieierten getan haben, die Last seiner eigenen Schulden weiter getragen und sie nicht durch Inflation gelöscht, so hätte es neben seinen inneren Ausgaben noch $4\frac{1}{2}$ —5 Milliarden jährlich außbringen müssen. Demanach wäre es sowohl gerecht als auch durchführbar, in seinem Haushalt Ausgaben in Ansatz zu bringen, die den Kriegsausgaben im Haushalt der Alliierten einigermaßen entsprechen."

Hierzu ist zunächst zu sagen: Es ist irrig, zu glauben, daß die "Repubiation" eine Ersparnis für den deutschen Gesamthaushalt im Betrage von etwa 4,5—5 Milliarden bedeutet. Mindestens ein Teil dieses Betrages belastet noch den Reichs-, Staats- und Gemeindehaushalt, allerdings in anderer Form. Dort, wo früher Schuldzinsen entrichtet wurden, leisten Staat und Gemeinde jett — Armenunterstützungen, Kleinrentnerbeihilsen u. dergl. "In einigen Größstädten Deutschlands erhält jeder zweite Einwohner, in einigen Städten des besetzten Gebietes erhalten sogar von 100 Einwohnern 70—80 Armenunterstützung".

Das Gutachten übersieht das nicht ganz, denn es sagt selbst: "Das Berschwinden der deutschen Schuld ging letzen Endes auf Rosten der eigenen Staatsangehörigen vor sich, die zugleich die deutschen Steuerzahler sind. Als Inhaber deutscher Anleihen haben sie nicht nur die Last getragen, der sie schon als Steuerzahler entgangen sind, sondern auch die, die sie in künstigen Jahren getragen haben würden, um die Zinsen der inländischen Schuld aufzubringen, wenn ihr Wert nicht durch Entwertung vernichtet worden wäre. Man kann sagen, daß diese Art der Tilgung (abgesehen von der Frage, wie sie auf die verschiedenen Individuen und sozialen Klassen gewirkt hat) sowohl in Bezug auf die Reichssinanzen, als auch in bezug auf die Gesamtheit der deutschen Steuerzahler wie eine Kapitalabgab ern erlittene Berlust wird durch einen entsprechenden, den Steuerzahlern in seges famt zufallenden Gewinn ngenau ausgeglichen."

Die wichtigste Schluffolgerung, die seitens der Gutachter daraus gezogen worden ist, ist diese: "Wenn das deutsche Volk eine so schwere

¹⁾ H. Luther, Reichsminister der Finanzen, Feste Mark — Solide Wirtschaft, Rückblick auf die Arbeit der Reichsregierung während der Wintersmonate 1923/24, S. 28.

Taxation1.

(International Comparison)

Mr. Lampert: asked the Chancellor of the Exchequer what is the taxation per head, in sterling, as near as can be ascertained of Great Britain, France, the United States of America, Italy, Germany, Canada, Australia, South

Snowden; The following statement gives the information desired so far as it is available: Africa, and New Zealand, in the Year preceding the War and the latest available date?

Mr.

Taxation per head.

	1913	1913 or 1913-14 (actual)	ctual)	1923 or	1923 or 1923-24 (estimated)	nated)
	In	In Sterling Exchange	Exchange	In	In Sterling Exchange	Exchange
	currency	at par.	$\mathrm{Rate} \! = \! \mathscr{L}$	currency	at par.	$\mathrm{Rate}\!=\!\mathscr{L}$
Trited Kingdom		Ø 11 s	1	15 & 18 g CH	15.40	l
France	Frs. 84.5	78 0	Frs. 25,22	Frs. 522,7 A	6 2 18 s 2 d	Frs. 75,68
United States 2 Federal		<i>5</i> 9.	\$ 4.86 ² / ₃	90,0	6 £ 14 s 10 d	\$ 4,45
Ttalv		2 s 8	Lire 25,22	Lir. 327,7 C	6 s 11 d	Lire 98
Germany ² (Reich)	Mk. 31.3	£ 10s 8	Mk. 20,43	Mk. 81,34 D	£ 1s 4d	Mk. 20
Canada 2: Dominion	\$ 16,60	8s 2		≫ 36,80 C	7 £ 19 8 8 d	\$ 4,61
•	3£8s 1d	£ 88 1	1	8£ 189d	8£ 1s 9d	ı
•	1 £ 58 11 d	£ 58	1	3£482dF	35 HE	1
	1 £ 0 s	9s 0	1	3£9811dC	00 HE	1
•	0£48 9d	48	1	0 £ 11 s 9 dG	0 8	1
:	8 € 3 8	65 83	1	12£ 58 3dC	12 E	I

2 It will be observed that the figures for the United States, Canada and Germany show the expenditure of the Central Gouvernement only. They do not include the expenditure of the States for which information is not available. A.=Actual. B.=Approximate. C.=1922-23, actual. D.=1924-25, Goldmarks. E.=1920, approximate. 1 Yusjug auß "Parliamentary Debates" House of Commons. Vol. 170, Nr. 20 Tuesday, 26th February 1924.

F.=1921-22, actual. G.=1922-23, estimated. H.=Great Britain and Northern Ireland.

I must, however, add that international comparisons of this nature require to be used with great caution owing to the differing national wealth, financial systems and social and economic structure of the countries compared Last zu tragen hätte, wie die Angehörigen des am höchsten besteuerten alliierten Landes für alle Zwecke, ausgenommen Schulden = Iast, zu tragen haben, so hätten wir einen Ausdruck des Grundsates der gleich mäßigen Belastung in einem beschränkten, aber entschieden vertretbaren Sinne."

Dem wird man unbedenklich zustimmen können. Die Frage jedoch, nach welcher Methode nun diese Gleichmäßigkeit der Belastung fest= gestellt werden kann, bleibt nach wie vor offen.

Schließlich sei zum Schluß nur noch vorstehende Tabelle abgedruckt, die im Februar dieses Jahres dem englischen Unterhause vorgelegt worden ist.

Bu dieser Abersicht ist wenig zu bemerken, da ihr die erforderlichen Borbehalte schon angefügt sind. Es sei nur noch einmal hervorgehoben, daß die gebotenen Zahlen für Deutschland wie für Kanada und die Bereinigten Staaten die Belastung durch Landessteuern nicht zeigen. Die Gemeindesteuern fehlen anscheinend für alle Staaten. Es ist aber immershin beachtenswert, daß hiernach allein die Besteuerung durch das Reich (ohne Länder!) in Deutschland höher ist als die Gesamtbelastung in Jtalien, und daß die bundesstaatliche Besteuerung in dem armen Deutschland ungefähr zwei Drittel der Besteuerung in dem reichsten Land der Welt, den Vereinigten Staaten, erreicht!

Die Frage, die sich zum Schlusse aufdrängt, ist die, welche Methode ist für die Ermittlung und Vergleichung der Steuerbelastung die beste? Welches ist die exaste Methode? Die Antwort auf diese Frage hat Plenge in seinen gründlichen sinanzstatistischen Studien schon vor ungefähr anderthalb Jahrzehnten gegeben, indem er aussührte, daß das, was Neumanns mustergültiges Beispiel seinerzeit für Deutschland begonnen und was der Versasser dieser hier vorliegenden Abhandlung sortgesetzt habe, im Prinzip auch für den internationalen Vergleich der Steuerbelastung gesordert werden müsse: keine rohen arithmetischen Kopfzahlen, sondern effektive Steuerbeträge für die versschiedenen Einkommensklassen.

Als ein Beispiel sei erwähnt, daß Ballod² und ähnlich Plenge für 1906 berechnet hat, daß der Anteil der wohlhabenden Klassen betrug:

in	am Volkseinkommen	an der Gesamtsteuer
England	$48,5^{-0}/_{0}$	$41,6^{-0}/_{0}$
Deutschland	30,0 °/ ₀	$29,5^{-0}/_{0}$

¹ Blenge, Die Finanzen der Großmächte, Zeitschr. f. die ges. Staatsw. 1908, S. 763.

² Ballod, Jahrb. f. Nat. u. Stat., III. Folge, 37. Bb. 1909, S. 255.

Man kann diese Methode, wie sie von Fr. J. Neumann und mir für die Berechnung der Verbrauchsbelastung durchgeführt worden ist, die flassifizierende Methode nennen. Sie wird sich immer nur auf eine beschränkte Anzahl von Fällen erstrecken können, da keine Aussicht auf Durchführung solcher Ermittlungen für große Massen besteht. Die klassifizierende Methode wird zur typologischen, wenn sich die statistische Untersuchung nicht auf eine mehr oder minder große Anzahl von Fällen erstreckt, sondern auf typische Einzelfälle beschränkt. Wie der Name typologische Methodeschon sagt, werden also nicht beliebige oder zufällige Einzelfälle, sondern bestimmte als typisch erkannte und ausgewählte untersucht. Ift eine solche Auslese nicht möglich ober nicht beabsichtigt, so spricht man von repräsentativer ober Stichproben = Methode. Für die Frage der Steuer= belastung insbesondere für den internationalen Steuerbelastungs= vergleich kann nur die klassissierende oder, minder brauchbar, die typologische Methode in Anwendung kommen.

Ein einzelner allein ist heute nicht in der Lage, derartige Untersuchungen für verschiedene Einkommensklassen oder auch für Inpen von Einkommensempfängern auszuführen, wie sie für die Erkenntnis bes Steuerdrucks in den einzelnen Ländern, erft recht aber für den internationalen Vergleich unerläßlich sind. Schon die Unterlagen zu solchen Untersuchungen für einzelne Länder allein bereitzustellen, dürste auch für eine Kommission mit sehr erheblichen Schwierigkeiten verknüpft sein. Es ist ein törichtes, wenn nicht ein unehrliches, demagogi= sches Ansinnen, von der deutschen Regierung immer wieder Auskünfte über die Schwere des deutschen Steuerspftems im Bergleich zu demjenigen der alliierten Mächte zu verlangen, wenn diese selbst nicht in der Lage sind, die gleichen Aufschlusse über ihr eigenes Steuersnstem, dessen Durchführung, Wirkungen usw. zu geben. Ganz richtig hat E. Rosenbaum bemerkt: Rähme der Reparationsausschuß die ihm in Artikel 233, Anlage II, § 12 b aufgetragene Aufgabe ernst, "so müßte er eine permanente Kommission für internationale vergleichende Finanzstatistik einsetzen, der Wissenschaftler von höchstem Range anzugehören hätten" 1.

Und noch eins ist hinzuzusügen: durch einen Zahlenausdruck kann die Steuerbelastung niemals restlos abgewogen und allseitig außegedrückt werden. Belastungszissern sind Mittelwerte, sind Abstraktionen von der Wirklichkeit, die zur Aushellung der Tatsachen beizutragen, sie

¹ Wirtschaftsbienft, 6. Jahrg. S. 165.

aber nicht zu erschöpfen vermögen. Die Frage nach der Steuerbelastung ift ähnlich jener nach dem Volksreichtum oder nach dem Volkswohlstand. Diese Frage hat seit 150 Jahren die Bolkswirte und Statistiker beschäftigt. Wie viele Berechnungen und Schätzungen sind nicht angestellt, wie viele Vergleiche nicht versucht worden, bis man zu der Einsicht kam, daß ein richtiges Urteil über den Wohlstand eines Volkes keine Zahl zu geben vermag. Und so wie man heute, um sich ein Bild von dem Wohlstande eines Volkes zu machen, nicht mehr nach einer einzigen Ziffer fragt, sondern nach Wohlstandssymptomen als Kriterien, die nur in ihrer Gesamtheit ein Urteil über das materielle Wohlergehen der Bevölkerung erlauben, so darf man auch bei der Frage nach der Steuer= belastung sich nicht an einer Ziffer genügen lassen, sondern man muß das ganze Bild der Lebensverhältnisse (nicht nur der materiellen, sondern auch der ethischen und psychischen) zu zeichnen versuchen, in welchen die Belastungsziffer als Steuerdruck sich auswirkt. Das ist nicht bloß eine statistische, das ist eine ökonomische und soziologische Aufgabe.

V. Deutschlands Steuerleiftungen.

Es könnten noch mancherlei Steuerbelastungsvergleiche angeführt werden, die in den Parlamenten und der Presse während der letzten Jahre mitgeteilt worden sind. Allein alle diese angeblichen Belastungs= berechnungen halten mit seltenen Ausnahmen wissenschaftlicher Kritik nicht ftand; sie sind außerdem alle längst überholt und vermögen zur Klärung des Problems nichts beizutragen. Wir stehen zudem in Deutsch= land vor einer neuen Sachlage. Eine Neuordnung der Währung ist begonnen, die Inflation ist zum Stillstand gebracht worden, und im Finanzhaushalt wird mühsam das Gleichgewicht gesucht. Fest erft, wenn die Stabilisierung eine dauernde sein wird, wird sich das Steuersystem, das Deutschland seit 1919 geschaffen hat, voll auswirken, und es wird sich zeigen muffen, ob die Bielzahl der schweren Steuern aus dem Einkommen bestritten werden kann. Steuern, die nicht aus dem Einkommen bezahlt werden können, werden aus dem Bermögen ent= richtet; aber der Weg, auf dem das geschieht, ist kein gerader, sondern ein verhängnisvoller Umweg über Inflation und Teuerung. Steuer= überbürdungen müffen mit ganz wenigen Ausnahmen regelmäßig zu großen allgemeinen Steuerüberwälzungen mit Preissteigerungen auf allen Gebieten führen. Solche Teuerungswellen bringen wie den privaten so den öffentlichen Haushalt aus dem Gleichgewicht, der Deckung für die steigende Belastung seines Sach- und Personaletats zunächst nur in Anleihen, schließlich nur in der Papiergeldausgabe sinden kann. Die Folgen sind bekannt: Gelbentwertung, Vermögensverzehr, Enteignung ganzer Gesellschaftsschichten, endlich Zerstörung der Wirtsschaft. Es wird sich auch für Deutschland zeigen müssen, ob es diesen nicht zu unterschäßenden Gesahren der übermäßigen Anspannung der Steuerschraube zu entgehen vermag.

Hier kann essich zur Zeit nur darum handeln, ein allgemeines Urteil über die gegenwärtige und fünftige Steuerbelastung in Deutschland zu gewinnen. Eine gute Möglichkeit eines Vergleichs bietet uns hierbei Ofterreich, das, wie mehrfach erwähnt worden ist, durch den Frieden von St. Germain hinsichtlich der Schwere seines Steuersustems eine gleichlautende Verpflichtung anerkennen mußte, wie sie Deutschland durch Artikel 233, Anlage II, § 12b auferlegt worden ist. Als Österreich im Sommer 1922 vor dem Zusammenbruch stand, suchte es auf der in London tagenden Konferenz der Alliierten eine Anleihe zu erlangen, die ihm aber verweigert wurde. Der Oberste Rat überwies vielmehr die österreichische Frage zur Prüfung und Berichterstattung an den Bölkerbund. Im Berlauf der weiteren Berhandlungen kam es am 4. Oktober 1922 zu den Genfer Protofollen, durch welche Ofterreich gegen die Berpflichtung, ein Reform- und Sanierungsprogramm gesetlich festzulegen und stufenweise durchzuführen, unter Garantie der großbritannischen, französischen, italienischen und tschechoslowakischen Re= gierung eine Wiederaufbauanleihe gewährt wurde. Im britten Genfer Protokoll bzw. dem als Beilage gegebenen Bericht des Finanzkomitees sind die Grundlinien für die Herstellung eines dauernden Gleichgewichts desösterreichischen Budgetsgezogen. Hierbeifindensich auch Bestimmungen über die Steuerleiftungen, die Ofterreich aufzubringen hat. Es ist nun nicht ohne Interesse, die für Osterreich von den im Wiedergutmachungsausschuß vertretenen Mächten Großbritannien, Frankreich, Italien und der Tichechoflowakei sowie im Völkerbund festgestellten Steuersätze und Kopfquoten mit denjenigen zu vergleichen, die Deutschland aufbringt.

Das auf Grund der Genfer Protokolle erlassene Bundesgesetz vom 27. November 1922 über die zur Aufrichtung der Staats= und Bolks= wirtschaft der Republik Ofterreich zu treffenden Maßnahmen (Wieder= aufbaugesetz) enthält auch Bestimmungen über die Erträge, die aus

¹ B.G.Bl. Rr. 843, dazu die Beilage: Reforms und Finanzprogramm auf Grund der am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Konvention. Über den

ben Zöllen, den Monopolen und den wichtigsten Steuern aufgebracht werden sollen. Die Angaben beziehen sich auf Goldkronen (1 Goldkrone = 14 400 Papierkronen). Die Bevölkerungszahl Österreichs ist in Übereinstimmung mit amtlichen Angaben mit 6 526 000 angenommen worden.

Nach dem Wiederaufbaugesetz sollen die Zolleinnahmen innerhalb zweier Jahre von 80 Millionen Kr. auf 100 Millionen Kr. gesteigert werden, d. h. von 12,26 auf 15,32 Kr. gegen 6,85 Kr. im letzten vom Kriege noch nicht berührten Finanzjahr 1913. Die tatsächlichen Einnahmen betrugen nach dem ersten Halbjahresbudget 1924 13,85 Kr. und nach dem zweiten 14,61 Kr.

Die Zolleinnahmen in Deutschland betrugen vor dem Kriege 10,74 Mt. Den Hauptanteil daran hatten die Einnahmen aus den Lebensmittelzöllen (Getreidezölle allein pro Kopf 4,03 Mt.), die insfolge der unzureichenden Eigenproduktion bzw. Ernährungsschwierigskeiten in Fortfall gekommen sind. Hingegen sind die Zölle für die aus dem Ausland eingeführten Genußmittel wie Kaffee, Tee, Kakao usw. gegenüber ihren Friedenssähen beträchtlich erhöht worden. Seit 1919 erfolgt die Erhebung der Zölle mit einem Goldaufgeld.

Die Preise für die Erzeugnisse des Tabak- und Salzmonopols sollen in Osterreich nach dem Wiederausbaugesetz so gesteigert werden, daß der dem Ertragsverhältnis vor dem 1. August 1914 entsprechende prozentuelle Monopolertrag erreicht wird. Das Tabakmonopol erbrachte in Osterreich vor dem Ariege einen Reinertrag von 7,72 Ar., das Salzmonopol von 110 Ar. auf den Kopf der Bevölkerung.

In Deutschland betrugen vor dem Kriege die Steuer- und Zolleinnahmen von Tabak (und Zigaretten) ungefähr 2,70 Mk. auf den Kopf. Die Besteuerung des Tabaks (ohne Wertzoll!) erbrachte:

1913: 54,0	Millionen	Mť.	1916: 202,9 Millionen A	Rf.
1914: 68,3	"	,,	1917: 419,5 "	,,
1915: 79,7	,,	.,	1918: 699,4	,,

Stand der österreichischen Entwicklung um die Jahreswende 1923/24 unterrichtet sehr gut A. Feiler, Das neue Österreich, Tatsachen und Probleme in und nach der Sanierungsaktion. Die von mir oben gebotenen Ziffern sinden sich jedoch nicht in dieser Schrift. Sie sind unmittelbar den Quellen entnommen. Es ist besonders zu verweisen auf die Monatsberichte des Generalkommissars des Bölkerbundes über den Wiederausbau Österreichs und auf die Statistischen Nachrichten, herausgegeben vom Bundesamt für Statistik, Wien.

Die Erträge der folgenden Jahre (1919: 0,7, 1920 fast 2, 1921 über 4 Milliarden) gestatten angesichts der in dieser Zeit rascher sortschreitenden Geldentwertung kein Urteil über die wirkliche Berbrauchsbelastung. Bis 1918 jedoch betrug die Geldentwertung im allgemeinen nicht mehr als 30 bis 40 v. H. Somit zeigt die Einnahmesteigerung die I918 eine erhebliche Erhöhung der Belastung des Tabaksonsums. Eine weitere Steigerung der Belastung und der Erträge ist zu erwarten, da seither die Tabaksteuersäte erheblich erhöht worden sind. Die Steuerbelastung beträgt 40 v. H. sügaretten und seingeschnittenen Rauchtabak, 20 v. H. sügarren und Pseisentadak (Geset vom 12. September 1919 und Berordnung vom 30. Oktober 1923). Für 1924 sind die Einnahmen aus der Tabakbesteuerung in Deutschland amtlich auf 498 Milsionen Goldmark geschät worden, das sind 7,84 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung.

Die Steuer= und Zolleinnahmen von Salz erbrachten in Deutsch= land vor dem Kriege auf den Kopf der Bevölkerung 0,95 Mk. Der Steuersat betrug 12 Mk. für 100 kg. Der derzeit geltende Steuersat (Berordnung vom 12. November 1923) hat infolge der Geldentwertung den Friedenssat noch nicht erreicht; er beträgt 0,74 Mk. für 100 kg.

Die Bierbesteuerung ersolgt in Osterreich nach dem Zuckergehalt der Bierwürze (Extraktgehalt). Gemäß Wiederausbaugeset ist Bier pro Hektolitergrad/Extrakt, d. h. für jeden Hektoliter und Grad Extrakt nach dem hundertteiligen Sacharometer mit 1 Kr. zu besteuern gegensüber 0,34 Kr. vor dem Kriege. Derzeit wird ein Hektolitergrad/Extrakt besteuert bei Bierwürze bis einschließlich 14 Grad mit 0,49 Kr. (5000 bzw. 7000 Papierkronen). Das 13 %ige Normalbier ist mit 650 P.=Kr. oder 4,5 Heller Gold pro Liter belastet. Der Kopfertrag ist 1,49 Kr.

In Deutschland beträgt die staatliche Biersteuer (Gesetz vom 9. Juli 1923 und Verordnung vom 26. November 1923) 5 bis 6,10 Mf. für 1 hl Normaldier (bis 13 % Stammwürze), abgestuft nach der in einer Brauerei erzeugten Menge. Auf einen Liter entfallen 5 bis 6 Goldpfennig, d. i. ungefähr 50 v. H. mehr als die derzeitige Belastung in Österreich.

Die Branntweinsteuer wird in Österreich mit 24 000 P.=Kr. = 1,67 Kr. Gold für den Hettolitergrad reinen Alkohols erhoben. Das Wieder=aufbaugesetz sieht einen Höchstsatz von 3 Kr. vor; der Borkriegssatz war 0,90 bis 1,10 Kr. und seit Ansang 1914 1,40 bis 1,60 Kr. Der Kops=ertrag ist zurzeit 1,60 Kr.

Die Branntweinbesteuerung erfolgt in Deutschland im Wege des

Monopols, in der Weise, daß eine Reineinnahme der Reichskasse versbleibt, deren höhe vom Finanzminister sestgeset wird. Sie beträgt zurzeit 280 Mk. für 1 hl Weingeist (Geset vom 8. April 1922 und Bekanntmachung der Monopolverwaltung vom 3. Januar 1924). Die Branntweinbesteuerung ist also in Deutschland nicht nur höher als in Ofterreich, sondern auch höher, als das Wiederausbaugeset verlangt.

Die Beinsteuer beträgt in Österreich zurzeit 220000 Papierkronen = 15,28 Kr. Gold für den Hektoliter. Das Wiederausbaugesetz sieht 20 Kr. vor.

Die Weinbesteuerung in Deutschland beträgt 20 v. H. des Kleinverkaufspreises (Gesetz vom 26. Juli 1918 und 12. April 1922). In Deutschland gibt es keine Weine mehr, die im Kleinverkauf so billig sind, daß die Besteuerung von 20 v. H. nicht höher, in der Regel sogar erheblich höher wäre, als sie in Osterreich ist, bzw. nach dem Wiederaufbaugesetz sein soll. Die billigsten Weine mit einem Verkaufspreise von 1,20 bis 1,50 Mk. sind steuerlich mit 20 bis 30 Psennig = 24 bis 36 Goldheller pro Liter belastet.

Das sind die wichtigsten Verbrauchssteuern, auf deren Höhe das Wiederausbaugesetz Einsluß nimmt. Außerdem hat es die Einführung einer Warenumsatsteuer von 1 v. H. und ab 1. Januar 1924 von 2 v. H. vorgesehen. Für Luzuswaren beträgt der Steuersatz in Osterreich 12 v. H.

Die deutsche allgemeine Umsatsteuer beträgt hingegen 2,5 v. H. und die erhöhte Umsatsteuer 15 v. H. Leistungen besonderer Art (Besherbergung, Anzeigen usw.) unterliegen einem Sats von 5 bis 10 v. H. Nicht nur in ihren Sätzen, sondern auch in der Art ihrer Beranlagung ist die deutsche Umsatsteuer viel höher als die österreichische. Bon der letzteren sats der österreichische Finanzminister selbst: "Die Warenumsatsteuer haben wir zwar nominell auf 2 v. H. per Phase erhöht, die Zussammenziehung der Phasen und die Pauschalierung haben jedoch ergeben, daß die Steuerbelastung durch die Warenumsatsteuer weit unter diesen Ansätzen zurückbleibt." Die deutsche Steuertechnik kennt hinzgegen die "Phasenpauschalierung" nicht.

Das Ergebnis ist also: In Deutschland werden die wichtigsten Berbrauchssteuerobjekte und außerdem der Umsatz von Warenleistungen und Lieserungen erheblich höher belastet, als es die Reparationsgläubiger auf Grund der am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Konvention von Osterreich sordern, bzw. als die derzeitige Belastung in Österreich ist. Sine Ausnahme macht vielleicht vorübergehend die Belastung des

4

^{1 &}quot;Neue Freie Presse" vom 24. Februar 1924. Schriften 168 I.

Salzes. Nebenbei sei noch bemerkt, daß zu der angegebenen staatlichen Verbrauchsbelastung von Bier, Wein und Branntwein in Deutschland noch Gemeindesteuern von 5 bis 15 v. H. treten.

Noch günstiger wird bas Bild für Deutschland, wenn wir die direkte Besteuerung ins Auge fassen.

Nach dem Wiederausbaugeset ist Osterreich verpflichtet, eine allgemeine Vermögenssteuer bis zum Höchstsat von 3 v. T. einzuführen. Die deutsche allgemeine Vermögenssteuer beträgt grundsätzlich 5 v. T. und steigt bis auf 7,5 v. T.

Die österreichische Einkommensteuer soll nach dem Wiederausbaugesetz einen Höchstsatz von 45 v. H. ausweisen. Das steuersreie Existenzminimum beträgt in Österreich 1000 Steuereinheiten, die Steuereinheit zu 11170 Kr. = 11,17 Millionen P.=Kr. Die deutsche Einkommensteuer kennt ein steuersreies Existenzminimum überhaupt nicht, sondern nur den allgemeinen Abzug von Werbungskosten von 50 Mk. monatlich. Der Steuersatz beträgt in Österreich für 1923:

Steuereinheiten	Papierfronen Millionen	Goldkronen	v. H.
1 000— 2 500	11,2— 27,9	776—1939	1,1
2 500— 4 300	27,9— 48,0	1939—3335	2,2
4 300— 6 000	48,0— 67,0	3335—4655	3,3
6 000— 8 500	67,0— 94,9	4655—6593	4,0
8 500—12 000	94,0—134,0	6593—9308	4,4

Erft bei 40000 Steuereinheiten ober rund 31000 Goldkronen erreicht der Steuersatz 10,34 v. H., d. i. jene Höhe, die die deutsche Einkommensteuer ganz allgemein als Mindestsatz auch vom kleinsten Einkommen erhebt 1.

In dem 12. Wonatsbericht des Generalkommissan den Bölkerbund (veröffentlicht Februar 1924) wird eine übersicht über die Steuererträge pro Kopf der Bevölkerung in Österreich gegeben, die auszugsweisemitgeteiltsei.

Es betrugen die öffentlichen Abgaben auf den Kopf der Bevölkerung in Goldkronen: (Siehe Tabelle auf S. 51!)

Die in dieser Tabelle ausgewiesene Steuerlast 2 wird in dem Bericht

¹ Die Ermäßigung bes Steuersates nach Maßgabe bes Familienstandes um 1 v. H. für jedes Kind usw. ändert nichts an dem Urteil, daß die Einkommensteuer in Österreich mit 1,1 v. H. beginnt, in Deutschland mit 10 v. H.; denn auch die österreichische Einkommensteuer kennt natürlich Abzüge für Haushaltungsangehörige.

² Die Monopolerträge sehlen in dieser Übersicht. Sie sind jedoch nicht, wie der Finanzminister in seiner Kritik an dem Bericht des Generalkommissars getan hat, mit dem Rohertrag von 15,38 für 1913 und 14,35 für 1923 einzusehen, sondern als steuerliche Belastung nur mit dem Reinertrag von 8,82 für 1913 und demsentsprechend für 1923 vielleicht mit 8,00 Kr.

Einnahmen	Budget 1924	Reformplan 1925	Rechnung 1913	1913 zu 1924 mehr bzw. weniger
Bölle	13,23 0,97 5,95 16,20 0,26 24,06	15,38 1,08 4,92 10,06 11,69 17,54	6,85 — 14,32 14,77 0,97 8,15	6,38 0,97 - 8,37 1,43 - 0,71 15,91
	60,67	60,67	45,06	15,61

bes Bölkerbundkommissans nachdrücklich für Ofterreich als übermäßig und auf die Dauer nicht tragbar erklärt. Der Generalkommissar besürchtet, daß Steuern von der Höhe, wie sie sich derzeit in Ofterreich in Kraft besinden (die wichtigsten Steuersäße im Bergleich zu den in Deutschsland geltenden wurden mitgeteilt), die Birtschaft erdrosseln und darum in ihrer Nachhaltigkeit und Ergiedigkeit versagen müssen. Er warnt deshalb nachdrücklich in seinem Bericht vor einer weiteren Anspannung der Steuern!

Vergleichen wir damit die deutsche Steuerleistung: es beträgt nach den Boranschlägen für 1924 der Ertrag aus Zöllen und Reichssteuern in Deutschland 81 Mt. = 95 Goldkronen und einschließlich der eigenen Steuern der Länder und Gemeinden 109 Mt. oder 128 Kronen Gold.

Frage: Kann die deutsche Wirtschaft so viel mehr leisten, wenn ein Bertreter des Bölkerbundes die um so viel geringere Steuerlast Hiterereichs als untragbar für die österreichische Wirtschaft ansieht?! Die solgenden Abschnitte werden versuchen, die Antwort zu geben oder wenigstens Beiträge zur Beantwortung dieser Frage zu liefern.

Zu einer erschöpfenden Darstellung der steuerlichen Belastung in Deutschland wäre es ersorderlich, ein Bild aller steuerlichen Maßnahmen seit 1919 zu geben, um am Schlusse das heute geltende Steuerspstem dem vor dem Kriege in Deutschland in Krast befindlichen gegenüberzustellen. Das würde jedoch eine selbständige umfangreiche Studie beanspruchen. Es sollen deshalb hier nur einige Beispiele gegeben werden.

Der Höchstscher staatlichen Einkommensteuer betrug vor dem Kriege bei den meisten deutschen Staaten 5 v. H. Die Anfangssätze lagen zwischen 0,3 und 0,5 v. H. Nun erhielt vor dem Kriege die Einskommensbelastung ihr finanzielles Schwergewicht freilich weit weniger durch die Staatssteuern als durch die gemeindlichen Zuschläge. Die durchschnittlichen Zuschlagssätze zur umlagefähigen preußischen Staatss

einkommensteuer betrugen 1913 187 v. H.; in den Städten von 100 bis 200 000 Einwohnern nur 176 v. H., in den Städten über 200 000 Einwohner (ohne Berlin) 170 v. H. und in Berlin 100 bis 110 v. H. Die gesamte Belastung durch staatliche und gemeindliche Einkommensteuern betrug somit je nach der Größe des Einkommens durchschnittlich etwa 1 bis 14 v. H. Heute beträgt die Mindestbelastung durch die Reichseinkommensteuer 10 v. H., und die Stafselsätze steigen, wie schon erwähnt, für die einen gewissen Betrag übersteigenden Teilbeträge des Einkommens dis auf 60 v. H., so daß sich für hohe Einkommen Gesamtsbelastungen von über 50 v. H. ergeben. Die Verschärfung der Einkommensteuer zeigt folgende übersicht:

Einkommenfteuer für einen verheirateten Steuerpflichtigen mit zwei Rinbern.

Einkommen in Friedensmark Mark	Belaftung vor dem Kriege ¹ v. H.	Belastung nach bem Geset vom 29. März 1920 v. H.	Belastung nach bem Geseg vom 23. Dez. 1922 v. H.
1 500 5 000 15 000 100 000 500 000	1,8 7,2 9,0 12,2 12,2	3,3 12,4 32,9 50,2	11,1 22,6 37,1 56,1 59,2

Der Bericht bes ersten Sachverständigenkomitees der Dawess-Rommission besaßt sich auch mit der deutschen Einkommensbesteuerung und kommt dabei zu Schlußfolgerungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es wird darauf verwiesen, "daß im wesentlichen selbst im Jahre 1920 die tatsächliche Steuerlast (in Gold berechnet) bei den größeren Einkommen statt 50—60 v. H. nur die Hälfte von den Säßen für das Einkommen des Jahres (in Gold berechnet) betrug."

Dazu ist zu bemerken: höhere Sätze werden auch bei den Einkommenssteuern der Alliierten entweder überhaupt nicht entrichtet (Italien), oder aber doch nicht schon bei so niedrigen Einkommen, wie das in Deutschsland der Fall ist, sondern erst bei Einkommen, die in solcher Höhe in Deutschland nur ganz vereinzelt vorkommen. Des weiteren sind die

¹ Gesamtbelastung nach dem preußischen Einkommensteuergeset vom 24. Juni 1891, 19. Juni 1906 und nach dem Geset vom 26. Mai 1909 einschließlich gemeindslicher Zuschläge von 180 v. H.

beutschen Steuersätze infolge der Gelbentwertung in Berbindung mit den Beranlagungsvorschriften nicht vom e f f e k t i v e n E in k omm en, sondern in erheblichem Umfange von S ch e i n g e w i n n e n erhoben, also aus der Bermögenssubstanz gezahlt worden. Es sind in zahlreichen Fällen ganz erhebliche Einkommensteuern von Unternehmungen gefordert und entrichtet worden, die überhaupt kein wirkliches Einkommen, sondern im Gegenteil Berluste auswiesen. Steuersätze, die auch von Scheinsgewinnen bezahlt werden müssen, verlangen aber eine ganz andere Würsbigung als solche, die nur von wirklichem Einkommen zu entrichten sind.

Gewiß ist es richtig, wie der Bericht sagt, "daß eine and auernd sinkende Währung vielen Kreisen unter den Geschäftsleuten einen über daß gewöhnliche Maß hinaußgehens den Gewinnanteil an der Gesamterzeugung der Wirtschaffen kann." Ebenso gewiß aber ist es, daß die Inflation für die Mehrzahl der Bevölkerung genau das Gegenteil bedeutet. Nicht nach den wenigen Ausnahmen, sondern nach der allgemeinen Regel sind die Steuergesetze einzurichten und ist ihre Wirkung zu beurteilen.

Die Vermögenssteuer war vor dem Kriege wie die Einkommensteuer eine Landesabgabe. Sie betrug 0,5 bis 1 v. T. in den verschiedenen Ländern. Die an Stelle der aufgehobenen Landesvermögenssteuern getretene allgemeine Vermögenssteuer des Reiches beträgt mindestens 3 v. T., im allgemeinen jedoch 5 v. T. und steigt auf 7,5 v. T. Diese fortbauernde allgemeine Vermögensbesteuerung, die weder Frankreich noch Großbritannien kennen, ist besonders bei einem Vergleich der Erb= schaftssteuersätze dieser Länder mit der deutschen Erbschaftsbesteuerung nicht außer acht zu lassen. Die finanzpolitische Funktion der Erbschafts= steuer wird vollkommener durch eine fortdauernde Vermögensbesteuerung erfüllt. Treten fortbauernde Bermögenssteuern und Erbschaftssteuern nebeneinander, so müssen sie auch zusammen gewürdigt werden. Die periodische Vermögensbesteuerung durch die Erbschaftssteuer beträgt in Deutschland abgestuft nach dem Verwandtschaftsgrad 1,5 bis 14 v. H., steigend nach der Größe der Erbportion bis zum Fünffachen dieses Sapes, also 70 v. H.

Der Ertrag der deutschen Erbschaftsbesteuerung ist von den Gutachtern des Dawes-Romitees als "von sast jedem Standpunkt aus gesehen außerordentlich niedrig" bezeichnet worden. Ohne die Wirkung der Beziehung zwischen der Erbschaftssteuer und der allgemeinen Bermögenssteuer außer acht zu lassen, glauben die Gutachter doch sagen

zu können, daß an dieser Stelle noch reichlich Raum für eine erhöhte Besteuerung sei. Diese Behauptung zeigt deutlich, wie schwer es selbst Kachleuten fällt, die mit aller Unvoreingenommenheit an ihre Unter= suchung herantreten, sich in ein fremdes Abgabesustem hineinzudenken. Die Gutachter haben zwar ihrer Darlegung die beherzigenswerten, von großer allgemeiner Einsicht zeugenden Worte vorausgeschickt: "Das Komitee erkennt an, daß das Steuerwesen jeder großen Nation das Ergebnis vieler Faktoren ist, zu denen ihre geschichtliche Entwicklung, ihre wirtschaftliche Lage, ihre politischen Ideen, ihre Verfassung und ihre soziale Psychologie gehören. Ein System, das für ein Land taugt, kann für ein anderes völlig unannehmbar sein. Selbst wenn sich in zwei Systemen dieselben Elemente vorfinden, kann die Wichtigkeit dieser Elemente für das Ganze ganz verschieden sein." Und weiter: "Das Komitee möchte vermeiden, Lehren über die Art und Weise zu erteilen, in der eine gegebene Summe von der deutschen Regierung aufgebracht werden soll."

Aber leider laffen die Schluffolgerungen, die von den Gutachtern gezogen werden, nicht erkennen, daß sie sich immer an diese Richt= linien gehalten haben. Das gilt insbesondere auch von ihrer Kritik der deutschen Erbschaftsbesteuerung. Es ist schon nur halb richtig, wenn das Komitee meint, die jährliche Vermögensbesteuerung weise die Neigung auf, "ein Teil des Einkommensteuerspftems zu werden und einen scharfen Unterschied zwischen Einkommen aus Arbeit und aus Rapitalanlagen zu machen". Das war früher bei den sehr mäßigen einzelstaatlichen Vermögenssteuern, die darum auch den Namen Ergänzungssteuern trugen, der Fall und trifft heute noch bei einigen schweizerischen Kantonen zu. Die allgemeine Vermögensbesteuerung aber ist heute in Deutschland so hoch und dazu treten noch Sonder= belastungen des Gesamtvermögens wie einzelner Vermögensteile der verschiedensten Art, die eine solche Sohe erreichen, daß sie zu einer reellen Vermögensbesteuerung werden und nicht einfach als eine bloße höhere Belastung fundierter Bezüge gedeutet werden können. Komitee hat sich weislich gehütet, seine Behauptungen durch Zahlenbeispiele zu belegen. Hätte es den Bersuch gemacht, der gar nicht schwer gewesen wäre, in vergleichbarer Beise die Vermögens-, Erbschafts- und Einkommensbesteuerung Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands gegenüberzustellen, der Vergleich wäre nicht zu ungunsten Deutschlands ausgefallen.

Wie schon so oft, zeigt sich auch hier wieder, daß es Aufgabe sein muß, die deutsche Steuerpolitik mehr auf den Friedensvertrag oder besser vielleicht die Mentalität der Alliierten abzustellen. So war es gewiß ein Fehler, nach dem Rriege die direkten Steuern zu überspannen, die Anpassung der Verbrauchssteuern an die Gelbentwertung aber zu vernachlässigen. Die heftigen Angriffe Llond Georges auf der Londoner Konferenz gegen Deutschlands Steuerwilligkeit sind barauf zurückzuführen. Ebenso ist es ein politischer Fehler, das deutsche Steuersuftem, wo nicht zwingende ökonomische Gründe vorliegen, in seinen großen Grundlagen abweichend von dem der Alliierten, besonders dem= jenigen Englands, zu gestalten. Vor allem ist die übertriebene Vielfältigkeit bes deutschen Steuersnstems, die nur zersplitterte Steuer= leistungen in Erscheinung treten läßt, die dann als lächerlich niedrig gedeutet werden, zu vermeiden. Und ebenso sind die zahlreichen so= genannten einmaligen und außerordentlichen Steuerzugriffe, die bei der Frage nach Deutschlands Steuerlast von den Alliierten überhaupt kaum gewürdigt werden, fünftig unbedingt abzulehnen. Wird man sich ver= anlagt sehen, die Erbschaftsbesteuerung nach den Wünschen der Gutachter zu gestalten, so wird eine Herabsetzung der allgemeinen Vermögenssteuer und vielleicht einzelner anderer Bermögenssteuern unvermeidlich sein.

Die Berbrauchsbelastung durch Reichs-, Landes- und Kommunalabgaben zeigt folgende übersicht:

Steuerbelaftung des Verbrauchs in Prozenten des Geld= aufmandes (Rleinverkaufspreifes).

	Vor dem Kriege 1	1924
	v. H.	v. Ş.
Bier in Nordbeutschland .	8,9	10, daneben Gemeindesteuern bis 5 v. H. des Kleinverkaufs= preises
Wein	5,1	20, daneben Gemeindesteuern bis 5 v. H.
Schaumwein	18,6	30, daneben Gemeindesteuern bis
Branntwein	28,9	30—40, daneben Gemeindesteuern bis 15 v. S.
Zigaretten	19,7 (mit Roll 20,5)	40, (mit Zoll 44 v. H.)
andere Tabakfabrikate	(mit 30U 20,5) 16,8 (mit 30U 13,6)	20, (mit Zoll 25 v. H.)

¹ Die Ziffern dieser Spalte sind in der Hauptsache der sorgfältigen Untersuchung von Ligner, "Die Zukunft der Berbrauchssteuern in Deutschland", 1914, S. 31, entnommen, auf die für die Berechnung hier verwiesen werden muß.

Diese Ziffern zeigen deutlich, in welch starkem Ausmaße die Steuerbelastung in Deutschland nach dem Kriege gesteigert worden ist. In ähnlicher Weise können wir heute einwandsrei zeigen, daß die Tarissätze für sast alle gleichartigen Steuern vom Einkommen und Vermögen, vom Verkehr und vom Verzehr in Deutschland höher sind als bei den im Wiedergutmachungsausschuß vertretenen Mächten. Wie der Völkerbundkommissar für Osterreich (bei niedrigeren Steuersäßen als in Deutschland) eine Steuerüberlastung festgestellt hat, so haben die zur Brüsseler Konferenz delegierten Sachverständigen eine dis an die Grenzen des sinanzpolitisch Zulässigen gehende Anspannung der direkten Steuern für Deutschland sestgestellt. In ihrem Bericht heißt es:

"Die gegenwärtigen Tarise für die direkten Steuern scheinen bis auf das höchstmaß gesteigert worden zu sein, vielleicht wird man sogar, wenn die Veranlagung wieder in Ordnung ist und die Steuern vollen Ertrag bringen, zu der Feststellung kommen, daß im Interesse des siskalischen Ergebnisses, welches mit dem wirtschaftlichen Wohlstand Deutschlands eng verbunden ist, eine Ermäßigung gewisser direkter Steuern zu erwägen sein wird, besonders derzenigen, die auf Handel und Industrie lasten." ¹

Wenn die Steuerbelastung in Deutschland bisher vielfach nicht richtig gewürdigt worden ist, so hat das (soweit nicht der gute Wille zu einer gerechten Würdigung überhaupt fehlte) mancherlei Gründe. Zunächst lag es daran, daß das rasende Tempo der Geldentwertung die unmittelbaren Steuerleistungen oft als lächerlich gering erscheinen ließ, wobei übersehen wurde, daß die Inflation selbst eine Steuer ist, die mit Geißelhieben ihren Ertrag eintreibt. Keine im Wiedergut= machungsausschuß vertretene Macht trägt diese entsetlichste aller Steuern in gleichem Ausmaße wie das deutsche Volk. Denn was man der Jn= flation auch nachsagen mag, daß sie untragbare Steuern tragbar mache, daß sie Steuerleistungen entwerte, alles das vermag doch die brutale Härte, mit der diese Steuer an die Existenz der deutschen Wirtschaft gegriffen hat, Not, Elend, Berzweiflung verbreitend, nicht zu mildern. Sodann lag die Unterschätzung der deutschen Steuerleiftung aber auch daran, daß nicht nur die Bedeutung gewisser großer Steuern (Umsat= steuer, Kohlensteuer) nicht richtig gewürdigt wurde, sondern daß auch

Agence Havas, 2. Februar 1921, abgebruckt Reichstagsbrucksache Nr. 1640,
 99.

andere sehr ergiebige Abgaben gar nicht in Rechnung gestellt worden sind. Das gilt vor allem von der langen Reihe der einmaligen Steuern, die seit 1919 erhoben worden sind.

Da ist zunächst das Reichsnotopser (Geset vom 31. Dezember 1919) zu nennen, eine große Abgabe vom Vermögen in Höhe von nicht weniger als 10 bis 60 v. H., die doch nur teilweise durch die Geldentwertung überholt worden ist. In dem gleichen Jahre 1919 wurden zwei sogenannte Ariegsabgabengesetze verabschiedet, die, obwohl während des Arieges wiederholt Ariegsgewinnsteuern erhoben worden waren, noch einmal sämtliche Mehreinkommen und Vermögensverzmehrungen während des Arieges einer scharfen Besteuerung unterwarsen. Die Sätze waren sür das Mehreinkommen 5 bis 70 v. H. und sür den Vermögenszuwachs 10 bis 100 v. H. Nach dieser Staffelung konnte in keinem Falle den Steuerpslichtigen mehr als 172000 Mk. Vermögenszuwachs verbleiben. Auch die Härte dieser Steuer ist durch die Gelbentwertung gemildert worden, ja ihre Durchsührung ist dadurch vielleicht erst möglich geworden.

Weiter ist das Gesetz zur Sicherung der Brotversorgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 zu nennen (Gesetz vom 23. Juni 1923), welches die öffentliche Brotversorgung und damit die Sonderbelastung der Landwirtschaft, bestehend in der Hergabe eines Teiles ihrer Ernte zu ermäßigten Preisen, aufhob. Zwed bes Gesetes ift es, die Koften, welche die Brotversorgung der ärmeren Bevölkerungsschichten er= fordert, durch eine allgemeine steuerliche Belastung aufzubringen. Um der überlasteten Gesetgebung wie der Finanzverwaltung die Ein= führung einer neuen Steuer zu ersparen, mählte der Gesetzgeber den Beg des Zuschlags auf eine in der Veranlagung begriffene Abgabe, und zwar den Zuschlag zur Zwangsanleihe. Alle zwangsanleihepflichtigen natürlichen und juristischen Personen, Versonenvereinigungen und Vermögensmassen haben ein Mehrfaches des Betrags der endgültig festgesetzen Zwangsanleihe als Brotversorgungsabgabe zu ent= richten. Die Abgabe war durch Berbindung mit dem Roggenpreis auf wertbeständige Grundlage gestellt.

Eine Reihe weiterer schwerer einmaliger Belastungen brachte die "Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr" (Gesetz vom 11. August 1923). Es war das eine außerordentliche Abgabe, die in der Hauptsache ein Mehrsaches der ordentlichen Einkommen- und Körperschaftssteuer für 1923/24 betrug. Gleichzeitig wurde von in-

bustriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben auf die Dauer von sechs Monaten eine außerordentliche Betriebsabgabe erhoben, die sich auf nicht weniger als das Zweisache der Beträge belief, die die Arbeitgeber als Lohnsteuer (§ 46 des Einkommensteuergesetes) für ihre Arbeitznehmer einzubehalten und an das Reich abzuführen haben. Für landwirtschaftliche Betriebe stellte sich die Abgabe auf 1,50 Goldmark monatlich für je 2000 Mk. Wehrbeitragswert des ländlichen Besitzes.

Schließlich muß auch noch der Währungshypothek gedacht werden, die durch die Verordnung über die Errichtung der deutschen Rentensbank vom 15. Oktober 1923 dem deutschen Besitz auferlegt worden ist. Danach sind die Landwirtschaft einerseits, Industrie, Gewerbe und Handel andererseits mit einer Gesamtschuld von 3200 Millionen Rentensmark belastet worden, deren Zinsen in Höhe von 6 v. H. nach dem Goldwert zur Zeit der Zahlung in Rentenmark zu entrichten sind. Die Beslastung ruht auf den einzelnen Betrieben und Unternehmungen in Form von Grundschulden und Schuldverschreibungen.

Die Zahl der Steuerbelastungen der deutschen Wirtschaft und der steuerlichen Eingriffe in die Substanz des deutschen Bolksvermögens während der letzten Jahre ist mit dieser Aufzählung lange nicht erschöpft. Zu den Belastungen steuerlicher Art müssen nämlich auch jene Maßenahmen gerechnet werden, die dem Zweck der sinanziellen Mittelebeschaffung nicht in der hergebrachten Form der Besteuerung, sondern im Wege anderer zwangsweiser Inanspruchnahme der privaten Wirtschaften zu genügen suchten. Die deutsche Finanzpolitik der Nachkriegszeit hat sich nämlich zur Deckung des öffentlichen Bedarses neben der Besteuerung noch eine Keihe von sinanziellen Zwangsmaßnahmen — einer Art modern er Leiturgien — bedient, die in ihrer Form als verschleierte, in ihrer Wirkung als durchaus echte Steuern zu bezeichnen sind.

Als erste solcher Duasisteuern i. e. S. ist die Zwangsanleihe zu nennen (Gesetz vom 20. Juli 1922), die sich auch in Deutschland wie immer, wo in Zeiten der Not solche Anleihen auserlegt wurden, als eine reelle Bermögensbesteuerung oder als eine teilweise Bermögensekonfiskation erwiesen hat. Denn der Börsenkurs dieser Anleihe war schon kurze Zeit nach ihrer Aussegung nur 60 v. H. Rund 2/5 des gezzeichneten Betrages sind also als echte Steuer anzusprechen.

Die Verordnung über die Ablieferung ausländischer Ver= mögensgegenstände vom 25. August 1923, welche die Zwangs=

anleihepflichtigen (bzw. diejenigen, welche die Brotversorgungsabgabe zu entrichten hatten) zur Ablieferung von ausländischen Zahlungsmitteln (Devisen) oder anderen Goldwerten verpflichtete, bescherte den Betroffenen gleichfalls eine Quasisteuer. Denn obwohl für diese Werte eine Vergütung gewährt wurde, so war diese doch keineswegs den abgelieferten Vermögensgegenständen gleichwertig, da man sich ja sonst nicht des harten Zwanges hätte zu bedienen brauchen.

Ein Gleiches gilt übrigens auch von der Verpflichtung des Handels, den Verkauf von Waren nach dem Auslande nur gegen Bezahlung in hochwertigen ausländischen Währungen vorzunehmen und die Exports devisen, mindestens aber 30 v. H. des Aussuhrwertes, alsbald nach der Aussuhr in hochwertigen ausländischen Zahlungsmitteln an die Reichsbank abzuführen (Verordnung über Aussuhrdevisen vom 2. November 1923). Die Vergütung für die abgelieferten Devisen erfolgte nämlich nach dem zwangsweise sestweilig bis zu 50 v. H. und mehr unter dem freien Kurs der Auslandsbörsen stand.

Aus allen diesen Maßnahmen hat der Staat sinanzielle Vorteile, ja er hat "Einnahmen", die nach dem Zwangscharakter ihrer Beschaffung und nach ihrer Verwendungsbestimmung als Einnahmen steuerlicher Art bezeichnet werden müssen. Daneben hat das Deutsche Reich sich auch zu einer Reihe finanzieller Maßnahmen gezwungen gesehen, die ihm gleichsalls erhebliche finanzielle Vorteile gewähren, aber nicht durch Einnahmegewinnung, sondern durch Ausgabeersparnis. Für die unmittelbar davon Vetroffenen bedeuten auch diese Maßnahmen sinanzielle Belastungen steuerlicher Art. Es sind Quasisteuern im weiteren Sinne.

An erster Stelle sind hier die "Entschädigungen" zu nennen, die in Ausführung des Friedensvertrages den enteigneten Auslandsseutschen und den aus den abgetretenen Gebieten ausgewiesenen Deutschen gewährt werden sollen. Um es kurz zu sagen, das Reich hat sich außerstande erklärt, den ihm im Friedensvertrag auserlegten Entschädigungsverpslichtungen nachzukommen. Nach mehrsacher Absänderung der gesetzlichen Bestimmungen zahlt das Reich nunmehr den um ihre Habe gebrachten Deutschen zwei Tausendstel, d. i. einen winzigen Teil des wirklichen Wertes der den Berechtigten entzogenen Güter und sonstigen Werte, während für das liquidierte Eigentum dem Reich

ber Goldwert auf Reparationskonto gutgeschrieben wird 1. Nicht nur diese Verdrängungs=, Kolonial= und Auslandschäden haben eine völlig ungenügende Vergütung gefunden, sondern alle Entschädigungsansprüche und Ersatforderungen, die deutschen Staatsangehörigen für Maßnahmen der Alliierten gegen das Reich zustehen, haben zu schweren finanziellen Benachteiligungen der Berechtigten geführt, die sich in ihrem Ausmaß zwischen Besteuerung und Konfiskation halten. Das gilt für die Bezahlung der Sachlieferungen, gilt für die Entschädigungen, für Beschlagnahmungen und Requisitionen der Besatzungsarmee, gilt für die Rückvergütung der 26 %igen Ausfuhrabgabe sowie eine lange Reihe anderer Forderungen. Einen erheblichen Teil dieser Verpflich= tungen hat das Reich aus finanziellen Gründen der Natur von Rechts= ansprüchen und der gerichtlichen Einklagbarkeit entkleidet und dem sogenannten Abgeltungsverfahren unterworfen. Rach der Ber= ordnung über die Erweiterung des Abgeltungsversahrens für Ansprüche gegen das Reich vom 24. Dezember 1923 sind die Entschädigungen für alle Ansprüche, die aus Anlaß des Krieges und der Übergangswirtschaft oder gelegentlich der politischen Umwälzungen der Nachkriegszeit oder der in Zusammenhang damit getroffenen Abwehrmagnahmen erwachsen sind, im Wege der Abgeltung, d. h. nicht nach ihrer wirklichen Söhe, sondern nach Maßgabe der Finanzlage des Reiches zu vergüten. Das Reichsentlastungsgesetz, das Liquidationsschädengesetz, das Reichs= ausgleichsgeset und die verschiedenen Abgeltungsverordnungen sind natürlich keine Steuergesete, aber sie sind finanzielle Gesethe; ihr ausgesprochener Zweck ist ein finanzieller, der nämlich, das Reich finanziell zu entlasten. Für das Reich bedeuten diese Magnahmen also zwar keine Einnahmen, aber verringerte Ausgaben und für die Betroffenen mehr oder weniger erhebliche Vermögenseinbußen.

Verringerte Ausgaben hat auch die Geldentwertung dem Reich als Schuldner gebracht. Die Konsequenzen zieht die dritte Steuersnotverordnung, die den Anspruch der Gläubiger auf Kapital und Zinsen an sämtlichen deutschen Reichss, Staatss und Kommunalsanleihen, die vor dem 14. Februar 1924 begeben worden sind und auf Reichsmark lauten, aufgehoben hat; d. i. eine Besteuerung oder Entseignung aller Gläubiger öffentlicher Körperschaften.

¹ Reichsentlastungsgeset vom 4. Juli 1923 in Berbindung mit dem Liquis bationsschädengeset und dem Reichsausgleichsgeset vom 24. April 1920.

Raum eine Bevölkerungsschicht ist von Maßnahmen dieser und ähnslicher Art verschont geblieben. Die Mieterschutzgesetzgebung, die den Hauseigentümer zwingt, seinen Mietern die Wohnung zu einem Bruchteil des wirklichen Mietwertes zu überlassen, hat den Hausbesitzer enteignet. Auch das bedeutet verringerte Ausgaben der öffentlichen Körperschaften für alle ihre Angestellten und Arbeiter, deren Gehälter und Löhne sonst entsprechend höher sein müßten.

Die finanzielle Not hat Reich und Länder weiterhin gezwungen, die Beamtenbesoldungen, sowie die Löhne der Arbeiter öffentlicher Unternehmungen bis an die Grenze des Zulässigen, wenn nicht darüber hinaus, herabzusepen. Das hat auch das Dawes-Komitee anerkannt. In dem ersten Teil seines Berichtes, der die allgemeinen Schlußfolgerungen und die großen Umrisse des Planes enthält, wird (Abschnitt IX) ausdrücklich erklärt, daß man mit Erhöhungen in den Besoldungsausgaben des Reiches rechnen musse. Und noch deutlicher ist der Allgemeine Bericht über die deutschen Eisenbahnen (Anlage 3), ber erklärt: "Die Beamtengehälter sind besonders in den oberen und mittleren Gruppen ganzunzureichenb." Es ist ja auch in der beutschen Presse oft gezeigt worden, wie der Sold eines gemeinen Soldaten der Besatzungstruppe höher ist als der Gehalt der meisten Beamtenkategorien. Diese Gehaltskürzungen sind Sondersteuern (Besoldungssteuern) in ihrer Wirtung zum mindesten sehr ähnlich. Es ist auch selbstverständlich, daß diese geschmälerten, oft nur ein Drittel bis die Hälfte der Friedensfätze betragenden Gehaltsbezüge, zumal an= gesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten, nur wenig steuerkräftig sind. Dennoch sind sie mit einer Einkommensteuer von 10 v. S. belastet, die im Wege des Abzugs bei der Auszahlung erhoben wird.

Noch manche andere Tatsachen für die finanziellen Belastungen, benen die deutschen Staatsangehörigen unterworsen und wie sie ähnlich bei keinem anderen Volk zu finden sind, ließen sich ansühren. Doch möge das Gesagte genügen. Nur sei der Hinweis noch gestattet auf die besonders schweren sinanziellen Sonderbelastungen, denen die Bewohner der besetzten Gebiete unterworsen sind, ohne daß das Reich in der Lage wäre, sie für Quartierlasten, Zwangslieserungen usw. überhaupt oder angemessen zu entschädigen. Ein Beispiel sind die sogenannten Micumverträge, das sind die von der "Mission de contrôle des usines et des mines" von den Ruhrindustriellen erzwungenen Abkommen über die unentgeltliche Lieserung von 18 v. H. der Kohlen-

förberung, über die Zahlung von 15 Millionen Dollar angeblich rückftändiger Steuern (obwohl diese teilweise schon an die Reichskasse entrichtet wurden) und einer weiteren Abgabe von 10 Franken für die Tonne der verkauften Kohlensörderung. "Die Micumverträge kosten allein der Kohlenindustrie monatlich 55 bis 60 Goldmillionen Mark, dazu kommen die Abgaben der Sisenindustrie, der chemischen Industrie und der übrigen Industrien, so daß man mit einer monatlichen Abgabe von 80 Goldmillionen rechnen muß." Treffen diese Lasten zunächst auch nur begrenzte Kreise, so wirken sie sich doch weit darüber hinaus in der allgemeinen Wirtschaftslage und Steuerkraft aus.

Das Ergebnis dieser Betrachtung aber ist: es gibt keine Klasse und keinen Stand in Deutschland, die nicht neben den allgemeinen Steuern noch durch sinanzielle Sonderbelastungen (Quasisteuern im engeren oder weiteren Sinne) zugunsten des Reiches beschwert worden wären, wie eine kurze Aufzählung das zum Schluß noch einmal zeigen möge:

Einstellung des Zinsendienstes für alle Gläubiger öffentlicher Korporationen;

Zwangsbewirtschaftung zahlreicher Erzeugnisse der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels mit Höchstpreisen, die unter dem freien Marktwert liegen;

Verpflichtung zur Devisenablieferung gegen unzureichendes Entgelt; Kürzung der Gehälter und Löhne öffentlicher Angestellter und Arbeiter bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitszeit und Verringerung der Urlaube;

Mieterschutzesetzgebung;

Bergütung für erlittene Berdrängten-, Kolonial- und Auslandschäben mit nur 2 v. T. des Goldwertes:

Abgeltung sonstiger Ansprüche an das Reich, nicht nach Maßgabe der berechtigten Forderungen, sondern der Finanzlage des Reiches;

unzulängliche, d. h. hinter dem Friedenswert zurückleibende Aufwertung der berechtigten Ansprüche von Sozialrentnern, Invaliden, Pensionsempfängern usw.

Für die Frage der Steuerbelastung in Deutschland hat das Ausland diese sinanziellen Leistungen und Bürden niemals in Rechnung gestellt, ja sie sind ihm offendar in ihrer Mehrzahl so gut wie unbekannt; um so mehr Anlaß haben wir immer wieder, nachdrücklich darauf hinzuweisen.

¹ Klödner im preußischen Staatsrat am 24. Januar 1924.

Die Sohe der direkten Steuerlasten in Deutschland ift, wie ichon erwähnt, gelegentlich auch von den Gegnern Deutschlands anerkannt worden; viel häufiger aber ist der Hinweis auf die Höhe der deutschen direkten Steuerlasten mit der Behauptung abgelehnt worden, diese Steuern ständen nur auf dem Papier. Die Organisation der Steuer= verwaltung, der Veranlagung und Erhebung versage vollständig. Es blühe Steuerhinterziehung und Kapitalflucht, und die Verwaltung habe weder die Fähigkeit noch den Willen einzugreifen. Demaegen= über fann heute barauf hingewiesen werben, bag für bie Sicherung des Steuerertrages in Deutschland weitgehendere Borkehrungen getroffen sind, als in irgendeinem anderen Lande. Die Organisation der Reichssteuerverwaltung, die im Interesse der wirklichen und gleich= mäßigen Durchführung der Abgaben nach dem Kriege neu geschaffen werden mußte, ist vollendet. Sie hat zu Anfang mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt, ba zu der Reugestaltung des Behördensnstems auch ein neues Steuersnstem trat, das in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Erschütterungen durchgeführt werden mußte. Die Schwierigkeiten, die der deutschen Steuerverwaltung außerdem noch im besetzten Gebiet bereitet worden find und noch bereitet werden, sind ein besonderes Rapitel, von dem noch an anderer Stelle zu reden sein wird. Dennoch ift es gelungen, in den Jahren schwerster wirtschaft= licher und seelischer Belastung in Deutschland ein Finanzverwaltungs= und ein Finanzstrafrecht zu schaffen sowie die Anfänge einer internationalen Finanzrechtshilfe zu begründen, die als erhebliche Fortschritte auf diesem schwierigsten Gebiet von Recht und Verwaltung bezeichnet werden muffen. Im Kampfe gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug stehen in Deutschland der Finanzverwaltung ganz erhebliche Machtmittel zu Gebote. Finanzpolizeiliche überwachungsmaßnahmen, ein Fahndungswesen und ein Nachrichtendienst sind ausgebildet worden, wie sie sich vielleicht kein anderes Volk gefallen lassen würde. So weit= gehende Auskunftspflichten, Buch- und Betriebsprüfungen und sonstige Kontrollmöglichkeiten, wie die deutsche Finanzgesetzgebung den Be= hörden verliehen hat, und die von diesen in Anspruch genommen werden, kennen weder das Recht noch die Braris der französischen und englischen Finang. Gewiß soll nicht geleugnet werben, daß der Steuerzahler oft genug seine Interessen mit ben Liften eines Dousseus mahrt und die Finanzverwaltung in die Rolle des geblendeten Polyphem gedrängt wird, der Schafe und Bode gleich arglos passieren läßt. Das aber ift nicht allein in Deutschland der Fall. Wir wissen, daß die Veranlagung besonders der direkten Steuern überall hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, auch in England 1. Aber nichts spricht dafür, daß die Defrauda= tionsquote in Deutschland größer ist als anderwärts, oder daß sie bei uns höher ist, als sie nach dem Maß des Steuerdruckes mit einer gewissen ökonomischen Gesetmäßigkeit sich überall einzustellen pflegt. Darwinsche Geset, wonach jegliches Geschöpf die Organe und Mittel der Abwehr im Kampfe gegen seine Verfolger immer mehr ausbildet, gilt leider auch hier. Das "Gutachten der internationalen Sachverständigen über die Stabilisierung" hat in der vorsichtigen, zurüchaltenden Art solcher Gutachten selbst die Schranken der Leistungsfähigkeit der Steuertechnik bezeichnet. "Die deutsche Steuergesetzgebung muß berudfichtigen," heißt es da, "daß fie bei einer Besteuerung des Bermögens und Einkommens über gewisse Grenzen hinaus die Kapitalflucht heraus= fordert, und daß sie selbst durch die drakonischsten Maßregeln diese Kapital= flucht nicht gänzlich verhindern kann" (Gutachten Bissering, Dubois und Kamenka vom 8. November 1922).

VI. Deutschlands Steuerfähigkeit.

Bei der Erörterung der Reparationsfrage während der letzten Jahre ist von einem Teil der Reparationen sordernden Mächte immer wieder auf Deutschlands blühendes Wirtschaftsleben als Symptom seiner Leistungsfähigkeit hingewiesen worden. Die verzweiselte Not der deutschen Bevölkerung, die im Winter 1923/24 verbunden mit einer schweren industriellen und einer schleichend einsehenden agrarischen Krise ihren Höhepunkt erreichte, hat indessen der ganzen Welt gezeigt, was einsichtige Beurteiler längst gesehen hatten 2, daß es eine Scheinblüte war, die ein Gedeihen der deutschen Wirtschaft vortäuschte, wo in Wirkslichkeit hektisches Fieder den Körper zerrüttete. Wirtschaftlicher Worphisnismus war es, der den deutschen Wirtschaftskörper mit dem Gift der Inslation immer wieder zu sich selbst verzehrenden Krastanspannungen auspeitschte. Vier Jahre ungeheurer Kriegsleistungen und einer mörderrischen Blockade und mehr als fünf Jahre der Auszehrung durch die

¹ Bgl. J. Stamp, The fundamental Principles of Taxation in the light of moderne developments. London 1921, p. 103. Das wird auch eine demnächst erschenende Untersuchung von Franz Meisel zeigen.

² Man vergleiche die Schrift von Henry Penson, Is Germany prosperous?
London 1922.

Inflationswirtschaft haben die Kraft der deutschen Wirtschaft gebrochen und ihre Steuerfähigkeit erschöpft. Das sollte nie außer acht gelassen werden, wenn nach der Schwere des deutschen Steuerspstems gefragt wird.

Die Frage der Steuerleiftung ist eine Frage der Steuerkraft. Der Wortlaut des Friedensvertrages weist selbst darauf hin, daß es sich bei der Prüfung des deutschen Steuerspstems nicht um einen nachten Vergleich von Gesetzeten und Ziffern handeln soll; es wird nicht zahlensmäßige oder formal gesetzliche Gleichheit der Steuerleistungen oder Steuersätze verlangt, sondern nur, daß Deutschlands Steuerspstem im allgemeinen, im Verhältnis ebenso schwer als daszenige der im Viedergutmachungsausschuß vertretenen Mächte sei. In der Tat kann der Steuerdruck, und darum handelt es sich hier, niemals durch eine bloße Gegenüberstellung der Kopsbeträge oder Steuersätze verschiedener Staaten gemessen werden, sondern nur dadurch, daß die Steuerbelastung an der Steuerkraft gemessen wird oder das Steuerauskommen auf seine wesentlichen Faktoren zurückgeführt wird.

Bielsach sind die Bedingungen, die die Steuerkraft eines Landes bestimmen. Seine Ausstattung mit natürlichen Krästen und wirtschaftslichen Mitteln, Gliederung und Gesundheitszustand seiner Bevölkerung, Rechts- und Eigentumsverhältnis, dieses alles und manches andere bestimmen Größe, Art, Verteilung und Verwendung des Sinkommens einer Volkswirtschaft. Vernachlässigt man die wirkenden Ursachen, d. h. nimmt man die Einkommensverhältnisse als gegeben an, so kann man sagen: die Einkommenstatsachen, d. i. Größe, Art, Verteilung, aber auch die Verwendung des Einkommens, bestimmen die Steuerkraft eines Volkes.

Belches sind diese Tatsachen? Das deutsche Volkseinkommen ist vor dem Kriege auf 40 Milliarden Mark geschätzt worden. Davon dienten vier Fünftel der privaten und öffentlichen Konsumtion und ein Fünftel dem Kapitalzuwachs. Die Lebensunterhaltskosten auf den Kopf der Bevölkerung mit 400 Mk. angenommen, ergeben einen Bedarf oder Verbrauch von 26 Milliarden Mk. Der sinanzielle Bedarf der öffentlichen Birtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden betrug 6 Milliarden Mk. Somit verblieben 8 Milliarden Mk. Ersparnisse für den Kapitalzuwachs. Es bestehen nun gar keine Zweisel darüber, daß das Volkseinkommen sich beträchtlich vermindert hat. Der Kückgang der Produktion in Deutschland wird auf ein Drittel bis zwei Fünstel Spristen 168 I.

und mehr geschätzt. Diese Schätzung ist jedoch, wenn man den Probuktionsrückgang infolge der Ruhrkataskrophe mit einsetzt, noch viel zu niedrig. Aber sehen wir davon ab, so wird man die Gesamtproduktion der deutschen Bolkswirtschaft im Bergleich zur Borkriegszeit auf höchstens 60 v. H. veranschlagen können. Rathenau hat in seiner Rede vor dem Obersten Rat in Cannes einige Gründe für den Ertragsrückgang der deutschen Birtschaft vorgetragen. Er führte aus:

"Wenn ich das Deutschland von jetzt und früher vergleiche, so fehlen uns zunächst die Reserven, die wir aus den Anlagen im Auslande hatten. Vor dem Ariege waren wir aus diesen Quellen mit 1,5 Milliarden aktiv, jetzt sind wir mit 3/4 Milliarden passiv.

Der zweite Faktor ist ber Berlust an Gebiet und Bevölkerung. Gegenüber der Zeit vor dem Kriege haben wir daran mehr als 10 Prozent verloren.

Der dritte Faktor ist der Rückgang der Aussuhr. Die Aussuhr hat sich von 10 Milliarden Goldmark auf 3,5 oder unter Berücksichtigung des Weltindezes auf 2,5 Milliarden vermindert. Die Gewinne daraus sind deshalb ebenfalls entsprechend zurückgegangen.

Ein vierter Faktor: Bir verloren einen großen Teil unserer Rohstoffe, die wir jetzt einführen und mit Goldmark oder Ausfuhr bezahlen müssen.

Der fünfte Faktor ist der, daß sich die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr vermindert hat als die Gesamtbevölkerung, und daß gerade land-wirtschaftliche Überschußgebiete verlorengegangen sind.

Auch ber sechste Faktor ist sehr beträchtlich. Es handelt sich um die Ermäßigung der Dienste und ihres Ertrages, die Deutschland durch Schiffahrt, Außenhandel und Bankverkehr im Auslande leistete.

Auf Grund dieser Faktoren, wenn sie sich auch zum Teil überdecken, besteht meiner Schätzung nach an Stelle eines Überschusses, einer nationalen Ersparnis von 6 Milliarden Goldmark vor dem Ariege jett ein Desizit von 1 bis 2 Milliarden Goldmark jährlich. So zehrt sich das Land allmählich auf; es lebt von seiner eigenen Substanz. Es hat weder die Mittel für Erneuerungen noch für die wirtschaftliche Ausstattung seines Bevölkerungszuwachses."

Damit ist die Reihe der Faktoren, die für die Schmälerung des Bolkseinkommens in Deutschland aufgezählt werden kann, jedoch noch nicht erschöpft. Außerdem hat sich die Wirtschaftslage Deutschlands seit der Konferenz in Cannes Anfang Januar 1922 katastrophal ver-

schlechtert. Einige Ziffern über die Produktionsverhältnisse vor und nach dem Kriege mögen das beleuchten.

Folgende Übersicht zeigt den Rückgang der Ernteerträge für einige wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse im jetzigen Reichsgebiet:

	1913	1923	1923 weniger
	Ertrag pr	co Hektar	gegen 1913
	in Tc	onnen	v. H.
Winterweizen	2 41	1,97	18,3
	2,40	1,90	20,8
	1,94	1,54	20,6
	15,71	11,95	23,9
	29,97	22,67	24,4

Der Biehbestand hat im jetigen Reichsgebiet von 1913 bis 1922 abgenommen an Schweinen um fast 8 Millionen Stück ober 34,9 v. H. und an Rinbern um über 2 Millionen Stück ober 11,7 v. H.

Die Steinkohlengewinnung betrug im jetigen Reichsgebiet im Monatsdurchschnitt 1913 15,84 Millionen Tonnen, hingegen 1922 nur 10,86 Millionen Tonnen. Ühnlich steht es mit dem Rückgang der Rohe eisenproduktion und der Stahlerzeugung, über die infolge des Kuhre einbruchs für die beiden letzten Jahre allerdings keine genauen Ziffern zur Verfügung stehen. Ein Vergleich der Erzeugung 1913 und 1920 weist im jetigen Reichsgebiet einen Kückgang für Roheisen von 10,9 auf 6,0 Millionen Tonnen, für Walzwerke (Fertigsabrikate) von 9,5 auf 5,7 und für Eisenguß von 3,3 auf 2,1 Millionen Tonnen Jahreseproduktion auf 1.

Noch sehr viel Material bietet die Statistik über den Einfluß des Krieges, des Friedensvertrages und der sonstigen Wirtschaftsskörungen und Umwälzungen der Nachkriegszeit auf die deutsche Produktionsfähigkeit. Dieses Ziffernmaterial auszubreiten, ist hier nicht der Ort. Die Sprache dieser Ziffern ist immer die gleiche; denn sie können nur reden von den ungeheuren Verlusten der deutschen Wirtschaft an Menschen und Mitteln. Es ist daher sehr wahrscheinlich zu hoch gegriffen,

¹ Als Quelle für die mitgeteilten und weiterhin gegebenen Ziffern kommen neben dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich vornehmlich in Frage: Birtschaft und Statistik, herausgegeben vom Reichsstatistischen Amt; ferner die Denkschrift "Material für ein Studium von Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen, zusammengestellt im Auftrag der Reichsregierung, Berlin Ansang 1924"; sowie "Die Wirtschaftskurve mit Inderzahlen der Franksurter Zeitung".

wenn das deutsche Volkseinkommen gegenwärtig mit drei Fünfteln des der Borkriegszeit, d. i. mit 24 Milliarden Mark, bezissert wird. Bei einer Bevölkerungszahl von 63,5 Millionen ergibt das ein jährliches Einkommen auf den Kopf von 378 Mark. Dieses Einkommen ist nach den Voranschlägen dei einer jährlichen baren Steuerleistung von 109 Goldmark auf den Kopf steuerlich mit 28,8 v. H. belastet, die Instalionssteuer, die steuerartigen Betriebsüberschüsse sowie die Erträge irgendwelcher Quasiskeuern nicht eingerechnet!

Aus diesem also mindestens auf drei Fünftel seiner Vorkriegshöhe zusammengeschrumpften Volkseinkommen soll der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft wie die Lebensnotdurft der öffentlichen und privaten Wirtschaft befriedigt, sollen überdies unter dem Namen Reparationen schwere Kriegskontributionen geleistet werden, von welchen Curzon, der britische Staatssekretär des Auswärtigen, in seiner Note an die französische und belgische Regierung sagte:

"It may be pointed out that the recovery after the short campaign of 1870/71 of an indemnity equivalent to 4 milliards of gold marks is not really comparable to the enforcement of a thirtythree — fold claim against a country financialle exhaustes by four years of strenuous warfare and blockade."

Nach einem Kriege, der alle Lager geleert, alle Vorräte aufgezehrt, das gesamte Inventar der Volkswirtschaft in unerhörtem Maße abgenutt hat, während dessen langer Dauer die Bautätiakeit fast vollständig ruhte, ist der Kapitalbedarf außerordentlich groß. Nun aber sprechen zahlreiche Symptome dafür, daß es der deutschen Birtschaft nicht einmal gelingt, den geminderten Kapitalbestand zu erhalten, geschweige denn einen den Fortschritten der Technik und den sozialen und kulturellen Bedürfnissen entsprechenden Kapitalzuwachs der Wirtschaft zuzuführen. Gewiß gibt es Wirtschaftszweige, die wieder aufgebaut, die ihre Produktion erneuert und vermehrt haben; aber was ift das gegen den Verfall an so vielen Stellen. Das Gutachten der Sachverständigen des Dames= Komitees unterschätt Deutschlands Kapitalbedarf in gleichem Maße, wie es seine Kapitalausstattung überschätt. Die große und schwere Aufgabe, vor die sich Deutschland nach den Borschlägen der Gutachter gestellt sieht, kann zweifellos nur gelöst werben, wenn die beutsche Bevölkerung mit starkem, arbeitsfreudigem Optimismus an fie herantritt. Das Komitee scheint die Dinge jedoch, was dem Gelingen seiner Vorschläge gewiß nicht förderlich ift, mit allzu großem Optimismus zu

beurteilen, so wenn es im Bericht bes ersten Komitees 1. Teil Absichnitt V heißt: "Deutschlands wachsende und arbeitssame Bevölkerung, seine große technische Geschicklichkeit, sein Reichtum an materiellen Hissequellen, die fortschreitende Entwicklung seiner Landwirtschaft, der Hochstand seiner industriellen Wissenschaften gestatten uns einen hoffnungsevollen Ausblick auf seine künstige Produktion. Außerdem hat Deutschland seit 1919 seine Anlagen und seine Ausrüftung dauernd verbessert; die mit der Begutachtung der Eisenbahn besonders betrauten Sacheverständigen haben gezeigt, daß zur Berbesserung des deutschen Eisensbahnssstens keine Ausgaben gespart worden sind i; das Telephons und Telegraphennetz sift mit den modernsten Hilfsmitteln ausgestattet worden; gleicherweise sind Hägen und Kanäle ausgebaut worden; die Industriellen waren in der Lage, ihr ganz modernes Inventar noch zu erweitern, so daß in vielen Industriezweigen mehr produziert werden kann als vor dem Kriege."

Wir wollen diesem nur auf flüchtigen Eindrücken beruhendem Urteil das Urteil eines neutralen Sachverständigen gegenüberstellen, der Deutschlands wirtschaftliche Verhältnisse gründlicher und besser kennt, als die meisten Mitglieder des Dawes-Romitees. Der bekannte schwe= dische Volkswirt Guftav Cassel, der selbst mehrfach als Gutachter zur Reparationsfrage in Anspruch genommen worden ist, schreibt im "Svenska Dagblad" vom 14. April 1924 zu dem Sachverständigenbericht u. a.: "Die Kommission scheint die gegenwärtige Lage Deutschlands ausschließlich als das Ergebnis einer Kreditkrise aufzufassen und sett große Hoffnungen auf die baldige Wiederherstellung Deutschlands. Das scheint mir eine recht oberflächliche Methobe zu sein. Man muß die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes, seine Aushungerung, seinen körperlich und geistig geschwächten Zustand und seine stark herabgesetze Arbeitskraft und Arbeitslust berücksichtigen, ebenso die fehr ungunftige Altersgliederung und die bedenkliche Schwäche der Jahresklassen, welche die Hauptlasten des Schadensersages tragen muffen. Ebenso fehlerhaft ist es, die Erscheinungen der sozialen Auf-

¹ So sagt der englische Wortlaut: "the experts have shown, that expense has not been spared in improving the German railway system". Der französsiche Text hingegen lautet: "les experts ont montré avec quel luxe a été perfectionné le système ferroviaire allemand". Während also der englische Wortlaut, nur sagt, daß keine Ausgaben gespart wurden, spricht die französische übersetzung tendenziöserweise davon, "mit welchem Luxus das deutsche Eisenbahnnet wervollkommnet worden ist".

lösung und der allgemeinen Geldorganisation zu übersehen. Die materielle Grundlage für ein Wiederaufblühen Deutschlands ist gleichfalls kaum so günstig, wie es die Experten darstellen."

Gegenüber den Behauptungen der Kommission über die starke Berbesserung des Realkapitals seit 1919 bemerkt Cassel: "Der deutsche Produkt ion sapparat war am Ende des Krieges infolge rückssichen Gebrauches und mangelhafter Unterhaltung außerordentlich verschlechtert. Ein Ersah erfolgte seither sicherlich nur in sehr ungenügensdem Umfange, wie die maßgeblichen Produktionszissern für Sisen und Stahl zeigen. Dazu kommt, daß der Grund und Boden ausgesogen ist und der deutsche Wohnungsbestand sich außerordentlich stark im Kückstand besindet." Cassel schließt: "Man weiß nicht, was man tut, wenn man einem Bolke und einem Lande in diesem Zustand drückende Schadensersahleistungen auserlegt." Ühnlich lauten die Urteile andrer Sachverständigen.

Die erwähnte amerikanische Studie über das Reparationsproblem stellt sest: die deutsche Bolkswirtschaft habe schon 1921 am Kapital gezehrt, trozdem seien 23 v. H. des Bolkseinkommens von den Steuern in Anspruch genommen worden 1. Seither haben sich die Dinge erheblich verschlimmert; um es kurz zu sagen, die deutsche Bolkswirtschaft hat keinen Kapitalzuwachs mehr, und sie macht keine Ersparnisse, aus welchen Steuern gezahlt werden können. Sie hat als Steuerquelle nur den Konsumtionsfond.

Der Konsumtionsfond, d. i. jener große Teil des volkswirtschaftlichen Einkommens, das dem Berbrauch in seinen hundertfältigen Formen von der dürftigen Existenzsristung der Armsten dis zur frivolen Berschwendung eines unsozialen, verantwortungslosen Luxus dient. Er ist immer und in einer verarmten Bolkswirtschaft sogar einzige Steuerquelle. Die Steuerkraft eines Bolkes wird sonach wesentlich badurch bestimmt, inwieweit die Lebenshaltung der Bevölkerung aller

¹ Bgl. oben €. 1. Die Studie gibt als "rohe Schätzung aus verschiedenen Quellen" die Besteuerungsrate in Frankreich bis 18%, in England mit 30% und in den Vereinigten Staaten mit 14½% des Bolkseinkommens an. Insolge der Instation, wird hinzugesügt, müsse in Deutschland die Besteuerung wohl viel unter 23% geblieden sein; aber die Geldentwertung selbst sei gleichsalls "an enormously heavy indirect tax", die alle, welche Geld einziehen, betresse. "Under such conditions, who can decide with any considence wether the rate of taxations is 20, 30 or 40 per cent?" p. 198 und p. 194.

Schichten, vor allem natürlich der Massen, eine Ginschränkung verträgt. Denn es ist, wie R. E. Man schon vor Jahren gezeigt hat, ein Frrtum, zu glauben, daß vom Berbrauch der besitzenden Kreise der "Zoll= und Berbrauchssteuer-Schornstein des Reiches" rauchen könne. Nein, "die Masse muß es bringen," und die Masse kann es nur bringen, wenn ihr Einkommen einen entsprechenden Verbrauch erlaubt oder groß genug ift, Verbrauchsbeschränkungen im Bege der direkten Besteuerung zu gestatten. In Deutschland sind nicht nur Bolksvermögen und Bolkseinkommen zusammengeschmolzen, sondern auch Einkommensverteilung und Einkommensverwendung haben sich erheblich geändert. Die Einkommen (selbstverständlich immer die Realeinkommen) der unteren Rlassen und der Mittelschichten sind auf einen Tiefstand eingeebnet worden, der eine ausreichende Bedarfsbefriedigung kaum noch gestattet, vielsach, vor allem in ehemaligen Rentnerschichten, bei Ruhegehalts= empfängern usw., sogar eine ernstliche Lebensgefährdung bedeutet2. Nun kann dem gewiß entgegengehalten werden, daß der Verbrauch an gewissen Dingen (Zigaretten) in Deutschland noch Einschränkungen vertragen kann. Allein dieser Berbrauch ist keineswegs ein Symptom der Konsumkraft der deutschen Bevölkerung, sondern er ist nur eine traurige Begleiterscheinung des Bährungsverfalles und der Hoffnungelosigkeit der wirtschaftlichen Zustände.

Wie es um die Konsumkraft der deutschen Bevölkerung steht, zeigen die bekannten traurigen Zustände im Wohnungs- und Ernährungs- wesen, um nur diese beiden wichtigsten Gebiete zu nennen. In jeder Stadt, ob groß oder klein, sind Hunderte, ja Tausende von Familien so gut wie obdachlos; die übrigen sind, nicht rechtlich, aber tatsächlich schollen- hörig geworden, weil Wohnungsnot und Übersiedlungskosten fast jeden Ortswechsel unmöglich machen. Über die Größe der Wohnungsnot sehlen leider genaue Ziffern. Eine allgemeine Erhebung über den Wohnungsbedarf ist disher nicht durchgeführt worden; jedoch zeigen die bei den städtischen Wohnungsämtern vorliegenden Anmeldungen, auch wenn sie vorsichtig bewertet werden, daß die Wohnungsnot sehr erheblich ist. Sachkundige Schähungen nehmen an, daß im gesamten deutschen Reiche gegenwärtig mehr als eine Million Wohnungen sehlen. Ein

¹ R. E. Man, Die Wirtschaft in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, 1901, S. 49.

² Bgl. Gerloff, Reuere Probleme der Steuerwirtschaft, in "Steuerwirtschaft und Steuerrecht", Berlin 1923.

gutes Bild der Lage geben auch die folgenden Stichproben.	Der reine
Zugang an Wohnungen auf 1000 ber Bevölkerung betrug:	

In							1913	1921	1922							
Berlin Hamburg Leipzig . München Dresden . Frankfurt	•									•		•		7,25 4,52 5,43 4,23 5,83	2,22 0,86 1,19 1,61 2,00	0,80 2,67 1,94 2,28 1,22 1,06

Ganze Schichten der deutschen Bevölkerung führen ein ausgesprochesnes Hungerbasein, weil die Produktion von Konsumtionsgütern gestunken ist und die Löhne erheblich niedriger geworden sind. Die Kosten der Lebenshaltung aber sind in umgekehrtem Verhältnis gestiegen. Es betrugen 1923 die Reallöhne der Metallarbeiter 37,43 bis 71,24 v. H., der Buchdrucker 34,41 bis 69,21 v. H. und der Reichsbetriedsarbeiter 40,77 bis 70,86 v. H. der Vorkriegswochenlöhne. Hingegen wiesen die Kleinshandelspreise in Berlin im Dezember 1923 gegenüber Dezember 1913 eine Steigerung auf für Roggenbrot von 36,9 v. H., Kartoffeln 52 v. H., Butter 85,7 v. H., Milch 45,5 v. H., Jucker 80,0 v. H. usse.

Die Statistik über die Jahl der Schlachtungen und den Fleischverbrauch, über die Milchbelieferung der Städte und den Milchverbrauch, ja selbst über den Fett- und Brotverbrauch zeigt eine erschreckende Notlage. Nach der Statistik der Schlachtvieh- und Fleischbeschau betrug die zum Verzehr gelangende Fleischmenge im Jahre 1922 nur 61,9 v. H. des Verbrauchs von 1913. Die Zahl der Schlachtungen an Rindern, Kälbern, Schafen und Schweinen wieß einen Rückgang von 30 bis 40 und mehr Prozent auf; hingegen haben die Pferde- und Hundeschlachtungen gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich zugenommen.

Es waren im Deutschen Reiche zum Verbrauch für menschliche und tierische Ernährung und für gewerbliche Zwecke durchschnittlich jährlich auf den Kopf der Bevölkerung zur Verfügung:

	Roggen	Weizen	Gerfte	Hafer	Kartoffeln	
	kg	kg	$\mathbf{k}\mathbf{g}$	kg	kg	
1913/14	153,1	95,8	108,0	12 8,3	700,2	
1922/23	91.9	47.6	30.0	58.5	573.2	

Die Folgen für die Volksgesundheit sind nicht ausgeblieben. Die Sclbstmordziffer steigt seit 1918 steil an, und die Zahlen der typischen

Hungerkrankheiten, Skrofulose, Rachitis, Tuberkulose, zeigen nach Beobachtungen ärztlicher Kreise eine beutliche Zunahme. "Nach einer Statistik des Reichsgesundheitsamtes starben in 46 deutschen Großstädten gegenüber dem Jahre 1921 im Jahre 1922 5 v. H. und 1923 13 v. H. mehr an Tuberkulose. Um nachhaltigsten und empfindlichsten wirken sich die Entbehrungen der Lebenshaltung bei den Kindern und Jugendlichen aus. Nach statistischen Feststellungen für das Jahr 1923 ergaben die Schuluntersuchungen in Berlin, daß 33,76 v. H. sämtlicher Kinder unterernährt waren. In einigen anderen Großstädten war das Ergebnis noch ungünstiger".

Es können hier nicht die gesamten Materialien der Produktionsund Konsumtionsstatistik, der Kriminal- und Gesundheitsstatistik, noch aussührliche Schilberungen der Ernährungslage, der Wohnungsnot und des Altleuteelendes gegeben werden. Allein solche Darlegungen dürfen in der Antwort auf die Frage nach Deutschlands Steuerfähigkeit und Steuerbelastung nicht sehlen. Solche Zissern, die das Bild der grausamen Wirklichkeit nacht und nüchtern zeigen, sagen, wie es mit der Steuerkraft des deutschen Volkes steht; sie enthüllen aber auch erst recht, was seine tatsächlichen Steuerleistungen bedeuten.

Deutschland braucht, um jene Steuerlasten zu ertragen, aus denen Reparationszahlungen bewirkt werden können, große Aussuhrüberschüsse. Tatsächlich war sein Handelssaldo in den letten Jahren mit zwei dis drei Milliarden Goldmark passiv. Um dieses Passivum zu beseitigen und darüber einen Aussuhrüberschuß zu erzielen (ich zitiere wiederum das Gutachten des mit Mitteln der Carnegie-Stiftung erhaltenen Institut of Economics), "bedürfte es einer Auffüllung der geleerten Rohstofslager und einer wesentlichen Verbesserung der Ernährungslage, welche heute völlig unzureichend ist, um die Leistungsfähigkeit der deutschen Bevölkerung zu erhalten." Diesen Worten ist nichts hinzuzusfügen.

Deutschland hat nach dem Kriege nicht nur von der Substanz seines Bolksvermögens, sondern auch von der Substanz seiner Bolkskraft gelebt. Untergrabung der Bolksgesundheit und der Leistungsfähigkeit

¹ H. Luther, a. a. D., S. 28.

² Die Währungswirren haben genaus Ermittelungen unmöglich gemacht; vgl. Däbris, Die beutsche Handelsbilanz, Wirtschaftliche Nachrichten aus dem Ruhrgebiet, 1924, S. 61. — Das Passivum der Zahlungsbilanz ist — aus bekannten Gründen — natürlich erheblich höher.

der deutschen Wirtschaft waren die unausdleiblichen Folgen. Der außenpolitische Druck, wie er zulet in der Ruhrbesetzung seine vershängnisvollste Außerung sand, tat ein letztes, die deutsche Wirtschaft zu zerstören.

"Die höchsten juristischen Autoritäten in Großbritannien", so hat der britische Staatssekretär des Außeren Marqueß Curzon erklärt, "haben S. M. Regierung bavon unterrichtet, daß die Einwendungen ber beutschen Regierung wohl begründet sind, und S. M. Regierung hat niemals ihre Ansicht verhehlt, daß die französisch=belgische Aktion ber Ruhrbesetzung, gang abgesehen von der Frage der Zwedmäßigkeit, keine durch den Bertrag felbst gerechtfertigte Sanktion war." Dier jedoch handelt es sich um die Frage der Zweckmäßigkeit der sogenannten Pfänderpolitik für Deutschlands Steuerleiftungen. Rein Unbefangener wird leugnen können, daß nach der durch den Ruhreinbruch veranlaßten Abschnürung eines lebenswichtigen Organs des deutschen Wirtschafts= körpers die steuerliche Leistungsfähigkeit Deutschlands auf das erheblichste erschüttert worden ist. In Artikel 270 des Friedensvertrages behalten sich die alliierten und assoziierten Mächte das Recht vor, auf das von ihren Truppen besetzte deutsche Gebiet ein besonderes Zollregime für Einfuhr und Ausfuhr anzuwenden für den Fall, daß nach ihrer Meinung eine solche Maßnahme notwendig sei, um die wirtschaft= lichen Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete zu wahren. Eine solche Zollordnung ist erstmalig 1921 bei jenem Konflikt, der zu dem Londoner Ultimatum führte, errichtet worden; jedoch keineswegs unter der Voraussetzung des Artikels 270, "um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zu wahren", sondern gegen den Willen der Bevölkerung und obschon deren wirtschaftliche Interessen dadurch schwer benachteiligt wurden.

Seit dem Ruhreinbruch ist die wirtschaftliche und zollpolitische Absperrung erneut verhängt und in einer für das besetzte und unbesetzte Gebiet gleich drückenden Weise verschärft worden. Dazu kamen dann die zahlreichen anderweitigen Eingriffe in Verwaltung und Wirtschaftssleben, insbesondere auch in die Finanzverwaltung der besetzten Gebiete. Es sei erinnert an die Stillegung der Eisenbahn, die Unterbrechung des Telephons und Telegraphenverkehrs, die Besetzung der Bergwerke und

¹ Bgl. oben S. 31. Note an den französischen und belgischen Botschafter, Punkt 32.

Fabriken, die Beschlagnahmen, Requisitionen, Berhaftungen, Berurteilungen, Ausweisungen usw. Die deutsche Zollverwaltung wurde beseitigt und die Tätigkeit der deutschen Finanzämter auß äußerste erschwert oder gar unmöglich gemacht. Neben den Zöllen sind wichtige indirekte Steuern beschlagnahmt worden. Die Erhebung direkter Steuern wird verhindert und die Einführung neuer Steuergesetze untersagt. Was hier unter dem Vorwand, "Reparationen zu holen," zerstört wurde, ist kaum abzuschäßen. Es war eine Politik, die an ein orientalisches Sprichwort erinnert: "Wenn der Sultan den Apsel will, haut der Pascha den Baum ab."

Das an die französische Regierung gerichtete deutsche Memorandum vom 24. Dezember 1923 verlangt beshalb ganz richtig:

"Es wäre nicht nur erforderlich, die Behörden und Beamten wieder einzuseten, sondern auch ihnen den Schutz zuzubilligen, dessen sie bes dürsen, um ihre Pflicht zu erfüllen. Eine von diesen ist die Erhebung von Steuern, die nach den deutschen Gesetzen in Gold erhoben werden, und zwar sowohl alte wie neue Steuern. Aber bisher dursten diese deutschen Gesetzen nicht in Krast gesetzt werden, und so sind weder das Reich noch die Staaten noch die Gemeinden imstande gewesen, die Steuern zu erheben, die dringend erforderlich sind insolge des Anstiegs der Arbeitslosigseit und des Hungers. Es liegt im Interesse aller, daß so schnell wie möglich Steuerämter eingerichtet werden. Um diesen Amtern ein wirksames Funktionieren zu gestatten, ist es unbedingt nötig, daß diesenigen Beamten, die die besetzen Gebiete verlassen haben, wieder in ihr Amt eingesetzt werden."

Um Deutschlands Steuer- und Reparationsfähigkeit zu entfalten, bebarf es daneben freilich noch mancher anderer Maßnahmen, die hier nur angedeutet werden können: Deutschland muß von allen jenen Bindungen und Belastungen befreit werden, die seine finanzielle Leistungsfähigkeit beeinträchtigen.

Insbesondere ist zu fordern:

Beseitigung der unproduktiven Ausgaben für Kommissionen aller Art, Besatzungen u. dgl.;

Wiederherstellung der Wirtschafts= und Verwaltungseinheit für das Gesamtgebiet Deutschlands;

Gewährung wirtschaftlicher Verfügungsfreiheit nach innen und außen, insbesondere über Zölle, Eisenbahnen und Wasserstraßen; Anerkennung und Einräumung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung im internationalen Handel und Berkehr.

Das sind die Voraussetzungen, deren Erfüllung unerläßlich ist, falls Deutschland wieder steuerfähig werden soll. Auch der Dames-Bericht geht davon aus, daß wenigstens "die steuerliche und wirtschaftliche Einheit des Reiches" wiederhergestellt werden muß, wenn dem von den Sachverständigen vorgeschlagenen "Mittel, den Staatshaushalt Deutschlands ins Gleichgewicht zu bringen und seine Währung zu stabilisieren", Erfolg beschieden sein soll. Wenn sich die Gutachter weitergehender Schluffolgerungen und Forderungen enthalten, so offenbar deshalb, weil sie, wie in der Einleitung des Berichts gesagt wird, erkannt haben, "daß politische Rücksichten notwendig gewisse Grenzen ziehen". Wer aber mehr will, muß auch mehr fordern. Die bisherige Reparations= politik war unfruchtbar. Sie erinnert in ihrer Fruchtlosigkeit an ein Wort von Rant: "Sie melken den Bod und halten ein Sieb darunter." Der Philosoph hat dieses Wort freilich in einem ganz anderen Busammenhang gebraucht, aber es paßt auch hierher und gibt ein treffendes Bilb bes bisherigen Zustandes. Nur wenn die Welt den Mut findet, dem deutschen Bolk und der deutschen Wirtschaft ihre Freiheit wiederzugeben, kann dieser Zustand enden, der den Frieden der Welt bedroht, und der für Reparationsgläubiger und Reparationsschuldner gleich verhängnisvoll ist.

Zum Schlusse sei endlich turz noch auf einen Bunkt hingewiesen, der meines Wissens nie berührt worden ist, wenn man die steuerliche Belaftung Deutschlands mit derjenigen anderer Staaten verglichen hat. Es handelt sich um die Frage der Verwendung des öffentlichen Einkommens, d. h. also vor allem des Steuereinkommens der öffentlichen Körperschaften. Denn offenbar wird je nach dem Verwendungszweck, dem diese Einnahmen dienen, die Steuerkraft, die Möglichkeit zu steuerlichen Leistungen der Bevölkerung sehr stark beeinflußt. Dem ist hier nicht im einzelnen nachzugehen, sondern hier genügt es, darauf hinzuweisen, daß die Behauptung, jede Steuer sei reproduktiv, eine Behauptung, womit schon die alten Kameralisten dem Volke um Fürstengunst Steuerschröpfungen schmachaft zu machen versuchten, keineswegs zutrifft. Es kommt auf die Verwendung der Steuergelber an, die zwischen sinnloser Vergeudung eines frivolen Luxus und höchst produktiven Anlagen sich bewegen kann. Je nach dem verschiedenen Ver= wendungszweck, dem die Steuereingänge zugeführt werden, werden auch Ertragsfähigkeit und Ergiebigkeit der Steuerwirtschaft oder die Leistungsfähigkeit der Steuersubjekte verschieden beeinflußt. Restablierungsskeuern und Reparationsskeuern möchte ich die beiden Gegenpole heißen. Die ersteren, die Retablierungsskeuern, deren Ertrag der Wiederherstellung, dem Wiederausbau der Volkswirtschaft dient, beleben und entsalten die Steuerkraft. Reparationsskeuern aber besdeuten Auszehrung der Steuerkraft, denn ihre Erträge sind gleich ebenso großen Güterentziehungen und Einbußen an Volksvermögen.

Alle Besteuerung hat ihre ökonomischen und psychologischen Grenzen. Die Grenzen der Besteuerung sind gegeben durch das Volkseinkommen und seine Berteilung, durch die Lebenshaltungskosten und das soziale Eristenzminimum der Bevölkerung, durch die Berwendung der Steuergelder und die Einsicht der Besteuerten in die Notwendigkeit und Ge= rechtigkeit der Erhebung der verschiedenen Steuern und der Verwendung der Steuererträge. Überschreiten die Steuern ein gewisses Maß, so sett sich die Brivatwirtschaft zur Wehr. Steuerausweichung findet statt, d. h. die Brivatwirtschaft sucht die steuerpflichtigen Tatbestände ent= weder zu vermeiden oder die Verwaltung darüber zu täuschen. Gewisse steuerwirtschaftliche Ertragsgesetze treten in Erscheinung, die ich genannt habe: das Geset der Verringerung der Steuerfälle, das Geset der zunehmenden Defraudationsquote und das Gesetz der steigenden Steuerkosten 1. Eine überspannung des deutschen Steuersystems liegt darum auch keineswegs im Interesse der Wiedergutmachung. Sehr gut hat Sir Josiah Stamp, eine gleich angesehene Autorität ber Steuerpraxis wie der Steuertheorie, bemerkt: "In the totally different problem of what Germany can afford to pay, we think mainly of her standard of production as fixed, and how low we can fix the subsistence level to give a maximum fund on which to draw. But she has her psychological limit too, and only actual slavery and individual taskmasters can get production from her people if no part of the increased production can revert to the producers, and if they can never rise over subsistence levels for many years" 2.

Berlangt Artikel 233 des Friedensvertrages, daß der deutsche Steuersahler besaftet werde, tout à fait aussi lourd oder fully as heavy, so kann dieser wohl darauf hinweisen, daß Steuern, die als Tribute abgeführt

^{1 28.} Gerloff, Steuerwirtschaft und Sozialismus, 1922.

² 3. Stamp, Wealth and taxable capacity, London 1922, p. 118.

werden, nicht nur psychologisch, sondern auch ökonomisch schwerer lasten als andere. Was für Folgerungen und Forderungen sich daraus ergeben, dem ist hier nicht nachzugehen. Es genügt, auf die einsichtige Bemerkung Stamps hinzuweisen oder noch besser auf ein kluges Wort Montesquieus aus dem "Geist der Gesete":

"Zur Bestimmung keiner Sache wird mehr eigentlicher Weisheit und Alugheit ersordert, als zur Bestimmung desjenigen Teils, welchen man den Untertanen nimmt, und des Teils, welchen man ihnen läßt."

Und weiter heißt es im "Esprit des Lois": "Die Natur ist gerecht gegen die Menschen, sie belohnt sie für ihre Mühe; sie macht sie arbeitsam, weil sie mit größerer Arbeit größere Belohnungen verknüpft. Wenn aber eine willkürliche Gewalt die Belohnungen der Natur einem entzieht, so fällt man in den Widerwillen gegen das Arbeiten zurück, und die Untätigkeit scheint einem das einzige Gut zu sein."

Literatur.

Annuaire International de Statistique, Saag 1921.

- C. Ballod, Der Streit um die finanzielle Belastung des deutschen Bolkes, Jahrb. f. Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, 36. Band (1908), S. 811.
- W. Gerloff, Berbrauch und Verbrauchsbelastung kleinerer und mittlerer Einkommen in Deutschland um die Wende des 19. Jahrhunderts. Jahrb. f. Nat. u. Stat., III. Folge, Band 35 (1908), S. 1.
- B. Gerloff, Die steuerliche Belastung in Deutschland während der letten Friedenssjahre. Gutachten. Berlin 1916.
- W. Gerloff, Neuere Probleme der Steuerwirtschaft, Mitteilungen der Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung. Franksurt a. M., 1. Sonderband, 3. Hest: Steuerwirtschaft und Steuerrecht, 1923.
- H. Higg, Steuerverteilung und Steuerbelastung in der Schweiz. Zeitschr. f. Schweiz. Statistik, 1922, S. 175.
- B. Holz, Bergleichbarkeit steuerlicher Belastungen. Diss. Leipzig 1922. Auszugsweise im Deutschen statistischen Zentralblatt, 1922, S. 114.
- 28. Lot, Balutafrage und öffentliche Finanzen in Deutschland. München 1923, Schr. des Ber. f. Sozialpolitik, Bd. 164.
- B. Lot, Die Brüsseler internationale Finanzkonserenz von 1920. Schmollers Jahrb., 44. Jahrg. (1920), S. 1197 und 45. Jahrg., S. 165.
- Memoranda chiefly relating to the Classification and Incidence of Imperial and Local Taxes, Bluebook C. 9528, 1899.
- E. B. Milliet, Steuerverteilung und Steuerbelastung in der Schweiz vor Ausbruch des Weltkrieges. Zeitschr. f. Schweiz. Statistif, 1919, S. 21.
- 5. Obrecht, Das Anwachsen der Steuerlast. Solothurn 1921.

^{1 13.} Buch, Art. 1, Absat 4, und Art. 2, Absat 4.

- J. Plenge, Zur internationalen Finanzstatistik. Jahrb. f. Nat. u. Stat., III. Folge, 37. Bb., 1909, S. 233.
- J. Plenge, Die Finanzen der Großmächte. Zeitschr. f. die ges. Staatsw., 1908, S. 713.
- E. Rosenbaum, Steuerbrud und Wiedergutmachung, Wirtschaftsbienst 1921, S. 165 und 191.
- D. Schwarz, Die Steuerlast Deutschlands und ber Entente, 1922.
- 3. Stamp, Wealth and taxable capacity, London 1922.
- C. v. Thizka, Die steuerliche Belastung in Deutschland vor und nach dem Kriege. Jahrb. f. Nat. u. Stat., III. Folge, 62. Bb., 1921, S. 337.
- E. Wiskemann, Bur Statistik bes Steuerbrucks in ben verschiebenen Ländern. Deutsches Statistisches Zentralblatt, 1922, S. 79.
- Ab. Bagner, Gutachten. Zur Kritik der Berechnungen über die sinanziellen, namentlich die Steuerbelastungen der Bevölkerungen sowie über die Bergleichungen zwischen den bezüglichen Daten in den verschiedenen Staaten. Denkschrift zur Begründung eines Gesetzes betr. Anderungen im Finanzwesen des Reiches, III, S. 114.
- Fr. Žizek, Finanzstatistik im "Grundriß der Statistik", 2. Aufl., 1923, S. 523. Wirtschaftskurve 1923.